IMT Nuremberg Archives

H – 373

International Court of Justice

H0373 – 0001

H0373-0002

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
Nuernberg, Deutschland, 12. Juni 1946
Sitzung von 1000 Uhr bis 13.10 Uhr

MARSCHALL: Hohes Gericht, es wird berichtet, dass die Angeklagten Hess und Jodl abwesend sind.

Verhoer durch M. DEBENEST:

F: Angeklagter, Sie stimmen darin ueberein, dass diese grossen Vorraete nach Deutschland geschickt worden sind?

A: Jawohl, das ist richtig.

F: Bezueglich der anderen Mittel, die angewendet wurden, um Holland auszupluendern, will ich Ihnen ein Dokument unterbreiten, welches deutlich zeigt, dass Sie nicht der einzige waren, der die Pluenderungen vorgenommen hat, auch Goering und das OKW. sind da erwaehnt. Es ist Dokument F-868 und wird 1530-PS. Es handelt sich hier um ein Fernschreiben des OKW, das an Sie gerichtet wurde, und mit Reinecke gezeichnet ist. Dieses Fernschreiben ist vom 5, Dezember 1940 und beginnt mit: " Sitzung beim Reichsmarschall von Deutschland am 7. Oktober 1940, Ausfuehrungen ueber die Beschlagnahme der hollaendischen Schiffahrt und Waren durch die Mitglieder der Wehrmacht und deren angeschlossenen Dienststellen. Im Einverstaendnis mit dem Reichsmarschall und dem Reichskommissar fuer die besetzten hollaendischen Gebiete. Die bis heute gueltigen Anordnungen bezueglich Schiffahrt und Beschlagnahme hollaendischer Waren sind annulliert. Die Mitglieder der Wehrmacht und der dazu gehoerigen Organisationen, "dann kommen die Bezeichnungen der Organisationen und der Behoerden und deren Dienststellen in Holland," koennen im Rahmen ihrer Machtbefugnisse, und zwar durch die Feldpost, Pakete im Maximalgewicht von 1000 Gramm nach Hause senden lassen, ohne Beschraenkung der Anzahl der Pakete. Es versteht sich, dass Pakete, die 250 Gramm ueberschreiten, mit RM 0.20 entsprechend zu frankieren sind. Das Mitnehmen von Paketen bei Urlaub und ueber die Grenze ist dadurch nicht beschraenkt. Diese Vorschrift ist doch wohl gemacht worden mit Ihrem Einverstaendnis?

A : "Einverstaendnis" ist in dem Fall vielleicht zuviel gesagt.

H0373 - 0003

Es handelt sich hier nicht um eine Beschlagnahme-Ermaechtigung, sondern um eine Transportanweisung. Diese Dinge hier mussten irgendwie gekauft sein, sie durften nicht beschlagnahmt werden. Der Reichsmarschall hat das angeordnet, und ich habe das in Kraft gesetzt. Das war der sogenannte Schlepp-Erlass, dass jeder Soldat, der aus den Niederlanden zurueckkehrte, soviel mitnehmen kann, als er tragen kann, von irgendwelchen Dingen, die er sich gekauft hat. Aber ich habe dies den Zivilbehoerden, so, wie dasdiese Militaerverordnung verlangt, uebergeben. Ich glaube, nach 2 Jahren wurde sie aufgehoben, weil immer wieder Vorstellungen erhoben wurde, diesen Befehl aufzuheben, weil er den Schwarzhandel in einer besonderen Weise beguenstigt hat.

F: Ich habe ja nicht gesagt, dass es sich um Requirierungen handelt, ich sagte Ihnen gestern, dass Massen-Requirierungen stattfanden, und Sie sagten, das waere richtig gewesen. Heute sage ich Ihnen dies, indem ich Ihnen das Dokument vorlege, um Ihnen zu zeigen, dass es auch noch andere Moeglichkeiten zu pluendern gab.

A: Sie haben aber fruecher von Beschlagnahmen gesprochen; nur das wollte ich richtigstellen.

F: Ich habe gestern kurz davongesprochen, ja. Gehen wir zu etwas anderem ueber. Wollen Sie uns sagen, was die Bestimmungen des Vierjahres-Planes waren, der Beauftragten des Vierjahres-Planes?

A: Ich habe den Wortlaut der Verordnung nicht in Erinnerung. Ich glaube, das ist hier schon verlesen worden; jedenfalls die Organisation der gesamten oekonomischen Mittel des deutschen Interessenbereiches zu Gunsten der von Deutschland gefuehrten Politik; im Kriege natuerlich zu Gunsten der Kriegswirtschaft.

VORSITZENDER: M. Debenest, die Uebertragung ist so durchgekommen, dass dieses Dokument 1530-PS sein wuerde. Ich glaube doch, dass das ein Irrtum ist.

M. DEBENEST: Entschuldigung bitte, es ist RF-1530.

F: Wer hat denn angeordnet, dass der Besitz der Freimaurer liquidiert oder aufgeloest werden soll?

A: Ich muss gestehen, dass ich das nicht weiss. Ich bin auf den

Fall aufmerksam gemacht worden, da war er schon beschlagnahmt. Ich vermute, dass es von Himmler und ueber Haydrich gekommen ist.

F: Gut. Ich moechte gerne Ihr Gedaechtnis auffrischen und lasse Ihnen Dokument F-805 vorlegen, das wird RF-1531. Dieses handelt sich um einen Brief, der von Ihnen gezeichnet ist; nicht wahr?

A: Ja.

F: Der Brief ist vom 11. Maerz 1944 und doch von Ihnen gezeichnet?

A: Vollkommen richtig.

F: Sie druecken sich folgendermassen aus in diesem Brief:

"Sehr geehrter Herr Lammers!

Ich habe das Treuhaender-Vermoegen in den Niederlanden liquidieren lassen. Da die Liquidierung durch mich, also durch eine staatliche Dienststelle erfolgte, ist im Gegensatz zu den Liquidierungen in den uebrigen Raumen die Zustaendigkeit des Herrn Reichsfinanzminister fuer die weitere Verwertungsmoeglichkeit gegeben. Ich habe an den Herrn Reichsfinanzminister einen Brief geschrieben und erlaube mir Ihnen in der Anlage eine Durchschrift vorzulegen. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstuetzen."

Sie haben also von dieser Liquidierung erst gehoert, nachdem sie vollzogen war, nachdem Sie sie durchgefuehrt haben; ist das richtig?

A: Ich bleibe durchaus bei meiner ersten Feststellung. Die Frage ist dahingegangen, wer sie angeordnet hat, und ich habe verstanden wer sie vom Reich verlangt hat. Ich habe tatsaechlich erst nach einigen Monaten den ganzen Komplex festgestellt, dann habe ich sie uebernommen und sie durch meine Dienststelle zu Ende fuehren lassen und diesen Brief geschrieben. Also die Durchfuehrung lag bei mir.

F: Sie sagten soeben vorhin,- und ich habe ganz genau die Uebersetzung verstanden - dass Sie, erst davon gehoert haben, als es bereits geschehen war. Sie widersprechen sich ja selbst, das habe ich bereits gestern mehrmals bemerkt, wenn Ihnen Dokumente vorgelegt worden.

A: Ich habe nicht ganz verstanden, ist das eine Frage an mich?

F: Ja.

A: Ich habe dann die Frage nicht verstanden.

H0373-0004

F: Es handelt sich um eine Durchfuehrung. Ist diese Liquidation des Freimaurer-Besitzes von Ihnen gemacht worden?

A: Ganz bestimmt. Ich moechte nur sagen, sie wurde von einer anderen Stelle begonnen, das Vermoegen beschlagnahmt, dann habe ich die Aktie uebernommen und durch meine zustaendigen Dienststellen durchfuehren lassen.

F: Sie haben die Verwendung der Summen, die durch die Liquidation frei wurden, vorausgesehen?

A: Ich habe den Vorschlag gemacht, dass sie der Partei gegeben worden.

F: Sie haben doch daruber vorher gesprochen?

A: Ich habe auch einen Brief geschrieben, ich glaube, die hier erwaehnte Anlage meines Briefes an den Finanzminister, enthaelt den Vorschlag, diese Vermoegen der Partei zu geben.

F: Haben Sie nicht die Drohung ausgesprochen, das hollaendische Volk hungern zu lassen, als Ergebnis des Eisenbahnerstreiks im September 1944?

A: Man kann es auch als Drohung auffassen. Ich habe es aber jedenfalls als sehr wahrscheinlich bezeichnet.

F: Sie verlangten von dem General-Sekretaer, dass der Streik beendet wuerde?

VORSITZENDER: M. Debenest, das Gericht moechte gerne weitere Nachforschungen, wer die Beschlagnahme des Vermoegens der Freimaurer angeordnet hat.

Angeklagter, wissen Sie, wer die Beschlagnahme anordnete?

ZEUGE: Jawohl, ich weiss das. Die Beschlagnahme wurde angeordnet von Heydrich, wurde von der Polizei in die Wege geleitet, dann hat ein Beauftragter der Partei mit der Liquidierung begonnen, und i n diesem Stadium habe ich sie uebernommen und meinen Dienststellen uebergeben.

Verhoer durch M. DEBENEST:

F: Wann war das? Wann wurde die Beschlagnahme angeordnet?

A: In den ersten Monaten, das ist sehr schnell gegangen, das hat sich nur um Wochen gehandelt.

H0373 - 0005

H0373-0006

Verhoer durch den Praesidenten:

F: Ist dafuer irgend ein Grund angegeben worden?

A: Die Freimaurer wurden als reichsfeindlich bezeichnet nach der Verordnung ueber die Einziehung des Vermoegens von Reichsfeinden.

F: War Heydrich's Befehl schriftlich?

A: Das kann ich nicht sagen. Er ist an die Sicherheitspolizei gegangen und der Befehlshaber der Sicherheitspolizei hat ihn durchgefuehrt. Ich nehme an, es wird ein Fernschreiben gewesensein, wenn nicht ueberhaupt diese ganze Aktion schon vorher geplant war.

F: Meinen Sie, dass Sie es durchgefuehrt haben, ohne irgend welchen schriftlichen Befehl daruber erhalten zu haben?

A: Ich habe die Meldung der Sicherheitspolizei bekommen. Es mag sein, dass sie schriftlich war, vielleicht war sie muendlich, dass vom RSHA die Beschlagnahmen durchgefuehrt werden, und daraufhin habe ich die Sache weiter durchgefuehrt.

F: Um welchen Betrag handelte es sich bei diesen Beschlagnahmungen?

A: Ich glaube, die Endsumme der Liquidation hat ueber 8 oder 9 Millionen Gulden betragen.

F: Und dann glaube ich, dass Sie sagten, Sie rieten an, das Geld solle der Partei ausgehaendigt werden?

A: Ich habe den Antrag gestellt, dass diese 9 Millionen Gulden der Partei gegeben werden.

F: Und ist das auch tatsaechlich geschehen?

A: Nein, ich habe keine Entscheidung daruber bekommen. Das Vermoegen muss in irgendwelchem Wert in den Niederlanden geblieben sein, wahrscheinlich in Schatzanweisungen.

F: Sie waren doch der Reichskommissar fuer die Niederlande, nicht wahr? Was ist mit dem Geld geschehen?

A: Das Gold wurde auf ein Bankkonto hinterlegt, vielleicht wurden niederlaendische Kassenscheine angekauft. Es wurde als ein spezieller Fond behandelt, und es wurde nicht verwendet.

F: Das war alles im Jahre 1940, nicht wahr?

A: Die Liquidation duerfte bis zum Jahre 1942 gegangen sein,

H0373-0007

und von da an ist das Geld auf einem Konto liegengeblieben.

F: Welche Bank war das?

A: Herr Praesident, das kann ich nicht sagen, aber es ist gar kein Zweifel, dass die Niederlaender das festgestellt haben.

F: Und wenn Sie sagten, dass die Beschlagnahme in den ersten Mon geschehen ist, meinten Sie doch 1940?

A: Ja, sofort nach dem Einmarsch.

VORSITZENDER: Fahren Sie fort, M. Debenest.

Verhoer durch M. Debenest:

F: Die Verwendung der Summen dieser Liquidationen war die gleiche wie das, was mit dem Geld des liquidierten juedischen Besitzes gemacht wurde?

A: Im Wesentlichen wurde der Erloes der Liquidation des juedischen Vermoegens in der Vermoegens-und-Verwaltungs-Rentenanstalt zusammengefasst. Es wurden diese Erloese nicht eingezogen, aber es wurden verschiedene Auslagen aus diesen Erloesen bestritten, zum Beispiel die Errichtung des Lagers Vught wurde aus diesen Vermoegen bestritten. Nominell war der Erloes aus der Liquidation des juedischen Vermoegens 400 Millionen Gulden, oder etwas mehr. Es ist aber nicht eingezogen worden.

F: Also was war eigentlich der genaue Verwendungszweck, fuer Zwecke der deutschen Regierung, oder fuer andere Zwecke?

A: Das juedische Vermoegen wurde zuerst beschlagnahmt, dann wurde es, soweit es moeglich war, liquidiert. Wir nannten das Sarisiem Die Erloese der Arisierung wurden zusammengefasst in der Vermoegens und Rentenanstalt --

F: Antworten Sie etwas direkter auf meine Frage, und erklaeren Sie, wie diese Liquidation vor sich ging. Bitte, berichten Sie mir ueber die Ausnutzung der Kapitalien?

A: Der Erloes wurde garnicht verwendet, sondern in der Vermoege und Rentenanstalt der Niederlande muessen 400 Millionen Gulden liegen, teils in niederlaendischen Schatzanweisungen, teils in urspruenglichem Geld; sie sollten also dort sein. Es wurden nur verhaeltnismaessig kleine Teile fuer bestimmte Zwecke verwendet. Ich

glaube, am groessten ist die Verwendung von 14 Millionen Gulden fuer die Errichtung des Lagers Vught. Ich machte den Reichsfinanzminister darauf aufmerksam, dass - --

F: Entschuldigen Sie. Ich richte an Sie eine Frage: Wurden die Beschlagnahmen fuer das Reich verwendet, ja oder nein?

A: Nein, es muesste denn sein, Sie nennen die Errichtung des Lagers Vught eine Ausnutzung fuer das Reich; aber der Erloes wurde zu diesem Zwecke verwandt, denn das Lager Vught sollte ein juedisches Sammellager sein.

F: Sie meinen also, dass die Errichtung des Lagers Vught im Interesse der Niederlaender geschah?

A: Das kann ich bestimmt sagen. Die Kosten des Lagers Vught, soweit sie mir bekannt gegeben wurden, wurden aus diesen Vermoegen bestritten, - ich glaube, es waren 14 Millionen Gulden, - und zwar deshalb, weil das Lager ein juedisches Sammellager sein sollte, erst spaeter hat Himmler ein KZ daraus gemacht.

F: Das ist eine Meinungssache, das Gericht wird darueber entscheiden. Aber was die Summen der Beschlagnahmungen der Freimaurer betrifft, was waren deren Verwendungszwecke, gingen sie in das Reich oder um fuer die Hollaender Konzentrationslager zu schaffen?

A: Weder das eine, noch das andere.

VORSITZENDER: M. Debenest, er hat doch schon gesagt, ich glaube, dass er klar genug sagte, dass die Summe von 400 Millionen die von Juden kam, sich auf einer unbekannten Bank befindet.

ZEUGE: Herr Praesident, die Bank ist mir bekannt. Das juedische Vermoegen ist in der Verwaltungs- und Rentenanstalt in Bellock hinterlegt.

M. DEBENEST: Jetzt lasse ich Ihnen ein Dokument ueberreichen, es ist ein Brief. Es ist Dokument F-864 und wird RF-1532 werden. Dieses Dokument bezeichnet genau die Verwendung, die Sie besprochen haben, und zwar ueber die Waren, die auf diese Weise liquidiert wurden. Erstens, geben Sie am Anfang, dieses Briefes an, dass die Hoehe der Beschlagnahmen bis dahin einen Betrag von 6 134 662 Gulden erreicht haben. Sie geben an, dass diese Summe zu der Zeit sich in

H0373 – 0008

Reichsstiftung bei den Niederlanden befindet. Es handelt sich hier um eine deutsche Anstalt, und keineswegs um eine hollaendische, so viel ich verstehe. Sie geben des Weiteren an, wie verschiedene Summen verteilt werden sollten.

VORSITZENDER: Koennen Sie mir Einzelheiten hierueber angeben, wo es ist. Er sagt, dass die Summe dort in der Bank gewesen ist.

M. DEBENEST: Jawohl, Herr Praesident. Ich moechte noch einiges lesen vom Anfang des Dokumentes, wo er genau den Endzweck der Verteilung der Gelder erklaert.

"Ich nehme an, dass es Ihre Absicht war, den Erloes aus dem Verkauf des Vermoegens der Freimaurer-Organisationen in den Niederlanden selbst fuer gewisse Zwecke zu verwenden, und Sie haben dieselbe Absicht mit dem Vermoegen juedischer Herkunft. In unseren Diskussionen ueber diesen letzten Punkt kamen wir zu einem Uebereinkommen bezueglich dieser Vermoegen.

F: Daraus muss ich also schliessen, dass es Ihre Absicht war, diese Gelder in derselben Weise zu verwenden, wie das juedische Vermoegen, nicht wahr?

A: Es ist gar nicht gesagt,

F: Umsobesser.

A: Der Verwendungszweck ist vollkommen offen.

Der Reichsfinanzminister wollte damals ueber das juedische Vermoegen verfuegen. Ich habe ihn aufmerksam gemacht, dass es nich nicht eingezogen ist und ich sagte zu ihm, er solle ueber das Gold noch nicht verfuegen, sondern warten, wie die Dinge sich weiter entwickeln.

F:Sie haben ihm doch vorgeschlagen, diesselben Ziele zu verfolgen?

A: Ich habe ihm vorgeschlagen, fuer bestimmte Zwecke in den Niederlanden das Gold zu verwenden, das heisst, dieses Vermoegen nic ins Reich zu bringen, sondern in den Niederlanden zu lassen, aber die Verwendung selber ist ganz offen. Er wollte sie ja ins Reich bringen.

VORSITZENDER: Sie koennen sich von diesem Dokument jetzt abwenden, Herr Debenest.

H0373-0009

M. DEBENEST: Das dachte ich auch, das Gericht wird er schaetzen.

F: Nun, was den Eisenbahnerstreik betrifft, verlangten Sie vom Generalsekretaer, dass der Streik beendet werden muesse?

A: Jawohl.

F: Haben Sie nicht ein Embargo gesetzt auf die meisten Transportmittel?

A: Jawohl.

F: Das waren doch Sie gewesen, nicht wahr?

A: Jawohl, das habe ich gestern erklaert.

F: Infolgedessen kannten Sie doch sehr gut die damalige Lebensmittellage in Holland und was die Folgen sein wuerden, die sich notgedrungen ergeben werden wuerden, aus den Beschluss, den Sie einnahmen; er wuerde schwerwiegende Folgen haben?

A: In Wirklichkeit nicht; denn in Wirklichkeit war der Verkehr bereits unterbrochen durch die Beschlagnahme der Wehrmacht, und es hat sich hier darum gehandelt, Verteidigungsmassnahmen zu finden, und da es sehr wichtig erschien, dass die Anforderungen der Wehrmacht bekannt gemacht werden, sollte der Verkehr wieder hergestellt werden. Waere der Eisenbahnerstreik nicht gewesen, so hatte ich bei der Wehrmacht zweifellos erreicht, dass sie ihre Beschlagnahme nicht durchfuehrt, und daher der Schiffsverkehr in Ordnung geblieben waere.

F: Es handelt sich gar nicht um die Wehrmacht, Sie wissen ganz genau, dass zu der Zeit, als Sie dieses Embargo auf die Schiffahrt placierten, Sie wussten ganz genau, dass das [illegible] die Zeit war, dass die Schiffe Lebensmittel fuer den Winter in die Niederlande vom Westen transportierten?

A: Ja, aber in dem Augenblick, in dem ich das verlangt habe, gab es tatsaechlich keinen Verkehr mehr und die Lebensmittelschiffe wurden von der Wehrmacht beschlagnahmt, samt den Lebensmitteln.

F: Dann war Ihre Entscheidung voellig nutzlos?

A: Nein, denn durch meinen Entschluss habe ich bei der Wehrmacht durchgesetzt, dass sie sich auf eine kuerzeste Frist beschraenkt, und mir dafuer die Zusage gibt, dass sie die Schiffe,

H0373-0010

H0373 - 0011

die ich haben wollte, mir vollkommen unzerstoert laesst.

F: Wielange hat denn dieser modus vivendi gedauert?

A: Ich glaube, dass es zwischen 15. und 20. Oktober war. Der Chef meiner Verkehrsabteilung hatte den Auftrag gegeben, diese Anordnung zu widerrufen. Es dauerte in der Praxis Wochen, bevor die hollaendische Verkehrsorganisation zusammenbrach.

F: Bis wann ungefaehr?

A: Es kann bis Mitte November gedauert haben.

F: War das nicht die Zeit, in der der groesste Verkehr bestand?

H0373 - 0012

Fortsetzung des Kreuzverhoers des Angeklagten Seyss-Inquart durch Mr.Debenest, Anklagevertreter der franzoes.Delegation.

A: Das ist richtig. Wir koennen im November und im Dezember so viel Lebensmittel nach Holland bringen, dass diese sechs Wochen Frost als aeusserstes Mass ueberbrueckt werden koennen. Und in September war ich der festen Meinung, dass ich im November und Dezember diese Verschiffungsmoeglichkeit zur Verfuegung haben werde.

F: Und haben Sie diese wirklich erhalten ?

A: Leider nicht, denn durch das Versagen der niederlaendischen Verkehrsbehoerden, in Zusammenhang mit anderen kriegsbedingten Umstaenden, stand diese Moeglichkeit nicht zur Verfuegung.

F: Sie waren sich jedoch voll bewusst, dass die von Ihnen getroffene Entscheidung schwere Folgen haben muesse ?

A: In September war der Entschluss noch nicht so schwer, als die Tatsache, dass die Deutsche Wehrmacht unbedingt mit Ruecksicht auf den Eisenbahnerstreik den Verkehr und die Verkehrsmittel brauchte; und in Wahrung der Reichsinteressen wuerde es fuer mich keinen groesseren Vorwurf geben, als wenn das Deutsche Volk sagen wuerde, ich haette nicht alles Menschenmoegliche und Durchfuehrbare fuer die Fortfuehrung des Kampfes getan.

Vorsitzender: Sie haben sich mit diesem Thema schon gestern befasst, nicht wahr ?

Mr.Debenest: Ich glaube nicht.

Vorsitzender: Das Schiffahrts-Embargo wurde sicherlich gestern besprochen.

Mr.Debenest: Herr Vorsitzender, Ich glaube, dass ich gestern nur von den Beschlagnahmungen der SS und anderer gesprochen habe. Ich habe nur 1 oder 2 Fragen volkswirtschaftlicher Natur gestellt und glaube dieses Gebiet noch nicht beruehrt zu haben. Wenn ich es getan habe, dann bitte ich das Gericht um Entschuldigung. Ich bin fast damit zu Ende.

F: Wie war die Lage der Bank der Niederlande bei Ihrer Ankunft im Jahre 1940 ?

A: Die Niederlaendische Bank als Notenbank war, glaubte ich , im wesentlichen auf der Basis einer Privatbank aufgebaut. Praesident war Herr Trip. Der Staat duerfte einen gewissen Einfluss gehabt haben, weil es ja die Notenbank war.

F: Koennen Sie Ihre Erklaerungen nicht etwas kuerzer halten ?

A: Dann werden sie nicht die volle Wahrheit enthalten.

F: Hat die Summe von Gold und Devisen den Banknotenumlauf gedeckt ?

H0373-0013

A: Ich vermute, nach Massgabe der Golddeckung oder des Vorhandenseins der Golddevisen. Und tatsaechlich war die Devisendeckung hoeher, als die Ausgabe der Noten. Die hollaendische Bank hat mehr Gold und Golddevisen gehabt, als sie Noten ausgegeben hat.

F: Und wie war die Lage zur Zeit des deutschen Zusammenbruches ?

A: Da hat es einige Milliarden und zwar eine ziemlich hohe Summe an Milliarden in Papiergeld in Umlauf gehabt und vielleicht noch 23 Millionen Gold-Gulden.

F: Aber vor allem waren Reichsmark vorhanden ? Stimmt das ?

A: Nein, ich sage 23 Millionen Gulden in Gold. Die uebrige Deckung duerften Anweisungen aus den Reich gewesen sein .

F: Haben Sie die Aufhebung der "Devisengrenze" veranlasst ? Wollen Sie bitte antworten.

A: Ich weiss nicht, was "Abschaffung der Devisen" bedeuten soll.

(Erklaerung der Dolmetscherin: "Devisengrenze")

F: Stimmten Sie der Notwendigkeit der Aufhebung der "Devisengrenze" absolut zu ?

A: Der Vorschlag ist aus meinen Amt gekommen. Ich habe ihn uebernommen, Herr Trip hat protestiert. Ich habe ihn nach Berlin gegeben. In Berlin hat der Herr Reichsmarschall dafuer entschieden, Reichsminister Funk war dagegen, und ich habe den von mir gemachten und von Herrn Reichsmarschall gebilligten Vorschlag durchgefuehrt.

F: Aber persoenlich haben Sie ihm zugestimmt ?

Vorsitzender: Was meinen Sie eigentlich mit " Devisengrenze" mit welcher Sie sich derzeit befassen ? Wir wollen nur wissen, von was Sie sprechen.

Mr. Debenest: Ich meine damit den freien Umlauf der deutschen Wachrung in Holland- die Aufhebung der Grenze zwischen Deutschland und Holland, soweit die deutschen Zahlungsmittel in Frage kommen.

F: Hatte nicht auch Holland bedeutende Summen in Gestalt sogenannter"freiwilliger Zahlungen " zu leisten, unter anderem fuer den Kampf gegen den Bolschewismus ?

A: Ich glaube, ich habe den Fall ganz deutlich dargelegt. Das Reich verlangte in einem gewissen Zeitpunkt als mittelbare Besatzungskosten 50 Millionen Mark fuer die Vorbereitung der Verteidigung in Holland. In Holland haben wir das "Freiwillige Betraege" genannt aus rein optisch-politischen Gruenden. In Wirklichkeit war das eine Forderung des Reiches, die so oder so hatte gezahlt werden muessen.

H0373-0014

Also ich belaste keinen Niederlaender mit dieser angeblichen Freiwilligkeit dieses Beitrages .

F: Und Sie haben diesen Massnahmen zugestimmt, nicht wahr ?

A: Jawohl.

F: Was waren die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen aller dieser Massnahmen

A: Die finanziellen Folgen waren ein ausserordentlich erhoehter Banknotenumlauf, ausserordentlich hohe Giro-Konten, die sich in irgend einer Form sowohl im Reich, wie in allen besetzten Gebieten gleichgeblieben sind. In Holland haben wir es so gemacht, in Frankreich war es anders, das finanzielle Ergebnis ist mit Rueecksicht auf den Zusammenbruch des Reiches gleich. Haette Deutschland den Krieg nicht verloren, so haette Holland heute einen Anspruch von ueber 4½ Milliarden Gulden an ein souveraenes Deutschland.

F: Gut. Wollen Sie nunmehr Dokument 997-PS betrachten, das Sie bereits gestern in Haenden hatten und sehen, was Sie von diesen Massnahmen hielten. Es handelt sich um Seite 14 der franzoesischen Uebersetzung und Seite 12 des deutschen Originaltextes. Es ist der grosse Bericht Seyss-Inquart, RF-122.

Vorsitzender: 997 ?

Mr.Debenest: 997-PS, Seite 14.

F: Dort steht geschrieben -- Ich lese von der 6. Zeile an:

"Diese Regelung geht weit ueber alle bezueglichen Regelungen hinaus, die bisher mit den Nachbarvolkswirtschaften einschliesslich der des Protektorates getroffen wurden und stellt eigentlich den ersten Schritt zu einer Waehrungs-Union dar. Mit Rueecksicht auf diese Bedeutung des Abkommens, die schon an die Unabhaengigkeit des niederlaendischen Staates herankommt, ist es von besonderem Ausschlag, dass der in der westlerischen Bank- und Finanzwelt ausserordentlich bekannte Bankpraesident Trip diesen Vertrag wieder freiwillig im obigen Sinne unterschrieben hat."

F: Das war Ihr Eindruck ? Ist das richtig ?

A: Das ist richtig. Aber ich muss heute zugeben, dass meine damalige Meinung falsch war; denn sonst wuerde ich Herrn Bankpraesidenten Trip zu stark belasten. Was hier geschrieben ist, ist noch nicht der Zustand der spaeteren Aufhebung der Devisengrenze. Das war nur die Vereinbarung der unbeschraenkten Annahme der Banknoten zwischen den beiden Notenbanken. Im uebrigen darf ich auf das verweisen, was ich ueber die Qualitaeten des Herrn von Trip gesagt habe und glaube, dass mit dessen Zustimmung in meinen Augen die voelkerrechtliche Zulaessigkeit gegeben ist.

F: Haben Sie nicht erklaert, dass sie " schon an die Unabhaengigkeit des Nieder-

H0373-0015

laendischen Staates herankommt ?

A: Das war ein uebertriebener Optimismus in meiner Darstellung.

F: Das Gericht wird Ihre Darstellung zu wuerdigen wissen. Sie zogen auch die Aufhebung der Zollgrenzen in Erwaegung ? Ist das richtig ?

A: Ich habe die Frage nicht verstanden.

F: Sie warten die Uebersetzung nicht ab. Wie koennen Sie da erwarten, zu verstehen ? - Haben Sie nicht die Aufhebung der Zollgrenzen in Erwaegung gezogen ?

A: Ja.

F: Waren in den Niederlanden nicht verschiedene Dienststellen vorhanden, die sich mit der Pluenderung von Kunstschaetzen befasst haben?

A: Ich kann es nicht " pluendern" nennen, aber jedenfalls mit der Bewirtschaftung Versorgung u.s.w.

F: Das ist Ihre Anschauung. Aber jedenfalls gab es mehrere Dienststellen ?

A: Jawohl.

F: Sie haben die Dienststelle des Dr.Muehlmann besonders gut gekannt ?

A: Jawohl.

F: Wer hat ihn in die Niederlande berufen ?

A: Ich habe Muehlmann nach den Niederlanden vorausgeschickt, damit er mir meine Dienststelle raeumlich einrichte.

F: Nur um Ihre Dienststellen einzurichten ?

A: In diesem Augenblick nur, um die Dienststelle einzurichten.

F: Und spaeter ?

A: Muehlmann ist dann weggefahren und kam nach einiger Zeit als eine Dienststelle des Vierjahresplanes zur Sicherung von Kunstschaetzen. Es war so aehnlich, wie in Polen.

F: Was haben Sie unter " Sicherung von Kunstschaetzen " verstanden ?

A: Praktisch — ich will gar nicht viel herumreden, — praktisch hatte er festzustellen, ob in den beschlagnahmten Vermoegen Kunstwerke sind und hatte dann den Auftrag, diese Kunstwerke an verschiedene Reichsstellen anzukuendigen.

F: Nur um festzustellen und sie anzukuendigen?

A: Ja, denn der Ankauf wurde dann von den verschiedenen Stellen selbst besorgt. Ich weiss, dass er sich auch mit dem privaten Kunsthandel beschaeftigt hat, als Vermittler.

H0373-0016

F: Haben Sie auch auf diesem Wege Gemaelde fuer sich selbst erworben ?

A: Jawohl. Nicht fuer mich, sondern fuer die gestern dargestellten Zwecke.

F: Nun, Sie haben auch gestern erklaert, dass Sie eine grosse Anzahl von Kunstschaetzen in Sicherheit bringen liessen. Unter diesen Kunstschaetzen befand sich natuerlich auch Gemaelde. Fuer welchen Zweck brachten Sie diese in Sicherheit ?

A: Also, viele Kunstschaetze habe ich hoechstens insoferne sichergestellt, dass durch die Beschlagnahme feindlichen und juedischen Vermoegens diese Sicherstellung und weitere Liquidation erfolgte. Ueber die von mir erwaehnten Geschenke, z.B. an das Kunsthistorische Museum in Wien, habe ich vielleicht 3 oder 4 Bilder angekauft.

F: Angeklagter, ich habe Sie gefragt, aus welchem Grunde Sie diese Kunstschaetze in Sicherheit gebracht haben.

A: Die Einziehung -- die Beschlagnahme des juedischen und feindlichen Vermoegens hatte den primaeren Zweck der Sequestrierung. Es war aber mit der Zeit klar, dass diese Kunstschaetze vom Reich aus aufgekauft werden. Die 3 oder 4 Bilder habe ich mit dem sofortigen Zweck gekauft, sie bestimmten Reichsinstitutionen, z.B. dem Kunsthistorischen Museum in Wien, zu geben.

F: Aber es gab ja in Holland nicht nur juedische Vermoegen.

A: Ich habe ja auch gesagt, feindliche Vermoegen. Aber das waren nicht die feindlichen Vermoegen im allgemeinen, sondern nur, wenn eine besonders feindliche Haltung oder Stellungnahme gegen das Reich nachgewiesen war. Die wurden dann auch eingezogen.

F: Sie haben nun folgendes Dokument geschrieben, welches dem Gericht bereits vorgelegt wurde und das Sie bestimmt kennen. Es handelt sich um Schriftstueck F-824, das unter Nr.RF-1344 unterbreitet wurde. Ist Ihnen das Dokument bekannt ? Es ist ein von Ihnen an Dr.Lammers gerichteter Brief. Dieser Brief befasst sicht mit dem Ankauf von Bildern, d.h. mit fuer den Fuehrer getaetigten Kaeufen. In Absatz 3) dieses Briefes, lt. franzoesischem Text, schreiben Sie wie folgt: "Aus der mir vorgelegten Aufstellung entnehme ich, dass auf diese Art eine ziemlich grosse Zahl von wertvollen Bildern sichergestellt wurde. Bilder welche der Fuehrer zu Preisen gekauft hat, die nach meinen Nachforschungen in dem Lande als geradezu ausserordentlich billig bezeichnet werden muessen."

H0373-0017

F: Haben Sie auch auf diesem Wege Gemaelde fuer sich selbst erworben ?

A: Jawohl. Nicht fuer mich, sondern fuer die gestern dargestellten Zwecke.

F: Nun, Sie haben auch gestern erklaert, dass Sie eine grosse Anzahl von Kunstschaetzen in Sicherheit bringen liessen. Unter diesen Kunstschaetzen befand sich natuerlich auch Gemaelde. Fuer welchen Zweck brachten Sie diese in Sicherheit ?

A: Also, viele Kunstschaetze habe ich hoechstens insoferne sichergestellt, dass durch die Beschlagnahme feindlichen und juedischen Vermoegens diese Sicherstellung und weitere Liquidation erfolgte. Ueber die von mir erwaehnten Geschenke, z.B. an das Kunsthistorische Museum in Wien, habe ich vielleicht 3 oder 4 Bilder angekauft.

F: Angeklagter, ich habe Sie gefragt, aus welchem Grunde Sie diese Kunstschaetze in Sicherheit gebracht haben.

A: Die Einziehung -- die Beschlagnahme des juedischen und feindlichen Vermoegens hatte den primaeren Zweck der Sequestrierung. Es war aber mit der Zeit klar, dass diese Kunstschaetze vom Reich aus aufgekauft werden. Die 3 oder 4 Bilder habe ich mit dem sofortigen Zweck gekauft, sie bestimmten Reichsinstitutionen, z.B. dem Kunsthistorischen Museum in Wien, zu geben.

F: Aber es gab ja in Holland nicht nur juedische Vermoegen.

A: Ich habe ja auch gesagt, feindliche Vermoegen. Aber das waren nicht die feindlichen Vermoegen im allgemeinen, sondern nur, wenn eine besonders feindliche Haltung oder Stellungnahme gegen das Reich nachgewiesen war. Die wurden dann auch eingezogen.

F: Sie haben nun folgendes Dokument geschrieben, welches dem Gericht bereits vorgelegt wurde und das Sie bestimmt kennen. Es handelt sich um Schriftstueck F-824, das unter Nr.RF-1344 unterbreitet wurde. Ist Ihnen das Dokument bekannt ? Es ist ein von Ihnen an Dr.Lammers gerichteter Brief. Dieser Brief befasst sicht mit dem Ankauf von Bildern, d.h. mit fuer den Fuehrer getaetigten Kaeufen. In Absatz 3) dieses Briefes, lt. franzoesischem Text, schreiben Sie wie folgt:

"Aus der mir vorgelegten Aufstellung entnehme ich, dass auf diese Art eine ziemlich grosse Zahl von wertvollen Bildern sichergestellt wurde. Bilder welche der Fuehrer zu Preisen gekauft hat, die nach meinen Nachforschungen in dem Lande als geradezu ausserordentlich billig bezeichnet werden muessen."

H0373 – 0018

Dann fuegen Sie hinzu, dass das Rembrandt Selbstportract wieder gefunden wurde und zwar war das Muehlmanns Verdienst.

Infolgedessen war diese Sicherstellung von Kunstwerken doch sichtbar zu dem Zweck, dass die Reichsbehoerden sie nach Deutschland bringen konnten. Stimmt das nicht ?

A: Da besteht gar kein Zweifel. Bezueglich des Rembrandt-Bildes moechte ich nur erwaehnen, dass es illegal nach Holland gekommen ist und daher beschlagnahmt wurde.

F: Also es wurde nach Deutschland auf den ueblichen Wege gebracht ?

A: Beim Rembrandt-Bild ist, glaube ich gar kein Zweifel. Hier ist eine deutsche Vorschrift verletzt worden.

F: Ausser den Bildern haben Sie sich doch auch eine ganze Anzahl von Kunstgegenstaenden und Wertsachen angeeignet, z.B. Diamanten, Edelsteine usw.?

A: Davon ist mir nichts bekannt.

F: Davon wissen Sie nichts, aber Sie wissen, dass Sie in Wien ein Haus besitzen in der Untergasse Nr.3?

A: Nein, das ist in der Iglauer Strasse 15, aber das kann stimmen, ja bitte.

F: Haben Sie dort nicht eine bestimmte Zahl von Wert- und Kunstgegenstaenden aus den Niederlanden untergebracht ?

A: Mir vollkommen unbekannt.

F: Sie wissen also nichts, das ist Ihnen also unbekannt. Gut, gehen wir weiter. Wer hat denn die Beschlagnahme des Vermoegens des koeniglichen Hauses angeordnet?

A: Ich persoenlich.

F: Sie waren also der Anstifter nicht wahr, der das angeregt hat ?

A: Nicht nur der Anstifter, ich habe mich dazu entschlossen. Ich habe es durchgefuehrt.

F: Also Sie waren nur der Ausfuehrende ?

A: Ja der Ausfuehrende.

F: Ich frage Sie nicht, ob Sie auch der Ausfuehrende waren, ich habe ganz klar gefragt, haben Sie nur diesen Befehl ausgefuehrt ?

A: Nein, ich habe gestern genau dargestellt, aus welchen Gruenden ich mich entschlossen habe mit einer Beschlagnahme des koeniglichen Vermoegens vorzugehen.. Ich habe das dann auch durchgefuehrt.

H0373-0019

A: Nein, ich habe gestern genau dargestellt, aus welchen Gruenden ich mich entschlossen habe mit einer Beschlagnahme des koeniglichen Vermoegens vorzugehen. Ich habe das dann auch durchgefuehrt.

F: Sie geben vor, dass das das Ergebnis der Rede der Koeniggin war. Das haben Sie gestern gesagt, nicht wahr ?

A: Jawohl.

F: Ich werde Ihnen jetzt erlauben von einem Dokument FR-828, welches ich unter der Nummer 1533-RF vorlege, Kenntnis zu nehmen.

(Dem Angeklagten wird das Dokument ueberreicht)

Dieses Dokument ist ein Brief von Reichsleiter Bormann an den Reichsminister Dr.Lammers von 3. Juli 1941. Im Anfang des Briefes eroertert Bormann die Rede der Koenigin - und zwar im letzten Absatz, er ist derjenige, der uns von Wichtigkeit ist und er schreibt:

"Der Fuehrer hat nunmehr der schon fruecher vom Reichskommissar fuer die Niederlande erbetenen Genehmigung, das Vermoegen des niederlaendischen Koenighauses einziehen zu duerfen, stattgegeben."

Glauben Sie immer noch, dass das in Verbindung mit der Rede der Koenigin war ?

A: Die Uebertragung war momentan technisch unterbrochen.

F: Gewiss, Sie haben doch das Dokument in Ihrer Hand.

A: Ja, bitte ich weiss, worum es sich handelt.

F: Sie wissen es natuerlich.

A: Es ist vollkommen meiner Erinnerung entschwunden, dass ich einen solchen Antrag schon fruecher gestellt haben soll. Ich kann mich wirklich nicht erinnern. Vielleicht habe ich eroertert, ob man das Vermoegen einziehen soll oder nicht. Ich kann mich eigentlich erst erinnern an meinen Antrag im Augenblick als diese Rede gehalten wurde. Das war ja nicht die erste Rede, die die Koenigin der Niederlande gehalten hat. Sie hat auch in aehnlicher Weise fruecher schon gesprochen.

F: Ja, das ist eine Erklaerung und das Gericht wird sie entsprechend einschaetzen. Was die Pluenderung in den Niederlanden betrifft und der Versuch, das Land zu nazifizieren und zu germanisieren - ist es nicht Tatsache, dass dies von der Zivilverwaltung und der Regierung , deren Chef Sie waren, ausgefuehrt wurde ?

A: Ja und nein. Es ist mir vollkommen klar, dass die Niederlande unser Verhalten wirtschaftlich als Pluenderung empfanden.

H0373 - 0020

Formell und rechtlich scheint es mir nicht so zu sein. Germanisiert habe ich die Niederlande ueberhaupt nicht.

F: Gut, wollen Sie sich bitte das Dokument 997-PS ansehen, Seite 22 des deutschen Textes und Seite 26 des franzoesischen. Ich beziehe mich auf den Teil Ihres Bericht der die Ueberschrift traegt "Feststellungen". Auf Seite 26 im franzoesischen Text, ich verlese diese " Feststellungen," die Sie ueber Ihre eigene Taetigkeit gemacht haben und zwar Seite 22 des deutschen Textes:

"1. Der Gegenstand ist datiert von 19. Juli 1940.

2. Die Verwaltung sagen Sie ist derzeit genuegend und in Hinkunft zunehmend unter der Leitung und Kontrolle der deutschen Behoerden.

3." Sie sagen: Die Wirtschaft und der Verkehr sind in Gang gebracht und auf die Kriegsverhaeltnisse umgestellt. Planungen zu einem grosszuegigen Umbau auf die Kontinentalwirtschaft in Angriff genommen, die Bereitschaft hierzu nahezu allgemein, die Vorraete des Landes an Rohmaterial der Kriegswirtschaft des Reiches zugefuehrt, die finanziellen Kraefte hierfuer in 1940 weitgehend erschlossen und an die Steuerung des Reiches angeschlossen, alles auf Grund weitgehender Mitarbeit der Niederlaender."

Das ist doch genau, was Sie schreiben ?

A: Jawohl, und ich glaube fuer den zweiten Punkt wird jede Besatzungsmacht volles Verstaendnis haben und der Punkt 3 war eine konstruktive Idee eines neuen Europas.

F: Ja, das ist eine Ansicht, die das Gericht einschaetzen wird. Ich moechte noch kurz auf die Judenfrage zurueckkommen. Sie sagten gestern, dass Sie protestierten gegen den Abtransport von Tausenden von Juden nach Buchenwald oder Mauthausen und dass es dann keine Transporte mehr gab. Aber warum protestierten Sie nicht gegen die Verschleppung nach Auschwitz ? Dachten Sie, dass dieses Lager ganz anders war als die zwei anderen ?

A: Selbstverstaendlich. Mauthausen und Buchenwald waren Konzentrationslager, waehrend Auschwitz mir als ein Sammellager bezeichnet wurde, in dem die Juden verbleiben sollten bis eben der Krieg entschieden oder irgend eine andere Entscheidung getroffen ist.

F: Bevor Sie nach Holland kamen, waren Sie doch der Adjutant des Generalgouverneurs in Polen ?

H0373 - 0021

A: Nicht ganz, aber der Stellvertreter.

F: Noch besser. Infolgedessen muessen Sie doch dort von diesem Lager sprechen gehoert haben ?

A: Damals hat es Auschwitz noch gar nicht gegeben.

F: Wussten Sie denn nicht, dass die Asche von Tausenden von Juden von Buchenwald oder Mauthausen gegen eine Bezahlung von 75 Florins (?) ihren Familien zurueckgeschickt wurde ? Das war 1941 und hat Sie abgehalten spaeter andere Massnahmen gegen die Juden zu ergreifen und zwar solche Massnahmen, die zur Deportation der Juden fuehrten ?

A: Weil diese in meinen Augen vorerst Evakuierung genannte Massnahme ganz etwas anderes ist als die Deportation oder die Abfuehrung in ein Konzentrationslager.

F: Sie kannten doch das Schicksal dieser Juden, die transportiert wurden nach den Lagern.

A: Das Schicksal, wie wir es heute kennen, das haben die meisten und die allermeisten nicht gekannt. Welche Bedenken ich hatte, habe ich gestern erklaert.

F: Das ist eine Ansichtssache. Sie sprachen gestern von Repressalien gegen die Zeitung in Leyden --

A: (unterbrechend) im Haag.

F: Im Haag, gut. Sie sagten --

Vorsitzender: Ist das nicht etwas, ueber das Sie gestern schon ein Kreuzverhoer angestellt haben ?

M.Debenest: Herr Praesident, es sind Fragen, die mir heute frueh uebergeben wurden auf verschiedenen Erklaerungen, die sich auf gestrigen Aussagen des Angeklagten beziehen.

Vorsitzender: Das Gericht ist der Meinung, dass Sie diese Sachen nicht noch einmal behandeln sollten.

M.Debenest: Jawohl, gut.

Dann werde ich abschliessen mit allen Fragen bezueglich der Geiseln. Ich moechte aber noch eine Frage hinsichtlich der Ueberschwemmungen stellen, wenn es das Gericht erlaubt. Alle anderen Fragen, die ich im Sinne hatte zu stellen, betreffend Geiseln, werde ich, wenn es das Gericht wuenscht, nicht mehr stellen.

H0373 - 0022

A: Nicht ganz, aber der Stellvertreter.

F: Noch besser. Infolgedessen muessen Sie doch dort von diesem Lager sprechen gehoert haben ?

A: Damals hat es Auschwitz noch gar nicht gegeben.

F: Wussten Sie dennnicht, dass die Asche von Tausenden von Juden von Buchenwald oder Mauthausen gegen eine Bezahlung von 75 Florins (?) ihren Familien zurueckgeschickt wurde ? Das war 1941 und hat Sie abgehalten spaeter andere Massnahmen gegen die Juden zu ergreifen und zwar solche Massnahmen, die zur Deportation der Juden fuehrten ?

A: Weil diese in meinen Augen vorerst Evakuierung genannte Massnahme ganz etwas anderes ist als die Deportation oder die Abfuehrung in ein Konzentrationslager.

F: Sie kannten doch das Schicksal dieser Juden, die transportiert wurden nach den Lagern.

A: Das Schicksal, wie wir es heute kennen, das haben die meisten und die allermeisten nicht gekannt. Welche Bedenken ich hatte, habe ich gestern erklaert.

F: Das ist eine Ansichtssache. Sie sprachen gestern von Repressalien gegen die Zeitung in Leyden --

A: (unterbrechend) in Haag.

F: In Haag, gut. Sie sagten --

Vorsitzender: Ist das nicht etwas, ueber das Sie gestern schon ein Kreuzverhoer angestellt haben ?

M.Debenest: Herr Praesident, es sind Fragen, die mir heute fruehe uebergeben wurden auf verschiedenen Erklaerungen, die sich auf gestrigen Aussagen des Angeklagten beziehen.

Vorsitzender: Das Gericht ist der Meinung, dass Sie diese Sachen nicht noch einmal behandeln sollten.

M.Debenest: Jawohl, gut.

Dann werde ich abschliessen mit allen Fragen bezueglich der Geiseln. Ich moechte aber noch eine Frage hinsichtlich der Ueberschwemmungen stellen, wenn es das Gericht erlaubt. Alle anderen Fragen, die ich im Sinne hatte zu stellen, betreffend Geiseln, werde ich, wenn es das Gericht wuenscht, nicht mehr stellen.

H0373 - 0023

Jedenfalls darf ich noch eine Frage stellen bezueglich der Ueberschwemmungen.

Vorsitzender: Das Gericht ist der Meinung, dass Sie gestern schon diese Sachen behandelt haben.

Mr.Debenest: Ja, dann bin ich fertig Herr Praesident.

Vorsitzender: Das Gericht vertagt sich nun auf einige Minuten.

(Gerichtspause von 11.16 Uhr bis 11.30 Uhr)

H0373 - 0024

Vorsitzender: Das Gericht wird sich heute nachmittag ¼ vor 5 Uhr vertagen und dan eine geschlossene Sitzung abhalten.

Mr. Dodd: Herr Praesident, ich bemerke, dass der Verteidiger Kaltenbrunners heute morgen hier ist und wenn ich richtig verstanden habe, wollte er ein Kreuzverhoer mit Seyss-Inquart durchfuehren und vielleicht koennte das jetzt gemacht werden, um Zeit zu ersparen.

Vorsitzender: Ja.

Rechtsanwalt Dr. Kauffmann fuer den Angeklagten Kaltenbrunnder:

KREUZVERHOER

Dr. Kauffmann: Herr praesident, ich bitte zu entschuldigen, dass ich gestern sozusagen den Unwillen des Gerichts erregt haben weil ich nicht da war. Es hatte seinen besonderen Grund, denn die Verhaeltnisse sind manchmal staerker als der Wille. Ich hatte in den letzten Jahren eine schwere Krankheit hinter mir und habe mich nicht besonders wohl gefuehlt, obwohl ich fest vorhatte, zur Sitzung zu erscheinen. Ich bitte das zu entschuldigen.

Vorsitzender: Selbstverstaendlich, Dr. Kauffmann, wir nehmen Ihre Erklaerung zur Kenntnis.

Dr. Kauffmann: Danke sehr.

Durch Dr. Kauffmann: F: Herr Zeuge, seit wann kennen Sie den Angeklagten Kaltenbrunner ?

A: Ich habe Dr. Kaltenbrunner entweder im Jahre 1935 oder Anfang 1936 kennen gelernt im Zusammenhang mit den Hilfswerk "Lambert", das war eine von der Polizei geduldete Unterstuetzungsorganisation fuer in Not geratene nationalsozialistische Familien.

F: Welche Rolle hat Kaltenbrunner vor dem Anschluss im Maerz 1938 mit Oesterreich gespielt. Gehoerte er zu den radikalen Elementen oder zu den gemaessigten ?

A: Man sagte mir damals, dass Kaltenbrunnder der SS nahesteht, der Fuehrer der illegalen SS war er nicht, das war ein Ingenieur in der Steiermark.

F: War das der Ingenieur Leopold ?

A: Nein. Ich habe mit Zernatto ueber Kaltenbrunner wiederholt gesprochen. Wir haben ihn als die "Polizei des 11. Juli" in der Partei bezeichnet, das heisst, sein Einfluss ist dahin gegangen, die radikalen Elemente vor Excessen, wie im Juli 1934 zurueckzuhalten.

F: Kaltenbrunner wurde dann Unterstaatssekretaer in Oesterreich ?

H0373-0025

A: Jawohl.

F: Erfolgte nun den Vorschlag, ihn zum Unterstaatssekretaer zu ernennen, von oesterreichischen Kreisen heraus oder durch Himmler, Hitler oder den Angeklagten Goering

A: Nach meiner Kenntnis nur von Oesterreich. Ich selbst habe vom Reich keinen Hinweis fuer meine eigenen Ministerien bekommen. Die Partei in Oesterreich hat auf Kaltenbrunner verwiesen, wei. wir ja in der Polizeiorganisation auch einen Mann drin haben wollten.

F: Und welches waren nun seine praktischen Obliegenheiten in seiner Stellung als Unterstaatssekretaer ?

A: Ich glaube, als Unterstaatssekretaer hat er ueberhaupt noch nichts gemacht. Nach dem Ruecktritt Skubls wurde er vom Bundespraesidenten zum Staatssekretaer ernannt, Als solcher hatte er administrative und oekonomische Funktionen. In die eigentliche Exekutive konnte er nicht eingreifen. Wenn ich zum Beispiel die Enthaftung eines Mannes haben wollte, musste Kaltenbrunner den Befehlshaber bzw. Kommandeur der Sicherheitspolizei fragen, und wenn der "Nein" gesagt hat, mussten wir Heydrich fragen.

F: Nun steht fest, dass Kaltenbrunner im Jahre 1943 zum Chef des Reichssicherheitshauptamtes ernannt wurde, und er hat hier behauptet, dass er sich wiederholt gestraeubt habe, diesen Posten anzunehmen. Wollen Sie darueber etwas sagen ?

A: Ich weiss nur, dass ich Ende November oder Anfang Dezember 1942 im Hauptquartier war. Bei dieser Gelegenheit hatte ich auch das Feldquartier Himmlers besucht, und da hat mir einer der Adjutanten - ich glaube Wolff war es - gesagt, der Reichsfuehrer wolle Kaltenbrunner fuer das Sicherheitshauptamt haben. Kaltenbrunner wehrte sich. Man werde ihn jetzt auf 4 Wochen ins Feldquartier bestellen und entsprechend behandeln, damit er es doch uebernimmt.

F: Haben Sie irgendwelche Anhaltspunkte dafuer, dass der eigentliche Zweck der Berufung Kaltenbrunners als Chef des Reichssicherheitshauptamtes der war, dass er der politischen und militaerischen Nachrichtendienst organisiere und fuehre ?

A: Ich habe einige Indizien, dass er die eigentliche Sicherheitspolizei nicht so in der Hand hatte wie Heydrich, und ich hatte tatsaechlich Anhalte fuer seine Nachrichtentaetigkeit. Zur Zeit Heydrichs hat der Befehlshaber meiner Sicherheitspolizei immer nur von Heydrich gesprochen, wenn er eine Entscheidung aus Berlin haben wollte. Als Kaltenbrunner kam, so erinnere ich mich nicht, dass er von Kaltenbrunner gesprochen hat, sondern vom Reichssicherheitshauptamt und manchmal von Mueller. Ich

H0373 - 0026

selbst habe mit Kaltenbrunner - soweit ich mich erinnere - nur 2 mal in sicherheitspolizeilichen Fragen gesprochen. Das eine Mal war dies der Fall wegen des Verbleibens Dr. Schuschniggs, ueber den Dr. Kaltenbrunner mir berichtet hat, das zweite Mal sollte ein Verwandter von mir in ein Konzentrationslager kommen. Ich habe mich an Kaltenbrunner gewandt, weil das hier der einzige Bekannte war im Reichssicherheitsamt und ich auch glaubte, dass er dort etwas zu sagen habe. Ich wusste nichts von der Abgrenzung der Funktion. Kaltenbrunner hat damals mit Muelle telefonisch in einer solchen Weise gesprochen, wie ein Vorgesetzter mir einem nachgeordneten Mitarbeiter nicht spricht. Positive Beweise fuer seine Taetigkeit habe ich, weil ich seit dem Jahre 1944 in dieser Beziehung mit Kaltenbrunner in engster Zusammenarbeit war. Ich habe ihn auch fuer seinen Auslandsnachrichtendienst auslaendischer Werte zur Verfuegung gestellt bzw. bei der zustaendigen Stelle erwirkt alles im Einvernehmen mit der zustaendigen Reichsstelle.

F: Sie sprachen eben von Mueller. Sie meinten damit den Gestapo-Chef Mueller ?

A: Ja.

F: Hatten Sie den Eindruck, dass dieser Mann die eigentliche Direktive in Haenden hatte bezueglich der sicherheitspolizeilichen Funktionen ?

A: Ich kann nur sagen, dass ich bezueglich des Telefongespraechs zu Mueller gesagt hatte: "Wie werden Sie den Fall entscheiden ?"

F: Sie haben auch militaerische und telefonische Berichte ueber den Fall Kaltenbrunner bekommen. Stimmt das ?

A: Jawohl, wiederholt. Dies waren sehr geheime Berichte, die nur in 4 Kopien herausgegeben wurden.

F: War das vor Kaltenbrunners Ernennung schon so ?

A: Nein, diese Berichte hat Kaltenbrunner erst Ende 1943, anfangs 1944 eingefuehrt wenn ich mich recht erinnere.

F: Worin bestand der Unterschied gegenueber den Berichten, die gewoehnlich von Canaris verfasst waren ?

A: Die Berichte von Canaris kenne ich nicht oder nur zum Teil. Ich kenne sie von frueher vom Reichssicherheitshauptamt.

F: Ist es richtig, dass die von Kaltenbrunner hergestellten Berichte sich durch eine besondere Schaerfe und Offenheit in der Kritik an oeffentlichen Massnahmen ausdrueckten und dass sie sich dadurch hervorheben ?

A: Ja, auch das, Vor allem waren die Berichte Kaltenbrunners wirklich objektiv

H0373 - 0027

und nicht vorbereitete Zweckberichte v

F: In welchem Umfange kamen diese Berichte an ?

A: Ivh glaube, dass so ein Bericht 40 - 60 Seiten gehabt hat. Manchmal auch mehr. Er duerfte alle drei bis vier Wochen erschienen sein. Es duerften aber auch noch Spezial-Berichte erschienen sein.

F: Wissen Sie, ob diese Spezial-Berichte an militaerische Stellen gerichtet waren oder haben sie -- ich meine die, die Sie eben erwaehnt haben - auch eine militaerische Darstellung der Lagen erhalten ?

A: Die Berichte, von denen ich spreche, waren vorwiegend politischer Natur und unmittelbar an den Fuehrer gerichtet. In diesen Berichten erinnere ich mich einer ausserordentlichen Stellungnahme des Reiches geten die Polen und gegen die katholische Kirche, die auf einem Briefpapier mit der Ueberschrift des Reichssicherheitshauptamtes stand, was mir als ein unmoeglicher Zustand erschienen ist.

F: Sie sprechen eben von diesen beiden Kritiken. Welchen Inhalt hatte nun diese Kritik, die sich auf die zwei Gegenstaende bezieht, die Sie eben erwaehnten, diese zwei Gegenstaende ueber das oeffentliche Leben ?

A: Dass man den Polen wieder eine Autonomie gewaehren sollte, war ganz klar, und eine unabhaengige Verwaltung. Wenigstens wurde es ihnen versprochen und bezueglich der katholischen Kirche verlangte er die Wiedereinfuehrung aller verwaltungsmaessigen und sonstigen Befehle und verlangte auch, dass sie ohne Zerstoerungen bleiben sollten, d.h. die katholische und protestantische Kirche.

Dr. Kauffmann: Ich habe keine Fragen mehr.

Durch Mr. Dodd: F: Sie haben dem Gericht gestern mitgeteilt, dass Sie Parteimitglied im Jahre 1938 wurden und dass Ihre Mitgliedsnummer irgendwo in den Millionen lag ?

A: Sieben Millionen. Die Zugehoerigkeit war gueltig vom 13. Maerz 1938 als formelles Parteimitglied.

F: Ja, wenn Sie sagen "formell", wollen Sie versuchen hervorzuheben, wie ich es verstehe, und darauf hinweisen, dass Sie tatsaechlich, wenn auch nicht formell, schon vorher Parteimitglied waren, Ihren Beitrag bezahlten und die Partei unterstuetzt haben. Stimmt das ?

A: Die beiden ersten Punkte stimmen nicht. Ich habe nur Unterstuetzungsbeitraege vom Herbst 1937 bis in das Jahr - Entschuldigung, vom Herbst 1932 bis zum Herbst 1933 gezahlt. Ich habe mich aber innerlich schon als Nationalsozialist gefuehlt

H0373 - 0028

und betrachtete mich als Parteimitglied, aber ohne eine ausfuehrliche formelle Verpflichtungserklaerung.

F: Waren Sie ein Mitglied des Steierischen Heimatschutzes ?

A: Des Steierischen Heimatschutzes, jawohl, vom Herbst 1932 an.

F: Und diese Organisation wurde doch praktisch vollkommen vin den Nationalsozialisten uebernommen zu einer Zeit, als Sie schon Mitglied waren ?

A: Das ist beabsichtigt gewesen. Es wurde aber nicht durchgefuehrt. Es war die Vereinbarung, dass der Steierische Heimatschutz in die Partei aufgenommen wird, Muenchen hat das aber nicht getan, und es mussten die einzelnen Mitglieder des Steierischen Heimatschurzen einzeln in die Partei eintreten.

F: Kennen Sie einen Mann namens Dr. Andreas Horsey ?

A: Meinen Sie Andreas Moser ? Ich glaube, das war ein Rechtsanwalt, aber persoenlich habe ich ihn nicht gekannt.

F: Wissen Sie, dass er auch ein Mitglied des Steierischen Heimatschutzes war ?

A: Nein.

F: Erinnern Sie sich, dass Sie am 7. Maerz 1938 mit ihm eine Unterredung hatten, nur einige Tage vor dem Anschluss ?

A: Das habe ich nicht mehr in Erinnerung.

F: Vielleicht kann ich Ihnen helfen. Erinnern Sie sich, dass Sie ihm mitgeteilt haben, dass Sie Chef des Steirischen Heimatschutzes waren und zwar im Jahre 1932, kurz ehe die Organisationen verboten wurden ?

A: Das ist vollkommen ausgeschlossen; denn Chef des Steierischen Heimatschutzes war Konstantin Kammerhofer. Das hat ganz Oesterreich gewusst.

F: Sie erinnern sich also nicht an eine Unterredung, in der Sie gesagt haben, was ich eben zitiert habe. Sagen Sie nun, dass Sie es niemals gesagt haben oder dass Sie sich nicht daran erinnern; das will uch geklaert haben.

A: An die Unterredung erinnere ich mich, aber ich erklaerte, dass es vollkommen ausgeschlossen ist, dass ich erklaert haette, ich war der Chef des Steierischen Heimatschutzes. Das hat ganz Oesterreich gewusst, dass dies Konstantin Kammerhofer war. Es ist wohl moeglich, dass ich gesagt hatte, dass ich ein sehr intimer Freund von Kammerhofer war, und das war auch der Fall.

F: Gut. Ich moechte Ihnen daher seine Aussage zeigen im Falle "das Volk gegen Dr. Guido Schmidt". Es ist das Dokument Nr. 3992. Seine Aussage wurde vor dem Obersten Strafgericht in Wien am 19. Maerz 1946 vor Richter Sucher abgegeben. Wir legen die

H0373 - 0029

als USA 882 vor. Ich ersuche Sie, sich die zweite Seite anzusehen und Sie werden einen Satz finden, der beginnt:

"Am 7. Maerz 1938 ---" usw. -- " ehe es unmoeglich gemacht wurde; kurz bevor der Steierische Heimatschutz im jahre 1933 verboten wurde." Dann fahrt er fort und bezieht sich auf den Mann Kammerhofer, den Sie eben erwaehnt haben. Und weuter unten im naechsten Satz sagt er: "Er, Seyss-Unquart ist dieser Organisation beigetreten und ist dann vom Landesleiter Ingenieur Pichler in Waitz zugelassen worden und ist niemals aus der Organisation ausgetreten." Deshalb kann Ihre Aussage, dass Sie kein Mitglied der NSDAP waren, formell korrekt angesehen werden, aber es sagt die Erklaerung, dass Sie nicht illegal gearbeitet haben, also nicht wahr sei ?

A: Dr. Moser kann ueberhaupt nicht wissen, ob ich illegal gearbeitet habe. Er geht davon aus, dass der Heimatschutz tatsaechlich mit der NSDAP verbunden wurde, und das ist falsch. Der Zeuge Ueberreiter wird das bestaetigen koennen. Ich bleibe vollkommen bei meiner Aussage.

F: Kennen Sie einen Mann namens Rainer ?

A: Ja, sehr gut, Dr. Friedrich Rainer.

F: Ja. Sie haben ihn als Zeugen verlangt, und er kommt als Ihr Zeuge, nicht wahr ?

A: Ja.

F: Aber was wuerden Sie sagen, wenn er behauptet, dass Sie ein Parteimitglied wurden, als dieser Steirische Heimatschutz von der NSDAP uebernommen wurde ?

A: Ich moechte dazu folgendes sagen, fuer alle ---

F: Gut. Ich moechte Ihnen etwas sagen, das Ihnen helfen wird. Dieses Dokument ist bereits in der Beweisaufnahme und ich vermute, dass Sie es gesehen haben. Es ist Nr. 812-PS, USA.

A: Ja, es ist ein Brief, ein Bericht von Dr. Rainer.

F: So nehme ich an, dass Sie wissen, was er sagte, Sie haben das Dokument doch gesehen ?

A: Ja.

F: Sie stimmen doch damit ueberein, dass er in diesem Dokument sagt, dass Sie durch Ihre Mitgliedschaft im Steirischen Heimatschutz Mitglied der NSDAP waren, dass Sie also sozusagen der Partei beigetreten sind, als diese Organisation von ihr uebernommen wurde ?

A: Ja, ich moechte Ihnen sagen, dass ich selbst bis zum Jahre 1938 dieser Meinung war und noch gezweifelt habe, ob das richtig oder falsch war. Aber im Jahre 1938

H0373 - 0030

hat die Partei strengstens vorgeschrieben, dass sie diesen Zustand nicht anerkennen wuerde, dass die Mitglieder des Steirischen Heimatschutzes nicht Mitglieder der Partei sind, um Parteimitglieder zu sein, aber jeder einzelne musste der Partei auch einzeln beitreten. Das wird Rainer bestaetigen muessen.

F: Nun sagen Sie mir folgendes, ob Sie formell Mitglied waren oder nicht. Haben Sie nicht waehrend der ganzen Zeit die Fuehrerschaft von Klausner, der der Fuehrer der deutschen Nazipartei in Oesterreich war, anerkannt und seine Weisungen befolgt

A: Die Fuehrerschaft in Oesterreich oder in Deutschland ?

F: In Oesterreich, ich spreche von Klausner, er war doch in Oesterreich ?

A: Ja, es war mir klar und ich habe es anerkannt, dass Klausner die Fuehrung der Oesterreichisdhen Nationalsozialisten hat. Ich habe Klausner nicht anerka nt als meinen politischen Fuehrer, das ergibt sich aus dem Bericht, den Sie gerade zitiert haben. Rainer sagt darin: "Seyss-Inquart jedenfalls hat Klausner als politischen Fuehrer nicht anerkannt."

F : Ja, er sagt gerade das Gegenteil, wenn Sie es nicht ansehen Augenblick, Augenblick.

Ich glaube, es ist Seite 9 des deutschen Textes. 7 Zeilen von unte Im englischen Text ist es auf Seite 7.

" Die Beziehungen zwischen Seyss-Inquart und Klausner waren wie folgt : Seyss-Inquart hat bedingunslos die Parteifuehrung und die Aktionen die sie ergriff, anerkannt und hat auch Klausner als den Fuhrer der Partei anerkannt. Als ein Parteimitglied war er unter der Befehlsgewalt Klausner's und er erhielt von ihm Befehle."

Haben Sie das gefunden ?

A : Ich habe nur ein Konzept von mir, da heisst es aber weiter " Darueber hinaus erklaerte er sich auf Grund der Abmachungen zu Berchtesgaden und vor allem auf Grund der ihm vom Fuehrer bei sei Anwesenheit in Berlin gemachten Erklaerungen als dem unmittelbar verpflichteten Treuhaender der illegalen NSDAP in Oesterreich innerhalb seines staatlichen und politischen Aufgabenkreises."

Und es muss auch noch eine Stelle sein, wo ich sage, dass ich mic in politischen Dingen Klausner nicht unterstelle.

F : Jawohl. Um weiterzukommen, die Tatsache besteht doch, dass Sie sich zu Anfang dieser Periode zur bedingungslosen Anhaengerschaft an Hitler lange schon vor dem Anschluss bekannt haben ?

A : Das kann man beinahe sagen. Ich war mir ueber das Ausmass des " bedingungslosen " damals noch nicht im Klaren, weil ich der Meinung war, dass auch Hitler einen revolutionaeren Weg wollte

F : Ja, gut. Hatten Sie nicht mit der Dollfuss-Angelegenheit zu tun und zwar mehr, als Sie uns bisher gesagt haben ?

Sie wissen doch, dass Rainer dies im selben Dokument 812 - PS aussagt.

A : Ja.

F : Ich halte es fuer wichtig, dass Sie darauf antworten. Sie haben es nicht im direkten Verhoer getan. Aber das Dokument ist in der Beweisfuehrung und in ihm heisst es, dass Sie unterstuetzt - - -

A : Ich habe das deshalb nicht getan, Herr Anklaeger, weil ja

H0373 – 0031

Rainer als Zeuge kommt und Rainer soll uns hier unter Eid sagen, die Tatsachen, auf denen seine Erklaerungen gegruendet sind. Ich kann nur sagen : Nein.

F : Ich weiss das. Ich verstehe das und das ist ja der Grund, warum ich Sie jetzt frage. Sie werden sehen, wenn er als Zeuge daran ist, sind Sie nicht mehr und ich moechte gerne wissen, was Sie zu dem jetzt sagen, bezueglich was Rainer in diesem Dokument das in der Beweisfuehrung vorliegt, angibt, naemlich darueber, dass Sie in den Dollfuss-Anschlag vorwickelt waeren im Juli 25., 1934.

A : Nein, das ist vollkommen falsch.

F : Gut, gut und eine weitere Frage im Zusammenhang damit. Wir sollten das jetzt klaeren, wenn wir es koennen. Sie hatten doch nicht die Absicht, dem Gericht glaubhaft zu machen, dass die Zeremonie - wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf - die sich auf die Ermordnung des Dollfuss bezog, zu jener Zeit, als sie abgehalten wurde, nichts mit Dollfuss, zu tun gehabt zu haben ?

A : Ich moechte durchaus diesen Eindruck erwecken, denn diese Feier war eine Feier fuer die sieben damals gehaengten Nationalsozialisten und man hat bei dieser Gelegenheit, meines Erinnerns, an den Tod des Dollfuss nicht gedacht, sondern an die Tatsache, dass 107 - die Standarte 107 oder 108 - den Versuch gemacht haben, ein nach Meinung der Nationalsozialisten reichsfeindliches System zu beseitigen, wobei sieben aufgehaengt wurden. Dass bei dieser Gelegenheit Dollfuss erschossen wurde, wurde bei der Feier nicht erwaehnt.

F : Ich kann nicht sagen, dass es erwaehnt wurde. Die Zeremonie aber hat doch jedenfalls den Anschlag auf Dollfuss gefeiert und ich denke, es ist spitzfindig zu sagen, dass er nicht - - -

A : Nein, wenn Dollfuss nicht erschossen worden waere, so waere die Feier genau so durchgefuehrt worden.

F : Sind Sie ganz sicher, Sie glauben, sie waeren alle aufgehaengt worden, auch wenn Dollfuss nicht erschossen worden waere ?

A : Auf jeden Fall, dass sie aufgehaengt worden waeren.

H0373 – 0032

F : Sie wurden zum Staatsrat 1937 ernannt und wir werden wiederum ziemlich viel in dieser kurzen Zeit ueber Rainer und dieses Dokument sprechen. Sie wissen doch, dass Rainer auch sagte, dass Sie durch den Einfluss des Keppler und anderer Nationalsozialisten in Oesterreich und von Reichsbeamten ernannt wurden. Ist das so ?
Hatten sie irgend einen Einfluss auf Ihre Ernennung im Jahr 1937 Rainer hat wohl auch darin Unrecht, nicht wahr ?

A : In ueberhaupt keiner Weise. Keppler hat ueberhaupt keinen Einlfuss auf Meine Ernennung zum Staatsrat gehabt.

F : Und Rainer irrt sich, Ihrer Meinung nach, wenn er sagte, dass Sie Einfluss hatten. Sie gehen sicherlich mit dieser Erklaerung nicht ueberein, wie ich verstehe. Ich moechte das klarstellen.

A : Das ist absolut unrichtig. Ich wurde zum Staatsrat ernannt weil Zernatto mit einem Freund das besprochen hat und Schuschnig vorgeschlagen hat. Ein Vorschlag vonKeppler haette wahrscheinlich Schuschnigg veranlasst, mich nicht zu ernennen.

F : Es war also ein Zufall und Schuschnigg ernannte Sie, weil jemand ihm das vorschlug und die Nationalsozialisten, mit denen Sie zu dieser Zeit bekannt waren, hatten nichts damit zu tun; nicht wahr ?

A : Das will ich nicht sagen. Ueber die Moeglichkeit einer Ernennung zum Staatsrat habe ich mit Rainer gesprochen, denn mein gemeinsamer Bekannter hat mit mir vorher schon die Frage erwogen, vor dem Gespraech mit Zernatto und ich habe sie dann mit Rainer erwogen. Aber es nahm keinen Einfluss auf die Ernennung.

F : Sie haben das Dokument gesehen, das als Hossbach-Dokument, USA-25, 386 PS bekannt ist und das dem Gericht vor vielen Monaten schon unterbreitet wurde. Erinnern Sie sich noch, dass Hitler im Laufe dieser Anspruch, wie Hossbach erklaerte, einige seiner Plaene darlegte, die er sowohl fuer Oesterreich, als auch fuer die Tschechoslowakei hatte ? Erinnern Sie sich daran ? Es ist in dem Dokument.

H0373 - 0033

A : Jawohl.

F : Das war am 11. November 1937, nein am 5. November. Wann haben Sie zum ersten Mal ueber diese Zusammenkunft gehort, zum ersten Mal in Ihrem Leben ?

A : Hier in diesem SAAL.

F : Hier in diesem Gerichtssall. Sie erinnern sich des Briefes, den Sie am 11. November Dr. Jury geschrieben haben ?

A : Jawohl.

F : Erinnern Sie sich sehr gut daran, oder moechten Sie eine Kopie davon sehen ? Ich zeige es Ihnen, wir haben eine Abschrift Sie haben es noch nicht gesehen, es ist ein neues Dokument.

A : Ich habe auch eine Abschrift.

F : Es ist 3396 PS ?

A : Ja.

F : Was meinten Sie damit, asl Sie am 11. November 1937 an Jury schrieben ?

" ... ich selbst glaube, dass erst das Fruehjahr sichtbare Dinge bringt. Inzwischen habe ich eine authentische Nachricht aus Linz bekommen ... "

Und dann sprechen Sie ueber einen Zeitungsarteil. Was ich wissen wollte war : was meinten Sie mit den Vorgaengen von Anfang 1938

A : In der damaligen Situation in Oesterreich war es klar, dass der Zustand innenpolitisch sich nicht lange haelt. Die potinistischen Nationalsozialisten meinten, dass in den naechsten Wochen Schuschnigg entweder zuruecktrete oder sonst etwas sein wuerde. Ich habe die politische Sitation richtiger betrachtet und war der Meinung, dass die innenpolitische oesterreichische Entwiekclung erst im Fruehjahr eintreten wird naemlich in der Richtung eines weiteren Betaetigungszulasses fuer die Nationalsozialisten. Der Zeitungsartikel ist ganz etwas anderes.

F : Das interessiert mich wirlich nicht, ausser, wenn Sie meinen, dass es wichtig ist fuer Ihre Antwort.

Ich moechte noch ein bisschen zurueckgehen. Sie oeffnen den Brief indem Sie sich auf die Unterredung mit Keppler beziehen. Dieser

H0373 – 0034

war Hitler's Gesandter am 11. und 12. Maerz, als Oesterreich den Nazis ausgehaendigt wurde ?

A : Ja, ja.

F : Und Sie sagen : " Die Gespraeche wurden in voelliger Ruhe und aussergewoehnlich offen durchgefuehrt. Sie waren aufschlussreich. Ich glaube nicht, dass die Angelegenheiten bereits so vollstaendig erforscht wurden, wie es auf der nationalen Seite und im Reich der Fall zu sein scheint." Und dann fahren Sie fort : " Ich waere angenehm ueberrascht, wenn die anfaengliche Loesung im Laufe des Jahres erfolgen wuerde."
Das worueber Sie tatsaechlich sprechen, war die Uebergabe von Oesterreich an die Nizis. Das ist doch das, an was Sie dachten, als Sie diesen Brief schrieben, das ist doch die urspruengliche anfaengliche Loesung ?

A : Nein. Erstens steht da nicht, dass meine Gespraeche mit Keppler geheim waren, sondern sie waren nur aufschlussreich.

F : Ich weiss nicht, ob das geheim war, ich weiss nicht, was das bedeutet ?

A : Das heisst, wir haben uns sehr realistisch unterhalten. Das Reich hat sehr gedraengt. Vielleicht wurde davon gesprochen, dass irgend ein diplomatischer Druck mit angesetzt wird, aber das Ziel war, die Betaetigung der Nationalsozialisten in Oesterreich, allerdings mit der Absicht, den weiteren verfolgten Anschluss zu erreichen.

H0373 - 0035

H0373-0036

Von dem Gespraech des Hossbachdokumentes, ich meine von dem Inhalt da, war also nicht das Geringste die Rede. Ich bin auch ueberzeugt, dass Keppler keine Ahnung davon gehabt hat. Keppler hat gar keine so starke Position bei Hitler gehabt.

F: Jawohl. Sie erinnern sich, dass Sie ein wenig spaeter und zwar im Januar 1938, an Keppler einen Brief schrieben, dass Sie Ihr Mandat oder Ihre Vertrauensstellung oder Ihre Verantwortung oder, was auch immer der Ausdruck dafuer ist, aufgeben wollten ?

A: Ja.

F: Welche Art von Mandat hatten Sie von Keppler oder von Goering, auf das sich Keppler in seinem Brief bezieht ?

A: Nein, das Mandat war der oesterreichische Staatsrat. Das wollte ich und ich hatte den Auftrag, die Verstaendigung zu ueberpruefen ueber die Heranziehung der nationalen Opposition fuer die Zusammenarbeit fuer uns. Ich erhielt von Keppler kein Mandat, und haette auch gar keines annehmen koennen.

F: Kennen Sie das Dokument 3397 PS, USA-702, in dem Keppler sagte, dass er Goering ueber die Situation informiert haette, und dass Goering ihm gesagt hat, dass Sie Ihre Aufgabe weiter durchfuehren sollten. Meine Frage ist: Warum sollte Goering an diesem Mandat interessiert sein, wenn es nur mit Ihrer Position als Staatsrat in Oesterreich zu tun hat ? Er war kein Beamter der oesterreichischen Regierung und Sie waren das ?

A: Koennte ich in diesem Fall das Dokument haben ?

F: Ja. Sie werden hier auch den Bezug finden auf Dr.Jury, gerade auf den Mann, ueber den wir vor einigen Minuten kurz gesprochen haben, und an den Sie den Brief am 11.November geschrieben haben ?

A: Welche Stelle meinen Sie, Herr Anklaeger ?

F: Verzeihen Sie, ich habe Sie nicht verstanden.

A: Welche Stelle meinen Sie, Herr Anklaeger, in diesem Brief ?

F: Meine Frage ist folgende: Ich wundere mich, warum Keppler Goering mitteilt, dass Sie wuenschen, ganz gleich, welche Stelle Sie auch immer innehatten, in Bezug auf die Nazis oder, wie Sie es ausdruecken, bezueglich Ihrer Stellung als Staatsrat zurueecktreten zu duerfen. In Anbetracht Ihrer Erklaerung ist es sogar noch ein groesseres Problem fuer uns. Was hatte Goering damit zu tun ?

A: Ich habe gestern erklaert, dass ich von Dr.Schuschnigg den Auftrag hatte, die Bedingungen der Heranziehung der nationalen Opposition zu gruenden und habe

H0373 - 0037

Herrn Schuschnigg immer gesagt, die oesterreichischen Nationalsozialisten lassen sich ohne Zustimmung Hitlers nicht zu irgend etwas bringen. Ich habe mit Wissen Zernatto's und Dr.Schuschnigg's Goering und Hess besucht. Es war beiden Herren bekannt, dass ich nicht nur mit den oesterreichischen Nationalsozialisten, sondern auch mit den Herren im Reich, ueber Keppler, in Verbindung stehe. Wenn ich nun auf einmal sage: "Ich mache Schluss, ich tue nicht mehr mit", so fuehle ich mich verpflichtet, diese Maenner im Reich zu informieren, dass sie mit meiner Arbeit nicht mehr rechnen koennen. Das ist, glaube ich, ganz selbstverstaendlich. Das haette man immer tun muessen.

F: Jawohl und der Brief, den Sie am 11. November an Jury schrieben, wurde auch nach der Konferenz mit Hess und Goering geshrieben, nicht wahr ? Es war doch im Juli 1937, als Sie bei Goering waren ?

A: Ja, darueber hat ja der Reichsmarschall hier ausgesagt.

F: Nun, gut, gut. Ich moechte Sie etwas ueber die Zusammenkunft mit v.Papen in Garmisch fragen. Sie sagen, sie ist zufaellig zustande gekommen und Sie sprechen ueber die Moeglichkeit, dass die Stellung eines Sicherheitsministers, einem Mitglied der Nazipartei gegeben werden koennte. Haben Sie auch ueber die moegliche Fahrt des Schuschnigg nach Berchtesgaden gesprochen., die gar nicht solange nach dieser Konferenz kam ?

A: Nein, es wurde nicht erwaehnt, wir haben nicht davon gesprochen ueber den technischen Modus, ob da jetzt eine Zusammenkunft zwischen Schuschnigg und Hitler erfolgen sollte. Wir haben davon nicht gesprochen oder, ob das auf diplomatischem Weg gehen sollte.

F: Wurde ueberhaupt darueber gesprochen ?

A: Ja, ueber eine Zusammenkunft dieser beiden Staatsfuehrer wurde nicht gesprochen, sondern nur ueber den materiellen Inhalt unsereres Planes.

F: Wann haben Sie zum ersten Mal ueber die geplante Zusammenkunft zwischen Schuschnigg und Hitler gehoert und durch wen ?

A: Ich habe, glaube ich, zwei Tage, das muesste also der 1o.Februar gewesen sein, eine Nachricht bekommen, die von Rainer oder Globocnik gewesen sein wird, wo man mir mitgeteilt hat, dass diese Zusammenkunft bevorsteht, ungefaehr gleichzeitig wurde ich von Zernatto aufgefordert, nach Wien zu kommen, der mir aber noch nicht gesagt hat, worum es sich handelt.

F: Es ist doch eine Tatsache, dass Sie Notizen fuer Hitler vorbereiteten, die,

H0373-0038

die Grundlage seiner Diskussionen mit Schuschnigg in Berchtesgaden war ?

A: Ich habe nicht ganz gehoert; was soll ich vorbereitet haben ?

F: Meine Frage war: Ist es eine Tatsache, dass Sie Notizen oder, wenn Sie es vorziehen, ein Memorandum fuer Hitler vorbereitet haben, das er als die Grundlage fuer seine Diskussionen mit Schuschnigg in Berchtesgaden benuetzte ?

A: Ich habe einen schriftlichen Vorschlag fuer die Bereinigung der Angelegenheit gemacht; den habe ich einerseits Zernatto gegeben und andererseits Dr. Rainer. Es ist durchaus moeglich, dass ihnRainer weiter in das Reich gegeben hat, ich haette darin auch gar nichts gesehen.

F: Sie wissen doch sehr wohl, nicht wahr, dass Muehlmann in jener Nacht von Ihnen und Ihren Kollegen dahin geschickt wurde. Eine Nacht vor jener Konferenz wurde er mit jenem Memorandum nach Berchtesgaden geschickt, bevor Schuschnigg und v. Papen dort ankamen, Ist das nicht richtig ?

A: Der Dr. Muehlmann ist da --

F: Ja.

A: Dr. Muehlmann ist damals nach Berchtesgaden gefahren und war orientiert ueber das letzte Gespraech, das ich mit Dr.Schuschnigg gefuehrt habe. Er wird sich wahrscheinlich das notiert haben.

F: Wissen Sie denn nicht, dass er es tat und Schuschnigg wusste nichts und das wichtige ist, was tat Muehlmann dort vor ihm ? Er nahm die Notizen und die Bedingungen, die Sie dem Schuschnigg in der vorhergegangenen Nacht ueberreicht hatten. Schuschnigg wusste das nicht, als er dahin ging, wie ein unschuldiges Lamm.

A: Ich bin ueberzeugt, dass Dr.Schuschnigg nichts gewusst hat, dass Muehlmann und Keppler den Fuehrer informiert hatten; das hat Dr.Schuschnigg bestimmt nicht gewusst. Als ich mit Dr.Schuschnigg gesprochen habe, habe ich auch nicht gewusst, dass Muehlmann mit hinausfahren wuerde.

H0373-0039

F: Wann haben Sie gewusst, dass Mühlmann gehen würde?

A: Ich bin nach der Besprechung mit Dr. Schuschnigg in meine Kanzlei gekommen, da war der Dr. Rainer dort, vieleicht noch jemand anders, und ich habe Dr. Rainer über die Besprechung orientiert. Vielleicht war Mühlmann auch dabai, und daraufhin haben wir und - ich will mich nicht ausschliessen - beschlossen, Hitler über den Inhalt der Besprechung zu informieren. In der Zwischenzeit ist Dr. Schuschnigg schon auf die Bahn gefahren. Ich hätte auch gar keine Veranlassung gesehen, ihn unmittelbar jetzt zu informieren.

F: Nein, natürlich nicht, aber sicherlich wollen Sie doch Hitler über die Art Ihres Gespräches mit Schuschnigg informieren.

A: Ich hatte damals keine Gelegenheit oder Veranlassung gesehen Dr. Schuschnigg zu informieren von der Tatsache, dass Mühlmann gehen würde.

F: Ich weiss, vielleicht haben Sie keinen Grund gesehen, aber was ich klarmachen will ist, Sie wollten, dass Hitler wusste, dass Sie diese Besprechung mit Schuschnigg hatten, und was Sie dabei sagten.

A: Jawohl.

F: Nun, warum in aller Welt wollten Sie dem Haupte eines anderen Staates berichten über Ihr Gespräch mit dem Haupt Ihres eigenen, Staates, dem Sie ja die Treue geschworen haben?

A: Ich sehe darin keinen Treubruch, Das war die Orientierung der Führer der 2 Vertragsparteien, mit welchen ich verhandelt habe.

F: Wollen Sie sagen, dass Sie zwischen Ihrem Land und Deutschland damals verhandeln konnten, ohne Ihren eigenen Bundeskanzler zu informieren? Schuschnigg wusste nicht, dass Sie diese Note an Hitler gesandt haben, um aufrichtig zu sein.

A: Schuschnigg hat das bestimmt nicht gewusst. Aber Herr Dr. Schuschnigg hat ganz genau gewusst, dass ich in einer ständigen Verbindung mit dem Reich bin, und zwar über Keppler, und dass ich das jeweilige Ergebnis unserer Besprechungen auch dem Reich weitergebe, denn das Reich musste ja auch Stellung nehmen.

H0373 – 0040

Ich habe immer gesagt, es gibt keine politische Verständigung, ausser, dass Hitler mit einverstanden wäre. Das ist so gewesen, denn sonst hätte man gar keine Verständigungspolitik machen dürfen.

F: Das war nicht das einzige und wo sie nicht fair mit Schuschnigg waren. Erinnern Sie sich an die Zeit, als Sie ihm Ihr Ehrenwort haben, dass Sie seinen Plan zur Abstimmung nicht bekanntmachen würden?

A: Ja.

F: Von dieser Zusammenkunft begaben Sie sich in das "Regina" Hotel, und erinnern Sie sich, was Ihre Kameraden Sie fragten, und was Sie antworteten ?

A: Herr Ankläger, ich kann nicht helfen, ich glaube, Sie verwechseln etwas. Ins Regina-Hotel bin ich nicht damals gegangen, sondern am 10. März abends. Das war eine andere Sache. Vor allem ist es von Schuschnigg unrecht gewesen, mich um mein Ehrenwort zu bitten. Wenn ich vorher gewusst hätte, was er von mir verlangt dann hätte ich das abgelehnt, denn ich hatte auf Grund des Vertrages vom 12. Februar die Verpflichtung, das Reich von dieser Sache zu verständigen. Ich habe Wort gehalten.
Noch am selben Abend kam Jury zu mir; Sie haben bereits von dieser Sache aus anderen Quellen erfahren, - und ich habe dies mit keinem Wort Jury gegenüber erwähnt. Am nächsten Morgen, im Laufe des Vormittags, kam Rainer. Ich habe erst gegen Mittag mich an dieser Verhandlung beteiligt. Rainer sagt, es war schon vormittags, aber es war mittags.

F: Gut, ich nehme diese Verbesserung bezüglich der Zeit entgegen, aber ich glaube nicht, dass sie sehr wichtig ist.

A: Sie ist sehr wichtig.

F: Gut, wir wollen dann fortfahren. Ich möchte, dass Sie nun hören, was Rainer über dieses Worthalten sagt:

" Seyss-Inquart erklärt, dass er erst seit ein paar Stunden davon gewusst hat, aber dass er darüber nicht sprechen konnte, da er sein Wort gegeben hat, über diesen Gegenstand Schweigen zu

H0373 - 0041

bewahren. Aber während des Gespräches gab er zu verstehen, dass diese illegale Mitteilung, die wir erhielten, wahrheitsgetreu wäre, und dass er angesichts der neuen Lage mit den Landesleitern vom ersten Augenblick an zusammengearbeitet hat."
Das ist doch kein Geheimhalten oder Worthalten, wie Sie und Schuschnigg es verstanden haben?

A: Das ist durchaus in diesem Falle nicht anders zu machen, denn genau ungefähr gegen M ittag des Tages, wo sich dies ereignete, ist meine Schweigepflicht abgelaufen. Die Herren sind vor mir gesessen und haben mir gegenüber alles bekannt. Aber Sie können doch nicht vor mir stehen und sagen, dies sei nur Lug und Trug - sondern ich habe geschwiegen dazu, und haben die Anderen angenommen, dass das wahrscheinlich so sein wird.

F: Sie wussten, wann Schweigen zu bewahren war und wann Bemerkungen zu machen waren, um Ihre Bekannten davon zu unterrichten worüber Schuschnigg Sie um Geheimhaltung bat.
Wann haben Sie den wirklichen Sachverhalt dieser Vorkommnisse in Berchtesgaden erfahren, nämlich die schrecklichen Drohungen und die schreckliche Art, Wie Schuschnigg dort behandelt wurde?

A: Ich habe das von Zernatto gehört. Ich glaube, das war schon der 13. Februar. Dann hörte ich es von Aussenminister Schmidt, und zum Teil hat es mir Dr. Schuschnigg dann erzählt. Es dürfte also am 13. oder 14. Februar gewesen sein.

F: Sie hatten ein ziemlich genaues Bild über die Art, wie Schuschnigg behandelt wurde, und ich glaube, Sie wissen auch dass Keitel hereingerufen wurde, um ihn einzuschüchtern, mit diesen Androhungen eines Einmarsches bis Sonnenuntergang.
Sie wissen ganz genau, was sich ereignet hat, stimmt das nicht?

A: Die Sache mit Keitel erinnere ich mich nicht. Aber Schuschnigg hat mir gesagt, dass oben die Generale waren, und offenbar ein militärischer Druck ausgeübt werden sollte.

F: Sie wussten doch auch, dass Hitler Ihren Entschluss in die Regierung als Sicherheitsminister verlangt hatte. Schuschnigg hat Ihnen doch das gesagt?

H0373 - 0042

A: Ja, ich glaube, Hitler hat verlangt, dass den Nationalsozialisten ein Innen- und Sicherheitsminister zur Verfügung gestellt wird.
Schuschnigg hat zugestimmt, auf die Frage Hitlers, wen Schuschnigg vorschlage, soll er meinen Namen genannt haben. Das ist aber alles nur Gerücht; was wahr ist, weiss ich nicht.

F: Ich glaube, das ist ziemlich wichtig, denn Sie haben einen Zeugen hierher bestellt, Dr. Schmidt, der an dieser Besprechung teilnahm. Wollen Sie dem Gericht einreden , dass es Schuschnigg war, der da Ihren Namen vorschlug, und Hitler, der verlangte, dass Sie ernannt werden sollten?

A: Ich möchte dem Gericht überhaupt nichts einreden, sondern nur meinen Beitrag leisten zu einer Aufklärung der sonstigen Gründe der Ereignisse, soweit der Charter das erlaubt.
Ich sage ausdrücklich, ich habe gehört, dass es so war. Wenn Dr. Schmidt, sagt, dass es der Führer war, der meinen Namen vorgeschlagen hat, dann will ich es ihm glauben.

F: Können Sie uns sagen, wer Ihnen das gesagt hat?
Wir haben hier nämlich die beeidigte Aussage des Aussenminister Schmidt, dass Hitler es gefordert hat, und dass Schuschnigg damit einverstanden war.

A: Mir hat das Dr. Mühlmann gesagt. Aber ich möchte bemerken, dass in der Sache es so stimmt, wie Sie sagen, Herr Ankläger, denn das ist nur ein taktisches Detail. Wenn der Führer Schuschnigg zwang, den Innenminister zu sagen, dann ist das ein Wortspiel, und ich möchte daraus nicht das Geringste für meine Verteidigung ziehen.

F: Gut, ich glaube, das ist sehr tapfer. Tatsache ist, dass dort alles vorbereitet war; Sie wussten es und auch Hitler, dass Sie mit in die Regierung kommen sollten, und dass es ganz unwichtig wäre, wer Ihren Namen wirklich zuerst genannt hatte.

A: Das ist richtig. Aber ich habe nicht gewusst, dass an diesem Tage Hitler den Innenminister verlangte und mich ernennen würde, denn ich habe von Herrn von Papen keine Verständigung über das

Ergebnis seiner Unterredungen mit Hitler bekommen. Ich habe nur vermutet, dass die Sache so gehen würde. Ich war beileibe nicht so eine persona grata in Berlin, dass Berlin gerade mich vielleicht genommen hätte.

F: Nicht viele Tage nach dieser sogenannten Vereinbarung, die in Berchtesgaden zustande kam, hat sie Hitler gebrochen?

A: Ja, am 17. Februar.

F: Er hat sie schon vor dem 17. Februar gebrochen, nicht wahr? Erinnern Sie sich, dass er Klausner als Chef der Partei ernannte, trotz der Tatsache, dass er mit Schuschnigg einverstanden darin war, dass er dies nicht tun würde, und dass es keine solche politische Organisation geben würde? Wussten Sie nichts davon, als das erfolgte?

A: Verzeihung, vielleicht habe ich die erste Frage nicht verstanden, Ich habe verstänaden - - -

F: Vielleicht ist es etwas verzwickt. Worauf es ankommt, ist, dass mehrere Tage nach der Zusammenkunft in Berchtesgaden Hitler Klausner ernannt hatte, als Chef der illegalen Nazi-Partei in Österreich.

A: Ich glaube, das war aber erst nach dem 17. Februar, denn ich selber habe Hitler nahegelegt, seine Zustimmung zu geben, dass Klausner die Nazi in Österreich leitet, denn es war mir ganz klar, dass kein Nationalsozialist in Österreich irgend jemanden folgt, wenn Hitler nicht einverstanden ist.

F: Würden Sie die protokollierte Geschichte von Guido Zernatto annehmen, dessen Buch Sie selbst dem Gericht vorgelegt haben? würden Sie diesen Bericht annehmen betreffs waaa es sich ereignete?

A: Ja, ich würde.

F: Er sagte, es war nur einige Tage nach der Berchtesgadener Zusammenkunft. Ich nehme an, dass könnte der 17. gewesen sein, aber es ist nicht wahrscheinlich. War es nicht, ehe Sie nach Berlin gingen?

A: Wer hat das gesagt? Ich?

H0373 – 0043

H0373 – 0044

F: Zernatto.

A: Nein, ich habe Hitler zum ersten Mal in meinem Leben am 17. Februar gesehen, und damals war, glaube ich , Klausner noch nicht ernannt, denn ich selber habe Hitler darauf angesprochen, dass er einverstanden sein solle, dass Klausner die österreichischen Nationalsozialisten führt.

F: Gut, ich sehe, das ist eine sehrleidliche Angelegenheit in Ihren ganzen Verhandlungen zwischen Österreich und Deutschland, denn wenn, wie Zernatto angibt, dieser Vertrag nach einigen Tagen gebrochen wurde, dann wussten Sie, als Sie nach Berlin ginge um über das trojanische Pferd zu sprechen, dass Hitler schon seine illegale Tätigkeit in Österreich aufgenommen hatte, wenn es tatsächlich vor Ihrer Reise dorthin gewesen sein soll?

A: Ich möchte sagen, dass die illegale Tätigkeit nicht gerade von Hitler, aber sonst von einigen, überhaupt nie aufgehört hat, und dass es meine Absicht war, diese illegale Tätigkeit in Formen zu stecken, die wir von Österreich aus kontrollieren können. Das habe ich ja immer vor Schuschnigg gesagt: Die Österreichischen Nationalsozialisten machen nichts ohne Hitler.

F: Das ist nicht der Punkt. Ich will mich damit nicht länger befassen. Ich möchte Sie noch eines fragen über Ihre Zusammenkunft mit Hitler. Sie wussten doch gewiss bis zum 17.Februar wie schlecht Schuschnigg und Schmidt in Berchtesgaden behandelt wurden. Haben Sie irgend etwas zu Hitler darüber gesagt im Laufe Ihrer 2 ½ stündigen Unterredung mit Ihm?

A: Nein, denn ich bin ja auch für die Politik der Vaterländisch Front von 1934 nicht verantwortlich. Das war ja nur die Reaktion auf die Unterdrückung der Nationalsozialisten in Österreich.

F: Gut. Nun kommen wir zum 8. März. Das ist der Tag, an dem Schuschnigg Ihnen von der beabsichtigten Abstimmung Mitteilung machte, die er in einigen Tagen abhalten wollte.

A: Ja.

F: Am 9. März sandten Sie einen Brief an Schuschnigg, und eine Abschrift an Hitler, nicht wahr?

A: Jawohl.

H0373-0045

F: Haben Sie Schuschnigg mitgeteilt, dass Sie eine Abschrift davon durch Kurier an Hitler schicken würden?

A: Ich weiss es nicht, aber ich hätte mich nicht im geringsten bedacht, denn nachdem 12.Februar 1938 musste ich das Reich verständigen.

F: Freilich mussten Sie auch Schuschnigg als sein Staatskanzler informieren, dass Sie eine Abschrift dieses wichtigen Briefes an Hitler sandten? Sie haben Schuschnigg nichts davon gesagt ist das Richtig?

A: Das ist möglich, aber ich glaube, dass ich es vielleicht Zernatto gesagt habe. Ich habe bestimmt Zernatto verständigt, dass ich das Reich orientiere; da ist gar kein Zweifel.

F: Wir werden noch sehen. Am nächsten Abend hatten Sie eine Zusammenkunft mit Schuschnigg, Schmidt und Scubl. Ich nehme an in der Kanzlei. Sie haben die Tatsache dort niemand gegenüber erwähnt, dass Sie bereits Hitler durch einen Sonderkurier verständigt hätten. Erinnern Sie sich an diese Zusammenkunft?

A: Ich habe eigentlich keine Vorstellung. Ich erinnere mich nu an die Zusammenkunft am 10. März in . Aber es wird schon so sein, ich glaube schon. - - -

F: Das ist die Nacht, wo Sie tatsächlich ins Hotel "Regina" gegangen sind und auch Klausner. Gleich nach der Zusammenkunft gingen Sie die Strasse hinab zu Ihren Bekannten. Haben Sie denen gesagt, was Schuschnigg Ihnen mitgeteilt hat, und was Sie Schuschnigg am Anfang der Unterredung gesagt haben?

A: Am 10. März?

F: Ja, am 10.

A: Ja, aber ich habe eine geradezu bemerkenswerte Teilnahmslosigkeit angetroffen.

F: Aber Ihr Kurier war doch schon von Berlin zurück? Globocnik war von Berlin zurückgekehrt, nicht wahr?

A: Ja. Globocnic kam von Berlin zurück und teiltemit, dass Berlin diese Abstimmung ablehne und dass ich morgen, also am nächsten Tag einen Brief bekommen werde mit der Stellungnahmd Hitler's?

H0373 - 0046

F: In derselben Zusammenkunft im Hotel "Regina" haben Sie gehört wie Rainer Anweisungen gab, die Partei in Österreich zu mobilisieren und sie beretizuhalten, um Demonstrationen durchzuführen, oder am nächsten Tag die Macht zu ergreifen. Sie waren doch dort, als er diese Pläne erörterte. Erinnern Sie sich dessen?

A: Ich glaube, dass das eine sehr reichliche Überteibung Rainer's ist. Ich erinnere mich nur, dass Klausner gesagt hat "Morgen sollen alle mit ihm in Verbindung bleiben." Dass es natürlich zu Demonstrationen kommen könnte, das war so selbstverständlich, dass es jedermann wusste; wenn diese Angelegenheit jetzt nicht geklärt wurde, so kommt es zu schweren Demonstrationen, und die Regierung wusste es auch.

F: Ich glaube, das können wir ziemlich schnell erledigen, wenn Sie mit mir übereinstimmen, dass diese Demonstrationen überhaupt nicht spontan waren, wie Sie wohl dem Gericht vormachen wollen, sondern dass sie wohl durchdacht waren von Ihren Mitarbeitern.

A: Dass die Aktionen nicht spontan waren? Nein, die waren bestimmt nicht spontan.

F: Sie waren Nicht?

A: Die ganze Situation ist ja seit 8. März immer mehr in die Hitze geraten.

F: Gut. Nun dann, als Horstenau am nächsten Morgen - 11. März von Berlin zurückkam, hat er Ihnen doch von den Plänen oder dem Gespräch von militärischen Ereignissen in Berlin erzählt? Nicht wahr?

A: Horstenau.

F: Ja.

A: Ja, und wir haben dasselbe Dr. Schuschnigg mitgeteilt.

F: Sie gingen zu Schuschnigg, und am selben Vormittag schrieben Sie ihm noch einen Brief?

A: Es war eine fast zweistündige Unterredung, in der ich ihm alle Einzelheiten gesagt habe. Der Brief war nur eine Bestätigung.

- - - - - - - - - - - -

H0373 – 0047

F: Dieser Brief war ein Ultimatum an Schuschnigg. Er wurde von Ihnen geschrieben auf Anweisung Ihres politischen Vorgesetzten Klausner?

A: Nein, das ist auch wieder eine Behauptung des Reiner. Es ist so, dass von einem Ultimatum nicht gesprochen werden kann. Ich habe das ja schon vorher klargestellt. Ich habe Schuschnigg gebeten, mir bis 2 Uhr nachmittags Antwort zu geben und für den Fall der Ablehnung müssten Glaise und ich zurücktreten. Da hatte ich mit Klausner noch gar nicht gesprochen.

F: Nun, wie ich verstehe, ist alles, was Reiner in seinem Bericht sagt, nämlich im Dokument 812-PS, von Ihnen als unwahr hingestellt. Er sagt noch ....

A: Unwahr nicht, aber leicht übertrieben.

F: Nun gut, ich wollte nur Ihre Ansicht hören. Er wird ja später zur Verfügung stehen, wenn er den Gegenstand betritt. Er sagte noch, dass er mit Ihnen über die Machtergreifung gesprochen habe, im Falle Schuschnigg Ihr Ultimatum nicht annehmen sollte.
Sagen Sie, ob das richtig ist, oder nicht?

A: Ich erinnere mich nicht daran, aber ich glaube es nicht

F: Was sagen Sie zu seiner Erklärung, dass Sie drei mögliche Wege diskutiert haben, um Österreich zu übernehmen, und es Deutschland zu unterstellen?

A: Ich glaube, dass das eine nachträgliche Konstruktion des Reiner ist.

F: Nun möchte ich Sie noch über diese Dinge befragen, denn wir müssen doch Ihre Stellungnahme dazu haben: Reiner sagt auch dass das gut bekannte Telegramm an Hitler, das besagt, dass in Österreich die Lage schwierig werde, dass dieses Telegramm auch tatsächlich zurückgebracht wurde von Glaise-Horstenau. Er sagt das in dem gleichen Dokument. Was sagen Sie dazu?

A: Das stimmt nicht ganz, ich habe den Brief Hitlers ---

F: In jedem Falle ist es unrichtig, wenn es nicht richtig ist. Sie wissen aber doch, dass etwas Wahres daran ist?

A: Ich habe den Brief Hitlers durch Kurier bekommen und nicht von Glaise-Horstenau. In diesem Brief drinnen war auch der Entwurf eines Telegramms.

F: Das ist dasselbe Telegramm, auf das sich Göring bezog, als er über das Telephon mit Ihnen sprach, und dasselbe, auf das sich Keppler bezog, als er mit Dietrich über das Telephon sprach

A: Das Telegramm war mindestens doppelt so lang und dieses Telegramm hatte ich ganz dezidiert abgelehnt.

F: Nun endlich möchte ich an Sie diese Frage über diese Tage stellen: Dieser Radiovortrag, den Sie damals hielten, wurde er auf Anweisung Görings gehalten ....? Er sagte Ihnen doch .

A: Nicht daran zu denken. Das wäre mir auch vollkommen gleichgültig gewesen.

F: .... Sie sollten eine Erklärung abgeben? Sehen Sie sich doch einmal das Transkript Ihres Telephongesprächs mit ihm an. Es ist um 19.57 Uhr an jenem Abend, als er Ihnen sagte, Sie sollten zum Volk sprechen. Was meinen Sie damit, wenn Sie sagen, dass Göring es nicht angeordnet habe?

A: Ja., aber Göring hat mich ja zu etwas ganz anderem aufgefordert, nämlich die Macht als provisorische Regierung zu übernehmen. Wenigstens glaubte ich das. Ich hatte mich ihm als Innen- und Sicherheitsminister vorgestellt und er hatte mich aufgefordert, die Regierung zu halten und den einrückenden deutschen Truppen keinen Widerstand zu leisten, genau dasselbe, was er Schuschnigg eine halbe Stunde vorher gesagt hatte.

F: Aber ungefähr zwei bis drei Minuten später, nachdem Sie mit Göring gesprochen hatten, gingen Sie zum Mikrophon und fingen an?

A: Ich habe mit Feldmarschall Göring so viel gesprochen, dass ich weder ihn noch mich mit dem belasten möchte, was wir in diesen Tagen getan haben auf Grund der Telephongespräche. Ich glaube, dass ich fast nichts davon gemacht habe.

H0373 – 0048

F: Sie weisen nicht darauf hin, dass Göring an Ihrem Verkauf Österreichs an Deutschland nicht interessiert war? Er hatte bestimmt ein grosses Interesse an dem, was an diesem Tage geschah? Nicht wahr?

A: Den Ausdruck"Verkauf" finde ich nicht am Platze. Göring hatte das sichtbarste Interesse, diese Angelegenheit in einer vielleicht etwas drastischen Weise zu finalisieren.

F: Sie haben gestern dem Gerichtshof gesagt, dass ungefähr 40 SS-Männer in dem Gebäude waren und dass Sie dachten, diese wären dort, weil Miklas und Schuschnigg nichts unternahmen, um sie zu entfernern. Die Wahrheit in dieser Sache ist, dass Sie Sicherheitsminister waren und es war Ihre Verantwortung, sie zu entfernen. Nicht wahr?

A: Ich war nicht der Hausherr im Bundeskanzleramt. Es hätte nur eines Wortes von Miklas oder Schuschnigg bedurft und es wären 300 Mann vom Gardebataillon dagewesen und hätten Ordnung gemacht. Von mir konnte man in diesem Augenblick nicht verlangen, dass ich gegen die Nationalsozialisten vorgehe.

F: Gut, wenn ein Wort von diesen genügt hätte, dann hätte doch wohl nur ein Fingerwink von Ihnen genügt, nicht wahr? und diese wären hinausgegangen? Es waren doch Ihre nationalsozialistischen SS-Männer, abgesehen von der Tatsache, dass sie der Chef der Polizei waren?

A: Ob sie mir gefolgt hätten, weiss ich nicht, und über das Gardebataillon habe ich nicht verfügt, weil das Wehrmacht war. Zweifellos hätte ich einnn Einfluss nehmen können und das wäre vielleicht von Erfolg gewesen. Aber diese 40 Mann haben in meinen Augen überhaupt nichts bedeutet.

F: Der Platz war von ihnen umzingelt nicht wahr? Sie waren nicht nur im Gebäude, sie waren auch ausserhalb und auf den Dächern der Nachbargebäude? Erinnern Sie sich an das alles?

A: Es waren ein paar tausend Nationalsozialisten vor dem Bundeskanzleramt.

F: Gut, wir wollen noch einmal auf Ihren Freund Reiner

H0373 – 0049

zurückkommen, der in Ihrer Angelegenheit hierher kommt und wir wollen sehen, was er darüber sagt. Haben Sie den Artikel gesehen ich nehme an, dass man es einen Artikel nennen kann, und Sie sagen, Sie kennen ihn. Wie Sie wissen, sagt er, dass Kaltenbrunner dort in jener Nacht 700 SS-Männer kommandierte und dass Lukesch innerhalb einer halben Stunde 6000 SS Männer hatte und diese erhielten den Befehl vorzugehen und das Bundeskanzleramt zu besetzen und den Ring um das Gebäude zu halten, bis eine nationalsozialistische Regierung ausgerufen war und dass 40 SS-Männer unter dem Adjutanten Kaltenbrunner's, Rinnen, den Befehl erhielten, sich den Weg mit Gewalt hinein zu verschaffen und die Bundeskanzlei zu besetzen, usw.

Er sagt, dass Sie der Mann gewesen sind, der befohlen hat, dass Rinner eingelassen wurde. Das ist sehr wichtig und ich möchte gerne wissen, was Sie dazu sagen. Rinner war der Kommandant dieser 40 SS Männer, die Ihrer Aussage nach von jemand anders hätten entfernt werden können. Sie sehen, dass er sagt: "Es war ungefähr 10.00 Uhr, als der kommandierende Offizier der Wache dem Sicherheitsminister Dr. Seyss berichtete, der zufällig im Zimmer war, dass ein Mann, begleitet von 40 anderen, verlangte, durch das Tor hineingelassen zu werden, wobei er sich auf höheren Befehl berief, Ich informierte Dr. Seyss, dass dies Rinner s i und die 40 Mann, die abgestellt wurden für die Besetzung des Bundeskanzleramtes. Dr. Seyss ordnete an, dass Rinner nach oben gebracht werden solle. Ich werde niemals diesen Augenblick vergessen. Begleitet durch einen Gardemann erschien nun Felix Rinner, der berühmte österreichische Leichtatlethikmeister. Er war der erste nationalsozialistische Sturmführer, der in jener Nacht das Hauptquartier betrat, und Sie sind tatsächlich der Mann der ihn herein liess ?

A: Das ist ein Siegesartikel in der Siegesstimmung. Ich kann nur sagen, dass ich diese Nationalsozialisten in schwarzen Hosen und weissen Hemden festgestellt habe und dass ich mich erkundigte was ist denn da los? Aber diese dramatische Schilderung, dass ich das Tor geöffnet hätte, stimmt nicht. Das wird mir Rainer

H0373 – 0050

bestätigen.

F: Gut, ich verstehe das. Wir betrachten es genau so, wie Sie. Sie werden bemerken dass er etwas weiter sagt, dass Sie auf Ihre eigene Verantwortung hin den Befehl gaben, das Tor zu öffnen, um diese Männer herein zu lassen. Aber Sie sagen, das ist nicht so. Das ist alles, was ich wissen will.

A: Nein, das ist mir vollkommen fremd.

F: Ich glaube, wir können weiter gehen. Ich nehme an, dass der ganze Artikel des Rainer überhaupt keine Wahrheit enthält, oder ist irgend etwas, von dem Sie zugeben, dass es wahr ist, darin? Sie wissen, er ist Ihr Zeuge.

A: Ich bin auch sehr daran interessiert, dass er hier aussagt. Das ganze ist eine etwas dramatische Darstellung dieser Ereignisse. Die Grundbasis ist sicher richtig, aber viel ist an sieghaften Jubel dabei.

F: Ich denke, ich sollte Ihnen sagen, auf dem Wege einer Vorfrage, dass Guido Schmidt in einer Zeugenaussage, die wir hier haben und die ich Ihnen gerne zeige, aussagt, dass der Platz von SS-Männern umstellt war und dass diese mit Ihrem Wissen drin waren. Was sagen Sie dazu? Auch er wird Ihr Zeuge sein.

A: Ich habe gesagt, dass ein paar tausend Nationalsozialisten um das Bundeskanzleramt herum versammelt waren. Ob es SS oder SA waren, weiss ich nicht. Es waren auch ziemlich viel Frauen dabei. Diesen, sozusagen, Mobilisierungsbefehl der Partei habe ich nicht gekannt, aber ich habe Dr. Schuschnigg schon am Vormittag gesagt, wenn wir uns nicht verständigen werden, so habe er mit den grössten Demonstrationen der Partei zu rechnen.

F: Gut, nun zu einer anderen Sache. Sagten Sie dem Gerichtshof oder habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie aussagten, dass Miklas ohne Ihr persönliches Ersuchen zurück trat. Präsident Miklas war damals Bundespräsident von Österreich. Wollen Sie aussagen, dass er ohne irgend ein Verlangen von Ihnen zurück getreten ist?

H0373-0051

A: Mein Verlangen war, dass er das Anschlussgesetz unterschreibt und darauf hat er gesagt, das mache er nicht, das tue er nicht. Nach der Verfassung ging dann seine Macht auf mich über. Er selbst wollte der Entwicklung nicht im Wege stehen. Ich glaube nicht, dass ich zu ihm gesagt habe, er solle zurücktreten, sondern ich habe nur verlangt, dass er das Gesetz unterschreibe.

F: Gut, er hat vor einem Gericht in Wien ausgesagt, dass Si es verlangt hätten. Erinnern Sie sich daran oder haben Sie es vergessen oder sagen Sie, dass es nicht wahr ist?

A: Nein, ich halte das für ausgeschlossen, denn es ist mir noch deutlich in Erinnerung, dass er sagte: ich kann das Gesetz nicht unterschreiben, aber ich werde der Entwicklung nicht im Wege stehen. Wenn Sie mir bestätigen, dass es notwendig ist, dass der Anschluss durchgeführt werden muss, werde ich zurücktreten, und dann haben Sie meine Rechte." Wenn er das aufgefasst haben sollte als ein Verlangen nach seinem Rücktritt, will ich ihm nicht widersprechen und ihm seine Stellung nicht schwieriger machen. Denn ich bekenne mich ja zum Anschluss.

F: Gut, Ich will das als Beweis einführen und wenn Sie wünschen mögen Sie es so betrachten. Auf jeden Fall ist dies seine Zeugenaussage vor dem Gericht in Wien am 30. Januar 1946. Es ist das Dokument 3697-PS und es wird USA-884. Sie mögen es sehen. Es besagt, was ich Ihnen gerade sagte, dass Sie ausgiebig darum herumsprechen. Es war sehr geschmacklos für Sie, aber trotzdem waren Sie gebunden an den Befehl Deutschlands, den Sie erfüllen mussten, und deshalb musste er zurücktreten.

Das ist auf Seite 17 des englischen Textes der Zeugenaussage des Präsidenten Miklas.

Haben Sie einmal einen Brief an Himmler geschrieben? Oder haben Sie zweimal an Himmler geschrieben über Bürckel. Einen davon haben wir als Beweis und ich möchte Sie fragen, ob Sie sich an den anderen erinnern? Erinnern Sie sich an den Brief, den Sie an Himmler schrieben und in welchem Sie sagten, dass es

H0373 – 0052

nicht wahr wäre, dass Sie sich in die Deportation der Juden einmischten, dass Sie nur darauf bestanden haben, dieses sollte an Kaltenbrunners Leute, dem Sicherheitsdienst, übergeben werden?

A: Ich denke, dies wurde unterbreitet. Ich weiss, ich habe es in diesem Gericht gesehen.

F: Vielleicht haben Sie es gesehen. Aber es wurde nicht als Beweisstück unterbreitet. Ich will es aber hiermit tun.

A: Jawohl, aber der Brief ist bestimmt korrekt.

F: Es ist die Nummer 3398 PS, das ist USA-885. In dem Brief sagten Sie, Sie gaben Insfruktionen, dass die Deportation der Juden nur im Übereinkommen mit dem Sicherheitsdienst und durch den SD ausgeführt werden könne und dass Sie wilde Aktionen nicht erlauben könnten.

A: Richtig. Soll ich dazu Stellung nehmen, Herr Ankläger?

F: Ich möchte Sie dieses fragen: Dann wussten Sie also alles darüber, und in Ihrem direkten Verhör sagten Sie, dass Sie es trotzdem taten? So verstehe ich es. Sie wussten von der Deportation der Juden, und Sie trugen Ihr Teil dazu bei, dass der SD dies durchführte. Diesen Punkt möchte ich mit Ihnen klarstellen, und ich nehme an, dass Sie mit mir darin übereinstimmen.

A: Ja, ich habe natürlich gewusst, dass in Wien ein paar Züge mit Juden voll beladen wurden, die nach Polen gebracht und ausgeladen wurden. Es war überhaupt nichts vorgesorgt und die Juden waren in den grössten Schwierigkeiten. Dagegen habe ich mich gewehrt und ich habe Himmler gesagt: Wenn soviele Aktionen sind, dann müssen Sie durch den SD gemacht werden, weil ich der Annahme war, dass dann die Sache etwas besser vorbereitet werde. Wenn ich das heute sage, so klingt das natürlich sehr tragisch und bitter. Aber ich habe gedacht, dass man wenigstens irgendwo Notquartiere usw. schaffen werde. Und ausserdem wusste ich vom 9. Nov. 1938 her, wie solche Sach gemacht werden. Die Partei prellt vor und der Staat wird dann

H0373-0053

H0373 - 0054

genötigt, die Sache zu übernehmen und weiterzuführen.

F: Jawohl. Auf jeden Fall, Sie wussten, dass Kaltenbrunner um diese Zeit die Juden aus Österreich deportierte oder dass dies seine Aufgabe war?

A: Ich erinnere mich nicht an Kaltenbrunner in diesem Zusammenhang. Das hat die Partei allein gemacht. Ich glaube, das hat die Partei allein gemacht. Ich glaube, dass Kaltenbrunner gar nicht dabei war.

F: Sagten Sie nicht, der SD, und war dieser nicht unter Kaltenbrunner in Österreich un diese Zeit?

A: Diese Transportesind nicht von Kaltenbrunner gemacht worden. Das hat Globocnik gemacht.

F: Gut, Sie war unter Kaltenbrunner, nicht wahr?

Er war um diese Zeit der Führer des ganzen österreichischen Polizeisystems.

A: Ja, er war Kommandant der Sicherheitspolizei. Wie viel Einfluss er gehabt hat, will ich nicht sagen, Ich glaube sehr wenig.

F: Seit dem Sie hier sitzen, haben Sie sicherlich ausgefunden, dass er einen ziemlichen Einfluss hatte, nicht wahr? Sie wissen jetzt, dass er allerhand damit zu tun hatte?

A: Nein.

F: Sie wollen sagen, dass Sie hier noch nicht gehört haben, dass Kaltenbrunner etwas mit der Entfernung der Juden zu tun hatte.

A: Jawohl.

F: Gewiss, Sie beziehen sich auf Ihren Brief, nicht wahr? Und wissen Sie jetzt nicht, dass er mit der Entfernung der Juden etwas zu tun hatte um die Zeit, als Sie den Brief schrieben?

A: Mit der Evakuierung der Juden, die her erwähnt wird, hatte meines Erachtens Kaltenbrunner überhaupt nichts zu tun, weil das eine wilde Aktion der Partei war bzw. des Gauleiters Globnocnik.

F: Erinnern Sie sich, wann Sie durch Lammers die Ermächtigung erhielten, Eigentum in Wien zu beschlagnahmen? Sie hatten

H0373-0055

darum gebeten.

A: Ja.

F: Haben Sie diese Dokumente gesehen? Sie sind neu: Ihr Brief an Lammers, seine Antwort an Sie, und der Befehl der auf Ihr Verlangen erlassen wurde, dies sind drei Dokumente.

A: Ja.

F: Ihr Brief an Lammers ist datiert vom 23. Oktober 1938, es ist 3448-PS, USA 886. Lammers Antwort an Sie ist datiert vom 24.Oktober 1938 und es ist 3447-PS, USA-887. Der Befehl selbst ist 3450 PS USA 888. Das war Beschlagnahme jüdischen Eigentums in Österreich, was Sie verlangten, nicht wahr?

A: Jawohl. Das habe ich schon gestern erklärt, dass ich durch Verordnungen da mitgewirkt habe.

VORSITZENDER: Wir wollen jetzt eine Pause machen?

MR. DODD: Herr Präsident, ich bin in 5 Minuten fertig.

VORSITZENDER: Gut, dann fahren Sie weiter.

MR. DODD: Ich möchte gern zu Ende kommen und ich denke, ich kann es tun.

DURCH MR DODD:

F: Angeklagter, wann haben Sie zum ersten Mal über die vielen Österreicher gehört, die nachdem Anschluss in Konzentrationslagern gestorben sind?

A: Von vielen Österreichern die im Konzentrationslager gestorben sind? Im besten Falle hier im Gerichtssaal. Aber von zahlreichen Österreichern, die in den Konzentrationslagern waren, vielleicht im Laufe der Jahre 1943/44. Im Jahre 1938/39 wusste ich, dass die politischen Gegner in den Konzentrationslagern, mit der Zeit wieder entlassen wurden, wenigstens zum Teil.

F: Wussten Sie nicht, dass sie in Buchenwald umgebracht wurden schon im Jahr 1939.? Kannten Sie nicht einige Leute, um deren Tod Sie wussten? Bitte, denken Sie eine Minute nach, bevor Sie Antwort geben. Wussten Sie nicht um den Tod von Menschen in Buchenwald, die Ihre politischen Gegner waren?

H0373-0056

A: Ich erinnere mich nicht, Herr Ankläger.

F: Haben Sie nie ein Wort davon gehört?

A: Ich kann es nicht sagen. Wenn Sie mir Namen nennen, werde ich Ihnen sofort sagen, wie die Situation war.

F: Ich weiss, wenn ich Ihnen den Namen nenne, dann werden Sie sagen, dass Sie ihn gehört haben. D s nehme ich an. Ich will Sie aber zuerst fragen, ob Sie nicht tatsächlich wussten, dass einige von diesen in diesen Lagern starben.
Das ist alles, was ich wissen will. Es war ein ziemlich allgemeines Wissen in Österreich, nicht wahr?

A: Ich will ohne weiteres die Möglichkeit zugeben, dass man mir sagte, dass der eine oder andere im Lager gestorben ist und schon in den Jahren 1936 oder 1939.

F: Gut, Sie haben immer noch zu den Nazis gehalten, obwohl Sie zum Mindesten wussten, dass eine grosse Anzahl Ihrer Landsleute ins Konzentrationslager geworfen wurden. Machte Ihnen das nichts aus? Was Sie sich auch gedacht haben mögen vor dem Abschluss, so wussten Sie doch gewiss, was Sie nachher taten?

A: Von einer grösseren Anzahl, die gestorben sind, kann keine Rede sein. Das ich gewusst habe, dass der eine oder andere gestorben ist, konnte mich nicht so berühren im Jahre 1944 denn 1938 sind mindestens soviele Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern des Dr. Dollfuss und der Vaterländischen Front bzw. des österreichischen Staates auch gestorben.

F: Nun gut, würden Sie mit mir darin übereinstimmen, dass die Lage in Österreich sehr schlecht war, nachdem die Nazis dort die Macht ergriffen hatten, und dass Sie sich auch ständig verschlechterte? Sie wussten das, wie auch jeder andere, oder wollen Sie vielleicht sagen, dass sich die Verhältnisse verbesserten? Ich möchte Ihre Ansicht darüber wissen.

A: Ich will ganz offen sagen: wenn man natürlich die Führer der politischen Gegner heute hört, dann war es furchtbar.

Wenn man aber das Volk erlebte bis 1939, wenn man sehen konnte, wie es auflebte, wie die Arbeitslosigkeit verschwand, und wie ein ganz anderer Geist war, wie früher .... aber der Krieg hat die Situation unmöglich gemacht.

F: Eine letzte Frage, wenn Sie sie kurz beantworten können. Verstehe ich richtig, wenn ich annehme, dass Sie die Verantwortung für alles, was sich in Polen ereignete, übernehmen, für alles was bereits festgestellt worden ist, was sich in Polen ereignet hat? Ich meine damit, das ist die Verantwortung zusammen mit Frank. Nehmen Sie das an als sein Vertreter?

A: Das kann nur für die Zeit sein, in der ich dort war als Stellvertreter.

F: Natürlich, gewiss meine ich nicht, nachdem Sie dort schon weggegangen sind. Ich spreche nur von der Zeit, als Sie dort waren.

A: Nur als sein Vertreter, nur als ich als sein Vertreter handelte, oder wo mir Verbrechen bekannt wurden, ohne dass ich eingriff oder sie abstoppte.

F: Ich möchte jetzt einen Satz aus dem Dokument verlesen, das bereits in der Beweisaufnahme vorgelegt wurde, Herr Präsident. Es ist das Dokument 2233 PS. Aus diesem Dokument , Seite 1, Absatz 4 möchte ich dies verlesen, denn ein Teil davon wurde bereits von der Verteidigung verlesen, aber dieser Teil nicht. Es ist unter der Ziffer 3: "Die daraus für notwendig gehaltenen Polizei- und anderen Aktionen werden unter der direkten Aufsicht des Chefs der Sicherheitspolizei vor sich gehe Jede zwangsweise Aktion muss strengstens vermieden werden."

Das war eine Verordnung in Verbindung mit der AB-Aktion über welche ja der Zeuge schon ausgesagt hat.

DURCH MR. DODD:

F: Das Protokoll zeigt Ihnen Herr Angeklagter, dass Sie zu der Zeit anwesend waren, als der Angeklagte Frank diese AB-Aktion erörterte, und die Aussage machte, die ich soeben aus dem Protokoll verlesen habe. Gewiss werden Sie doch die

H0373-0057

Verantwortung nicht länger für alles übernehmen, was unter der /B-/ktion geschah? Sie wussten doch darüber?

A: Weder in diesem Falle, noch in irgend einem anderen habe ich es abgeleugnet. Ich habe besonders über die /B-/ktion gesprochen.

MR! DODD: Herr Präsident, Dokument 2233 PS, das ist USSR-223, ist jetzt in der französischen Sprache zu haben. Es ist bereits in der Beweisaufnahme und wurde vom Gericht angenommen. Aber der französische Text war damals nicht erhältlich. Es wurde jetzt vollständig ins Französische übersetzt und ich biete es dem Gericht an, um zu helfen. Ich bin fertig mit meinem Verhör.

VORSITZENDER: Herr Dodd, Sie sagten, dass das Dokument vom 11. Nov. 1937 3369 PS ein neues Dokument sei. Haben Sie ihm eine Nummer gegeben?

MR. DODD: Einen Augenblick Herr Präsident, Ich will auch das numerieren. Ich habe die /bsicht es anzubieten, und ich fürchte, dass ich das unterlassen habe. Es wird werden USA-889. Es war ein neues Dokument, und ich hatte die /bsicht es anzubieten.

VORSITZENDER: Das Gericht wird sich jetzt vertagen. Wir werden um 14.10 Uhr wieder zusammenkommen.

(Es tritt Vertagung bis 14.10 Uhr ein.)

H0373 – 0058

H0373-0059

NACHMITTAGSSITZUNG!

Die Verhandlung beginnt 14.00 Uhr, 12. Juni 1946.

Dr.Steinbauer (Verteidiger fuer den Angeklagten Seyss-Inquart).

F: Herr Zeuge, Sie wurden von dem franzoesischen Ankleger gefragt, ob Sie der Stellvertreter des Generalgouverneurs Frank, und in Aschwitz waren. Wo liegt denn eigentlich Auschwitz ?

A: Auschwitz lag nicht im General-Gouvernement, sondern in dem Gebiet, das zum Gau Oberschlesien gekommen ist.

F Danke. Dann wurde Ihnen eine Zeugenaussage eines 20-jährigen Maedchens, namens Kuhze, vorgehalten, 3594-PS. Laut dieser Erklaerung sollen Sie wiederholt an Himmler Berichte geschickt haben ?

A: Als mir diese Sache vorgetragen wurde, gestern Abend, war ich etwas muede, und habe daher eine dem Dokument in Widerspruch stehende Feststellung gemacht und behauptet, dass in Absatz 3 gewisse Mitteilungen erwaehnt seien, die nichts mit mir zu tun haetten. Nun behauptet diese Zeugin, dass Berichte von mir ueber den Stand der Juden an Himmler gegangen sind, und zwar ueber die Sicherheitspolizei. Das ist ein kompletter Unsinn, der durch die Ergebnisse widerlegt ist. Die Reichskommissare unterstanden keineswegs Himmler, soweit es sich um die Judenfrage drehte. Ich habe ueber die Judenfrage vielleicht 2 - 3 Briefe geschrieben, ueber ganz individuelle Faelle, die ueber meinen Stab an Himmler's Stab gingen, aber nie ueber die Sicherheitspolizei.

F: Das genuegt. Es wurde Ihnen weiters eine Aussage eines Dr.Karl Georg Schoengart vorgehalten in der Frage der Geiselerschiessungen.

A: Jawohl. Der Schoengart war der Nachfolger, besser gesagt Stellvertreter von Rauter, und es ist richtig, dass er zu mir gekommen ist, nachdem er die Attentatsstelle besichtigt hat. Er teilte mir mit, Himmler verlange die Erschiessung von 500 wirklichen Geiseln, alles prominente hollaendische Maenner. Ich war erschrocken und Schoengart sagte darauf, das kommt nicht in Frage. Ich habe daraufhin Dr.Schoengart gesagt, aber wir muessen doch etwas tun und darauf irgendwie reagieren. Er sagte mir dann, dass eine Anzahl von Todesurteilen vorlaegen ueber Leute, die in den naechsten Tagen und Wochen zur Erschiessung kommen, und er schlug vor, dass diese jetzt erschossen werden, quasi als eine Antwort auf dieses Attentat.

H0373-0060

F: Haben Sie und die Wehrmachtkommandeure in den Niederlanden irgendwelche Warnungen an die Bevoelkerung gerichtet, wie es voelkerrechtlich usuall ist ?

A: Ich glaube, es liegt hier ein Dokument von einer Warnung von mir gegen Sabotaure usw. vor, in der ich androhe, im Falle des Zuwiderhandelns, an das Eigentum heranzutreten, und auch die Bevoelkerung zu Bewachungsdiensten heranzuziehen.

Dr.Steinbauer: Darf ich das Hohe Gericht darauf aufmerksam machen auf Dokument 1163-PS, worin diese Warnung enthalten ist ?

F: Ich muss Ihnen ferner vorhalten das Dokument, das ein Verhoer des Angeklagten General Christiansen darstellt, in dem er sagt, dass Sie derjenige waren, der den Befehl zur Geiselerschiessung gegeben hat.

A: Ich glaube, das sagt General Christiansen nicht. Er gibt zu, dass er den Befehl gegeben hat, er meint nur, dass ich sozusagen hinter den Kulissen gedraengt habe. Ich habe meine Darlegungen gestern gemacht, aber vielleicht kann der Zeuge Wimmer Naeheres mitteilen, der ja bei der Besprechung, wie Christiansen das sagte, anwesend war.

Dr.Steinbauer: Ich habe gestern Abend diese Frage nochmals durchstudiert, weil mir der Beschluss des Gerichtes nicht aus dem Kopf gegangen ist, weil ja die Befragung durch diesen Zeugen, die sehr belastend ist, angenommen und zugelassen wurde vom Gericht. Meines Erachtens scheint Paragraph 21 des Statutes etwas anderes zu meinen. Ich glaube, dass ein Teilstueck natuerlich keine Beweiskraft hat, denn theoretisch waere es moeglich, dass Christansen jetzt durch England verhandelt und verurteilt wird, und es koennte sich ergeben, dass seine Befragung und seine Aussagen nicht richtig sind. Ich moechte das Gericht darauf aufmerksam machen auf die Aussage des Generalkommissars Hunt, die ich bereits als Dokument Nr.77, Seite 199, vorgelegt habe.

F: Ich mache Ihnen dann einen weiteren Vorhalt. Der Herr franzoesische Ankklaeger hat behauptet, dass die niederlaendischen Generalsekretaere von der niederlaendischen Regierung als Regierung zurueckgelassen wurden, daher Sie nicht berechtigt waren, Eingriffe in die Souveraenitaet der Niederlande zu machen. Was sagen Sie dazu ?

A: Es ist mir nicht bekannt und ist auch , glaube ich, bedeutungslos. Die Niederlande haben kapituliert fuer das ganze Gebiet, mit Ausnahme von Seeland.

H0373 – 0061

In diesen Kapitulationsbedingungen sind lediglich militaerische Einzelheiten; zivilmaessig war es eine bedingungslose Kapitulation, und ich glaube, dass ich mich daher voelkerrechtlich im Recht befunden habe, die Regierung in die Hand zu nehmen.

Dr.Steinbauer: Hohes Gericht, darf ich in diesem Zusammenhang ein Dokument vorlegen, das sich mit dieser Frage auseinandersetzt. Es istdies das Urteil des Obersten Gerichtshofes der Niederlande vom 12. Januar 1942. Es geht in beglaubigter Form in 4 Sprachen dem Gericht zu, im Wege der Staatsanwaltschaft, die damit einverstanden war, Nr.96.

F: Dann hat der Herr Anklaeger der franzoesischen Delegation behauptet, dass Sie diese Massenerschiessungen und insbesondere Deportationen von Zivilarbeitern, Verschickungen von Juden, gemacht haben, um die biologische Kraft der niederlaendischen Bevoelkerung zu schwaechen ?

A: Ich glaube, dass ich konkrete Tatsachen anfuehren kann, die meinen gegenteiligen Willen beweisen. Es ist sicher, dass in einem Kriege Verluste unter der Bevoelkerung entstehen, und vielleicht haette ich durch eine noch groessere Aufmerksamkeit, oder durch einen groesseren Widerstand, noch einiges verhindern koennen. Wenn es nicht geschehen ist, tut es mir wirklich leid. Aber entscheidend sind zwei Ziffern: Die Sterblichkeit und die Bevoelkerungszunahme. Bis zum Jahre 1944 ist die Sterblichkeit in Holland auf Grund der statistischen Daten des Niederlaendischen Statistischen Amtes von 9 ganzen 5/10 pro Mille auf 10 ganze, 10/10 pro Mill gestiegen, im Jahre 1914 - 1918 hingegen von 12 pro Mill auf 17 pro Mill, also beinahe 50%, obwohl die Niederlande unter der eigenen Regierung stand, nicht im Krieg, und nicht in der Blockade waren, die Bevölkerungszunahmen nach mir im Januar 1945 zugekommenen Daten des Statistischen Amtes. 1914 - 18 hat sie etwa auf die Haelfte abgenommen. Im Jahre meiner Verwaltung bis 1944 ist die Bevoelkerungszunahme von 20 pro Mill auf beinahe 25 pro Mill gestiegen, das heisst, auf ein gutes Viertel. Gewiss ist das in erster Linie der Lebenswille des niederlaendischen Volkes gewesen, aber sich auch als Ergebnis der Massnahmen meiner Zivilverwaltung.

Dr.Steinbauer: Ich lege zum Nachweis der Richtigkeit der Behauptung meines Klienten eine Auskunft des niederlaendischen Statistischen Zentralamtes vor. Die Antwort ist mir im Wege des General-Sekretariats zugekommen, in einem

H0373 - 0062

deutschen und englischen Exemplar, nicht aber beglaubigt. Das Original duerfte im General-Sekretariat sein.

Zeuge: Ich darf bemerken, dass in dieser Statistik ---

Vorsitzender: Dr.Steinbauer, wie koennen Sie die Erheblichkeit davon erklaeren?

Dr.Steinbauer: Weil in der Anklage, und auch hier im Verfahren behauptet wurde, dass Seyss-Inquart die Absicht gehabt hat, das niederlaendische Volk zu germanisieren, den Widerstand zu brechen; der auch verantwortlich gemacht wird, insbesondere fuer den schlechten Gesundheitszustand, den Rueckgang der Geburten und der Sterblichkeit. Das ist alles im niederlaendischen Regierungsbericht behauptet und zum Teil auch vorgetragen worden. Ich habe gestern diesserhalb, mit Erlaubnis des Gerichtes die Anfrage an die Niederlaendische Regierung gerichtet, und diese Antwort ist zurueckgekommen; sie hat sogar mehr beantwortet, als ich gefragt habe, insbesondere auch die Opfer des Krieges mit hineingenommen. Aber wir wollen der Wahrheit die Ehre geben und es so vorlegen.

Vorsitzender: Legen Sie das jetzt als Beweismittel vor ?

Dr.Steinbauer: Ich lege es vor, wie ich es vom General-Sekretariat bekommen habe; es waere Nr.106.

Zeuge: Ich bemerke, dass die Minderung der Geburtenziffer im Jahre 1918/1918 wesentlich geringer angegeben ist, als in dem Bericht, den ich im Januar 1945 bekommen habe. Verhoer durch Dr.Steinbauer:

F: Ich habe noch 2 kleine Fragen bezueglich Oesterreich. Die erste Frage ist: Es ist Ihnen vom amerikanischen Anklagevertreter vorgehalten worden, dass Sie Muehlmann fuer Berchtesgaden Notizen mitgegeben haben. Koennen Sie sagen, was darin gestanden ist ?

A: Jawohl, das war das Ergebnis meiner soeben gefuehrten Besprechung mit Dr. Schuschnigg. Es hat vor allem die vereinbarte Heranziehung Dr.Jury, Dr.Reinthaler und Dr.Fischboeck enthalten, wie der Ausbau in der vaterlaendischen Front einverleibt werden sollte, und die Adolf Hitler in keiner Weise in Berchtesgaden fuer die oesterreichischen Nationalsozialisten durchgesetzt hatte.

F: Dann hat Sie der amerikanische Ankklaeger gefragt, ob Sie wissen, dass Oesterreicher nach dem Anschluss in Konzentrationslager gestorben sind. Sie haben gesagt " nein, Sie wissen es nicht". Aber auch in oesterreichischen Konzentrationslagern sind Leute gestorben. Sie haben hier im Saal im Laufe der Monate

H0373 - 0063

die Konzentrationslager kennengelernt. Wollen Sie etwa behaupten, dass sie gleich sind denen, die Sie gekannt haben ?

A: In keiner Weise. Im uebrigen habe ich ja auch gesagt, dass ich moeglicherweise gehoert habe, dass Oesterreicher in deutschen Konzentrationslagern gestorben sind; aber, was wir hier von deutschen Konzentrationslagern gehoert haben, kann man in keiner Weise mit den oesterreichischen Konzentrationslagern vergleichen.

Dr.Steinbauer: Danke schoen. Ich bin mit dem Verhoer des Angeklagten als Zeugen fertig, und wuerde mit Erlaubnis des Gerichtes jetzt den ersten Zeugen zur oesterreichischen Frage, den General Glaise-Horstenau aufrufen.

Vorhoer durch Mr.Biddle:

F: Zeuge, Sie sagten, dass Sie der Ansicht waren, dass die Gesetze fuer den Landkrieg veraltet waren. Erinnern Sie sich ?

A: Jawohl.

F: Waren Sie der Ansicht, dass alle veraltet waren ?

A: Nein.

F: Welche haben Sie als veraltet angesehen ?

A: Ich war der Meinung, dass die vertraglichen Bestimmungen ueber den Schutz der Zivilbevoelkerung durch die Entwicklung der Waffentechnik ueberholt ist, weil gewisse Kampfmassnahmen, totale Blockade, Vernichtungsbombenangriffe usw. primaer auf die Vernichtung der Zivilbevoelkerung gerichtet sind, und infolgedessen nur zu rechtfertigen sind, wenn man die Zivilbevoelkerung als ein Kriegspotential betrachtet, ebenso wie die Truppen an der Front. Wenn das aber der Fall ist, dann muss man die Zivilbevoelkerung der besetzten Gebiete in gleicher Weise betrachten koennen.

F: Und wenn Sie sagen, " auf solche Weise betrachtet", meinen Sie, dass Deutschland das Recht hatte, die Zivilbevoelkerung dazu zu verwenden, den Krieg auszufechten, Munition herzustellen, usw. Ist das Ihre Schlussfolgerung?

A: Das ist meine Schlussfolgerung , ja.

F: Das ist Ihre Schlussfolgerung. Wann haben Sie diese Schlussfolgerung gezogen ?

A: Ich glaube bei der Zunahme der Bombenangriffe.

F: Vergessen Sie die Zunahme der Bombenangriffe. Bitte nennen Sie mir das Datum; wann kamen Sie zu der Schlussfolgerung ?

A: Ende 1941, anfangs 1942.

H0373-0064

F: Gut. Nun 2 weitere kurze Fragen. Sie erklaerten, dass Sie dem Fuehrer mitgeteilt haben, dass Sie nicht als trojanisches Pferd handeln wuerden, ist das richtig ?

A: Jawohl, natuerlich.

F: Nun, hat er Ihnen vorgeschlagen, dass Sie als ein trojanisches Pferd handeln sollten ?

A: Nein, das nicht; aber ich bin mir ueber das Heikle meiner Situation voll im Klaren gewesen. Ich war mir vollkommen im Klaren, dass man mich missbrauchen koennte fuer solche Zwecke, dass man hinter dem Ruecken meiner Ministerschaft eine Situation vorbereiten koennte, um Oesterreich zu ueberrennen.

F: Nun, Sie haben diesen Ausdruck verwendet, nachdem Sie mit dem Fuehrer schon einige Zeit vorher gesprochen hatten; stimmt das ?

A: Im Laufe der Besprechung. Aber der Gedanke selbst ist mir schon frueher gekommen, ich habe ihn nur waehrend der Besprechung angebracht.

F: Ja, Sie haben aber den Gedanken schon einige Zeit gehabt ?

A: Jawohl.

F: Immer, seitdem Sie sich in der oesterreichischen Sache aktiv betaetigt hatten, haben Sie, so vermute ich, diesen Gedanken gehegt ?

A: Die Moeglichkeit einer Zwiespaltigkeit und eines Zwielichtes dieser Situation war mir vollkommen klar.

F: Dass Ihre Handlungen falsch ausgelegt werden koennten, das meinen Sie ?

A: Erstens, und zweitens, dass die Tatsache meines Wirkens auch in einer Weise ausgenutzt werden kann, die ich nicht beabsichtige.

F: Natuerlich. Sie hatten zur selben Zeit beide Seiten vertreten, und das ist immer eine schwierige Position, nicht wahr ?

A: Das ist richtig.

F: Nun, nehmen wir jetzt die Sache von der Beschlagnahme des Eigentums von Staatsfeinden. Sie haben doch diese Deklarationen als Kommissar herausgegeben, nicht wahr ?

A: Jawohl.

F: Wurde diese Deklaration auf Grund einer Verordnung des Fuehrers durchgefuehrt, die Ihnen die Ermaechtigung gab, das zu tun ?

H0373 – 0065

A: Das war ein grundsaetzlicher Brauch, der im Reich ueblich war, und ich habe, wenn auch nicht einen Auftrag, so doch eine Art Weisung bekommen.

F: Augenblick, ich habe Sie nicht ueber den Brauch gefragt. Dieser kam unter einer Verordnung zustande, nicht wahr? Dieser Brauch stand unter einer Verordnung ?

A: Jawohl.

F: Und diese Verordnung hatte Anwendung gefunden auf alle besetzten Laender, stimmt das ?

A: Ich glaube nicht. Die Verordnung habe ich selbst in den Niederlanden erst kundgemacht. Die Massnahmen in den Niederlanden erfolgten auf Grund meiner Verordnung.

F: Ja, ich verstehe; ich moechte Sie nicht verwirren; Ihre Handlung wurde auf Grund einer Verordnung des Fuehrers ausgefuehrt, die Ihnen die Vollmachten dazu gab; ist das richtig ?

A: Sagen wir auf Grund einer Weisung.

F: Auf Grund einer Weisung des Fuehrers ?

A: Ja.

F: Ist diese Weisung als Beweismittel vorgelegt worden ?

A: Ich glaube nicht.

F: Gut. Also sagen Sie uns, was in dieser Weisung enthalten war?

A: Es war die allgemeine Weisung, dass man das Vermoegen von Personen, die sich reichsfeindlich betaetigen, einziehen soll. Schon in Oesterreich habe ich eine aehnliche Verordnung erlassen. Die erste wurde im Reich selbst erlassen; das war ein Vorbild.

F: Nun, Sie waren die Person in den Niederlanden, die vollkommen Ermessen hatte, die Entscheidung zu treffen, wer ein Reichsfeind war und wer nicht. Das war doch Ihrem Ermessen ueberlassen, nicht wahr, nach dieser Verordnung?

A: Nein, das war eigentlich die Sache der Polizei und des Gerichtes.

F: Ich verstehe--

A: Ich hatte einen Einfluss.

F: Nun, die Polizei musste doch nicht zu den Gerichten gehen, um diesen Beschluss zu erhalten, nicht wahr ?

H0373 - 0066

A: Nein, entweder hat die Polizei eine solche Entscheidung gefaellt, oder es sind die Leute dem Gericht ueberstellt worden, und das Gericht hat dann wegen bestimmter Delikte die Leute verurteilt, und auf Grund dieses Urteils wurden dann diese Konfiszierungen durchgefuehrt.

F: Ja, nun das Eigentum der Freimaurer wurde unter dieser Verordnung konfisziert, und was fuer anderes Eigentum, und von welchen anderen Gruppen wurde unter dieser Anweisung des Fuehrers in den Niederlanden, konfisziert ? Ich meine nicht Einzelpersonen, ich meine Gruppen, Organisationen ?

H0373 - 0067

Fortsetzung des Kreuzverhoers des Angeklagten Seyss-Inquart durch Justice B i d d l e :

A: Momentan faellt mir keine ein, aber es hat einige Gruppen noch gegeben.

F: Aber wenn ich die Handhabung richtig verstehe, im Falle die Polizei entschied, dass eine Einzelperson oder eine Gruppe infolge ihrer Worte oder Taten ein Feind des Reiches sei, dann wurde ihr Eigentum beschlagnahmt. Ist das richtig?

A: Ja. Und die entscheidende Stelle war damals Heydrich.

F: Die entscheidende Stelle war Heydrich?

A: Die niederlaendischen Stellen haben das durchgefuehrt.

F: Und Sie fuehrten die Entscheidungen Heydrichs durch? Ist das richtig?

A: Ich habe die Entscheidungen Heydrichs in vermoegensrechtlicher Beziehung durchgefuehrt. Die Gesellschaft der Bibelforscher hat dazugehoert.

F: Die Bibelforscher haben auch dazugehoert?

A: Die haben auch dazugehoert.

F: Und das Eigentum der Gesellschaft der Bibelforscher wurde ebenfalls konfisziert, da sie doch als reichsfeindlich erklaert wurde?

A: Sie werden nicht viel gehabt haben, aber was war da, wurde konfisziert und zwar wegen ihrer Stellungnahme zur Kriegsdienstverweigerung.

F: Sie weigerten sich - - ich moechte das festhalten. Das ist interessant. Die Bibelforscher weigerten sich in der deutschen Kriegsmaschine zu kaempfen oder zu dienen und daher wurde ihr Vermoegen beschlagnahmt? Ist das richtig?

A: Nicht ganz. Die Bibelforscher in Deutschland weigerten sich, in der deutschen Armee zu dienen. Da wurden sie zunaechst dort verboten und dieses Verbot wurde dann ausgedehnt ueber alle Gebiete - - -

F: Einen Augenblick bitte. Darueber spreche ich nicht. Ich spreche ueber die Situation in den Niederlanden. Hat das auch fuer die Niederlande gegolten?

A: Ja. Aber die niederlaendischen Bibelforscher sind nicht deshalb verboten worden, weil sie sich geweigert hatten, in der deutschen Armee zu dienen, sondern sie sind verboten worden, weil man grundsaetzlich gegen die Bibelforscher war.

F: Ich verstehe, aus allgemeinen Grundsaetzen. Sie waren Pazifisten, daher waren Sie gegen die Bibelforscher und beschlagnahmten deren Eigentum. Ist das richtig?

A: Ja.

H0373 - 0068

VORSITZENDER: Der Angeklagte soll nunmehr zur Anklagebank zurueckkehren.

(EDMUND GLAISE - HORSTENAU, ein Zeuge, betritt den Zeugenstand.)

VORSITZENDER: Geben Sie Ihren vollen Namen bekannt.

A: Edmund Glaise-Horstenau.

VORSITZENDER: Bitte sprechen Sie die folgende Eidesformel nach:
Ich schwoere bei Gott dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde."

(Der Zeuge leistet den Eid)

VORSITZENDER: Sie koennen Platz nehmen.

(Direktes Verhoer des Zeugen durch DR. STEINBAUER, Verteidiger fuer den Angeklagten Seyss-Inquart.)

F: Herr Zeuge, welche Stellung hatten Sie in der oesterreichisch-ungarischen Monarchie?

A: Geboren 1882 in Braunau in Oberoesterreich, Offiziersfamilie franzoesischer Abkunft. 1918 oesterreichischer Generalstabsmajor im oesterreichischen Hauptquartier, Referent fuer Politik und Presse.

F: Welche Stellung hatten Sie dann in der oesterreichischen Republik?

A: Nach dem Umsturz 1918 - - -

VORSITZENDER: (unterbrechend) Zeuge, Sie muessen nach jeder Ihnen gestellten Frage eine Pause eintreten lassen. Antworten Sie nicht unmittelbar darauf. Die Uebersetzer koennen sonst ihre Arbeit nicht durchfuehren.

F: Welche Stellung hatten Sie in der oesterreichischen Republik?

A: Nach dem Umsturz im Jahre 1918 Zivildienst, Universitaets-Archivdirektor, Historiker und Schriftsteller, u.a. Verfasser eines grundlegenden Werkes ueber den Zusammenbruch Alt-Oesterreichs - -

F: Herr General, verzeihen Sie, dass ich Sie unterbreche. Wir wollen nur Ihre oeffentlichen Stellungen kurz haben. Welche oeffentlichen Stellungen haben Sie bekleidet in der Republik?

A: Archivdirektor, dann vom 11. Juli 1936 an Minister im Kabinett Schuschnigg, als Betreuer des Juli-Abkommens. In den Maerztagen 1938 Minister im Kabinett Seyss-Inquart.

November 1939 freiwillig in die deutsche Armee eingetreten. Zuerst das wenig ruehmliche Geschaeft eines Kriegsgraeber-Inspekteurs, dann von 1941 an militaer-diplomatische Verwendung in Zagreb, ohne Truppenkommando. September 1944 Sturz in Zagreb, weil ich als alter Oesterreicher entgegen der offiziellen Politik der

H0373 - 0069

grundsaetzliche Widersacher des Ustacha gewesen bin - - -

(Zwischenruf des Verteidigers Dr. Steinbauer)

Ich bin gleich fertig - - - und auch, weil ich angeblich das von uns gewaehlte und bestimmte Staatsoberhaupt Ante Pavelic mitunter undiplomatisch ein kriminelles Subjekt genannt haette.

F: Herr Zeuge, ich werde einige kurze Fragen an Sie richten. Mir genuegt, dass Sie diese schlagwortartig beantworten. Das Gericht will nicht viel vom Anschluss, aber alles wissen, wie der Anschluss gemacht wurde.

Waren Sie nach dem Juli-Putsch 1934 irgendwie in Verbindung mit Kanzler Schuschnigg?

A: Ja.

F: Wie war die damalige wirtschaftliche Lage?

A: Die wirtschaftliche Lage kennzeichnet sich durch die Durchschnittsziffern der Arbeitslosigkeit. Von 6 Millionen Einwohnern waren 400.000 arbeitslos, das heisst, mit Familien jedes Mal ueber eine Million im Elend der Arbeitslosigkeit.

F: Welche Moeglichkeiten bestanden nun bzgl. Vergroesserung des Wirtschaftsgebietes?

A: Ich darf hier offen und sofort sagen, dass allen diesen Moeglichkeiten immer ein: "Nein" entgegengesetzt wurde. Wenn Oesterreich den Anschluss wollte, hiess es: "Nein. Wenn Oesterreich die Habsburger zurueckrufen wollte hiess es: "Nein". Wenn Oesterreich in der deutschen Zollunion eine Vergroesserung des Wirtschaftsgebietes haben wollte, hiess es "Nein". Und wenn grosse Maenner, wie Briand und Tardieu, von einer Donauföderation sprachen, bekamen wir von autarkiefrohen Nachbarn immer wieder kalte Schultern zu sehen. - Das ist die oesterreichische Tragoedie.

F: Nun, hat sich eine Partei gebildet, die den Anschluss als hauptsaechliches Programm aufgefasst hat? Wie waren die Kampfmethoden dieser Partei?

A: Im Jahre 1918 war die Bannertraegerin des "Anschluss" nicht zuletzt die Sozialdemokratische Partei, gefuehrt von Otto Bauer, der bereits ein Jahr zuvor den Anschluss als das einzig moegliche fuer das oesterreichische Proletariat erklaerte. Spaeter draengte sich dann stark in den Vordergrund die Nationalsozialistische Partei, allerdings erst Ende der Zwanziger-Jahre geeinigt, in dem sie sich bedingungslos der Fuehrung Adolf Hitlers unterstellte.

H0373-0070

F: Wer war der damalige Fuehrer der NSDAP in Oesterreich?

A: Die Fuehrer selbst haben stark gewechselt. Hitler hatte jedoch des Preussen Doktor - - - Wie heisst er, der Preusse? - - - in der Person des Preussen - - - mir faellt der Name momentan nicht ein, - - - hatte er einen Landesinspekteur geschickt, welcher im Jahre 1933 von Dollfuss landesverwiesen wurde. Habich, Dr. Habicht heisst er.

F: Nach ihm war, ist das richtig, Hauptmann Leopold?

A: Nach ihm trat Hauptmann Leopold an die Spitze der Partei.

F: Und wie standen nun die oesterreichischen Nationalsozialisten zu Adolf Hitler?

A: Sie fuehlten sich ihm unbedingt zugehoerig und treueverpflichtet.

F: Es ist nun das bekannte Uebereinkommen vom 11. Juli 1936 geschlossen worden und Sie haben nach diesem Uebereinkommen Seyss-Inquart kennengelernt. Was hat er Ihnen ueber seine politischen Ziele mitgeteilt?

A: Ich habe Seyss-Inquart unmittelbar vor diesem Uebereinkommen naeher kennengelernt. Ich erinnere mich nicht genau, was er damals ueber seine politischen Ziele mir mitgeteilt hatte. Im allgemeinen stimmt es mit dem ueberein, was er spaeter als politisches Ziel aufstellte.

F: Naemlich? Bitte ganz kurz.

A: Die Partei nicht als Organisation, sondern nur in Form von Ideentraegern in das totalitaere Instrument des Dollfuss-Schuschnigg Regimes, die "Vaterlaendische Front" einzubauen, dabei sich dieses politischen Ideentraegers in Oesterreich zu bedienen, mit dem Segen Adolf Hitlers hiezu.

F: Haben Sie selbst mit dem Fuehrer Adolf Hitler einmal verhandelt oder gesprochen?

A: Ich habe, abgesehen von den Maerztagen des Jahres 1938, drei Mal Gelegenheit gehabt, mit Adolf Hitler zu sprechen.

F: Wann ist nun Seyss-Inquart in die Regierung eingetreten?

A: Seyss-Inquart ist in die Regierung nach dem 12. Februar 1938 eingetreten.

F: Hat er Hitler besucht?

A: Er hat meiner Erinnerung nach am 17. Februar 1938 Adolf Hitler besucht.

F: Hat er ueber seinen Besuch bei Hitler Schuschnigg und anderen Mitgliedern des Kabinettes Bericht erstattet?

A: Schuschnigg ganz bestimmt, mir auch.

H0373 – 0071

F: Hat er mitgewirkt bei der geplanten Volksabstimmung, die fuer den 13. Maerz 1938 vorgesehen war?

A: Ich bin damals ohne Wissen von der Volksabstimmung am 6. Maerz bereits auf einen 14-taetigen Urlaub gegangen, so dass ich darauf keine verlaessliche Antwort zu geben vermag.

F: Aber wissen Sie, ob diese Volksabstimmung im Ministerrat beschlossen wurde, mit Zustimmung Seyss-Inquarts, oder nicht? Hat er Ihnen nachtraeglich solche Mitteilungen gemacht?

A: Meines Wissens hat die Volksabstimmung ueberhaupt keinen Ministerrat beschaeftigt.

F: Waren die Nationals ialisten mit der Volksabstimmung einverstanden?

A: Soviel ich nach meiner Rueckkehr vom Urlaub ersehen konnte, absolut nicht

F: Nun ist bekanntgeworden, dass Schuschnigg eine Volksabstimmung vornehmen will. Wo waren Sie, was haben Sie damals erlebt?

A: Ich hatte am 6. Maerz 1938, wie ich schon sagte, einen Urlaub angetreten, hielt am 7. Maerz einen seit langem in Aussicht genommenen Vortrag in Stuttgart. Thema: "Mitteleuropa im Jahre 1000 nach Christo."

F: Details interessieren uns nicht, nur Fakten.

A: Dann unternahm ich einen rein privaten Ausflug nach Landau in der Pfalz, um Verwandte aus der Franzosenzeit zu besuchen. Dort besuchte mich Buerckel, dem ich nichts von meiner Ankunft gesagt hatte und in der Wohnung Buerckels hoerte ich im Radio die Ansprache Schuschniggs in Insbruck. Mir war sofort klar, dass diese Plebiszit-Ansage bei der Eigenart Hitlers bestimmt irgend eine schwere Gegenaktion hervorrufen werde und ich war entschlossen, sofort nach Wien zurueck-zufliegen. Buerckel, der das arrangieren sollte, telefonierte jedoch mit der Reichskanzlei, und Hitler sprach den Wunsch aus, ich mogge nach Berlin kommen. - Ich habe vor dem amerikanischen Interrogator die Gruende, die mich bewogen, dieser Aufforderung Hitlers nach-zukommen, dargelegt. Nachtraeglich, erst hier, erfuhr ich, warum mich Hitler nach Berlin berufen hatte. Aus dem Munde eines absolut authentischen Zeugen ging hervor, dass er mich nicht nach Oesterreich zurueckfahren lassen wollte; Er wusste, dass ich ein Feind aller gewaltsamen Loesungen war. In der Nacht vom 9. auf den 10. Maerz kam ich zu Hitler. Er kam nach 2 1/2 stuendigem Gespraech, das keine konkreten Formen annahm, noch zu keiner Entscheidung, sondern sagte mir, er werde mich im Laufe des Tages, zuerst 11 Uhr

H0373-0072

vormittags, rufen lassen. In der Tat rief er mich erst um 8 Uhr abends, und mir fuer Seyss-Inquart Entwuerfe

a) fuer ein Demissionsangebot an Schuschnigg,

b) fuer eine Rede durch das Radio

in die Hand drueckte. - Ich erklaerte, diese Entwuerfe nicht selbst nach Oesterreich bringen zu koennen, es moege das der normale Kurier tun.

Spaeter bekam ich noch vom damaligen Feldmarschall Goering einen dritten Entwurf in die Hand gedrueckt, welcher ein Telegramm enthielt mit einer zweiten Bitte an Hitler um Einmarsch deutscher Truppen. Ich sage gleich vorweg, alle diese drei Entwuerfe hatten keinerlei - wahrscheinlich meines Wissens auch der dritte - aktuelle Bedeutung erhalten. Das war mein Erlebnis am 11. in Berlin.

F: Sie sind dann nach Wien geflogen und haben Seyss-Inquart getroffen. Was haben Sie mit ihm dann an dem kritischen 11. Maerz vormittags gemacht?

A: Seyss-Inquart holte mich auf dem Flugplatz ab.

Ich orientierte ihn kurz ueber meine Berliner Erlebnisse und liess ihn auch ueber die schweren Sorgen, die mich erfuellten, nicht im unklaren. Ich bin zusammen mit Seyss-Inquart um 11 Uhr vormittags, eigentlich kurz nach meiner Ankunft zu Schuschnigg gegangen. Waehrend vor Schuschnigg Seyss-Inquart innenpolitische Probleme, die angewachsen waren und die ich nicht kannte, da ich abwesend war, aufwarf, wies ich Schuschnigg, nahe einem Weinkrampf, auf die grossen Gefahren neuer Weltkomplikationen eventuell eines neuen Weltkrieges hin und beschwor ihn nachzugeben und das Plebiszit fuer Sonntag zurueckzunehmen.

F: Haben Sie und Seyss-Inquart ihm Ihre Demission angeboten?

A: Endlich kann ich mich nicht erinnern, ob es soweit gekommen ist. Die Unterredung war verhaeltnismaessig kurz, jedoch nachher um 1 Uhr haben wir die Demission angeboten.

Dabei war fuer mich weder ein Befehl Hitlers noch ein Befehl des nationalsozialistischen Fuehrers Klausner notwendig.

Ich war bereits am Donnerstag Abend in der Wohnung Buerckels entschlossen, im Zusammenhang mit dem Plebiszit auch von diesem gebraeuchlichen Mittel einer Ministerdemission Gebrauch zu machen, um vielleicht doch noch das Aergste zu verhueten.

F: Wie hat sich Schuschnigg zu diesem Angebot gestellt, die Volksabstimmung zu verschieben?

H0373 – 0073

12. Juni-A-EF-7. Hausladen.

A: Schuschnigg hat sich zu anfang reserviert verhalten. Es hatten dann etwa um 2 Uhr nachmittags Guido Schmidt und Guido Zernattio - ich brauche hier nicht mehr zu sagen, wer diese gewesen sind, - sich bemueht, mit Seyss-Inquart noch einem modus vivendi herzustellen. Ich hielt mich zurueck, da ja meine Mission schon am 12. Februar voellig erledigt gewesen war.

F: Was hat Seyss-Inquart nachmittags gemacht?

A: Kurz nach dieser Aussprache, die zu keinem Ergebnis fuehrte, zoegerte Schuschnigg noch immer um jedoch dann doch zu erklaeren, dass er das Plebiszit fuer Sonntag wunschgemaess vertage. Ich glaubte, das Aergste sei vorueber. Kurz darauf wurde Seyss-Inquart ans Telephon gerufen und kam sichtlich erregt zurueck, es sei ihm aus Berlin mitgeteilt worden, dass Hitler nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten, mit Schuschnigg zusammenarbeiten koenne und dass Seyss-Inquart die Nachfolgeschaft des Kanzlerpostens foerdern moege.
Seyss-Inquart lud mich ein, mit ihm zu Schuschnigg zu gehen. Ich habe dies aus Gruenden der Delikatesse abgelehnt. Seyss-Inquart ging allein hinein, kam nach kurzer Zeit zurueck und fuehrte dann mit mir ein Gespraech, das mir hier doch wichtig zu sein scheint. Er rechnete damit, die Kanzlerschaft zu bekommen und sagte zu mir beinahe mit einem Unterton des Bedauerns. "Wir werden jetzt doch auch die Nazis hineinnehmen muessen und wollen zusammen mit den Katholiken und aehnlich Gesinnten eine Dachorganisation bilden, mit der ich regieren will, Von Hitler verlangte er jedoch innenpolitisch ein fuenfjaehriges Stillhalteabkommen, ein fuenfjaehriges Stillhalteabkommen."

F: Nun, auf das ist ja Hitler nicht eingegangen, sondern ist einmarschiert und es ist Ihnen dann ein Gesetz vorgelegt worden und Sie als Vizekanzler haben dieses Gesetz mit unterschrieben und warum?

A: Ich habe dieses Gesetz mit unterschrieben. Ich bin in die Regierung eingetreten nach dem Ersuchen Kepplers und habe dieses Gesetz mit unterschrieben unter dem dreifachen Eindruck: Erstens unter dem Eindruck, dass Oesterreich fuer sich in der Welt voellig allein steht, dass sich kein Finger fuer uns ruehrte,
zweitens , ich muss hier etwas sagen, was auch in der Presse Sueddeutschlands wiederholt gesagt wurde, unter dem Eindruck unerhoerter Demonstrationen auf der Strasse - nennen Sie es Massenpsychose oder wie immer, die Massenpsychose war da, es war eine unerhoerte Volkskundgebung und
drittens als ich auf dem Ballhausplatz - ich habe an der Entstehung des Gesetzes

keinerlei Anteil - das Gesetz in die Hand nahm, rollten unten die deutschen Panzer vorueber. Die Besetzung des Landes durch Adolf Hitler fand ihre Vollendung. Bei ihm hiess es jetzt biegen oder brechen. Wenn auch Oesterreich irgend einen anderen Willen zur Geltung haette bringen wollen, es waere nicht moeglich gewesen.

Man ist haeufig gerne geneigt, meiner Heimat nachzusagen, sie haette damals Selbstmord aus Furcht vor dem Tode machen sollen - -

F: Herr General das genuegt, danke.

DR. STEINBAUER: Ich habe keine weiteren Fragen mehr an diesen Zeugen.

DR. KUBUSCHOK: (Verteidiger fuer den Angeklagten von Papen)

DURCH DR. KUBUSCHOK:

F: Wurde das Juli-Abkommen auf Druck von Deutschland oder auf beiderseitiger Wunsch und im beiderseitigen Interesse abgeschlossen?

A: Es wurde auf beiderseitigen Wunsch und im beiderseitigen Interesse abgeschlossen.

F: Haben Sie damals und spaeter zu Bundeskanzler Schuschnigg in einem absoluten Vertrauensverhaeltnis gestanden?

A: Ich stand bis in den Winter 1937/38 in einem absoluten Vertrauensverhaeltnis zu Schuschnigg.

F: Ist Ihnen etwas von einer Absicht des Herrn von Papen bekannt auf eine Entfernung des Bundeskanzler Schuschnigg hinzuarbeiten?

A: Ich hatte nie eine geringste Andeutung dieser Art gehoert.

F: Was war der sogenannte Hilfsfond "Langgott".

A: Der Hilfsfond "Langgott" war ein von der Regierung stillschweigend in echt oesterreichischer Art - das soll keine Kritik sein, weil, da es eine echt oesterreichische Art ist - bewilligter Fond zur Unterstuetzung von Nationalsozialisten, von Familienangehoerigen verhafteter eingesperrter Nationalsozialisten.

F: Jedenfalls hatten Schuschnigg und die Regierung hier-von Kenntnis?

A: Sie hatten beide davon Kenntnis und wussten auch genau von "Langgott".

F: Wie stand die NSDAP und besonders Leopold zu Herrn von Papen?

A: Die NSDAP und Leopold waren Herrn von Papen absolut abgeneigt. Sie feindeten ihn an schon wegen seiner katholischen Gesinnung und misstrauten ihm auch sonst nach allen moeglichen Richtungen hin.

DR. KUBUSCHOK: Danke.

VORSITZENDER: Wuenscht die Anklagevertretung das Kreuzverhoer zu beginnen?

H0373 - 0074

H0373 – 0075

KREUZVERHOER

DURCH MR. DODD:

F: Kennen Sie einen Mann mit dem Namen General Muff?

A: Oh ja, sehr gut.

F: Sie hatten die Angewohnheit ihm alles zu erzaehlen, was sich im Ministerrat in Oesterreich ereignete, nicht wahr?

A: Nein.

F: Kennen Sie Stephan Tauschitz, den oesterreichischen Gesandten in Deutschland?

A: Auch nicht, wir haben gesprochen mit ihm ueber einen Gegenstand, aber dass ich mich irgendwie als Spitzel haette verwenden lassen, widerspricht sich mit meiner Tradition als kaiserlicher Soldat.

F: Warum denken Sie, wurden Sie von Stuttgart durch Buerckel nach Berlin gebracht?

A: Ich verstehe nicht, bitte schoen.

F: Was dachten Sie war der Sinn Ihrer Reise von Stuttgart nach Berlin im Maerz 1938, als Hitler Sie zu sehen wuenschte?

A: Ich bin nicht von Stuttgart sondern aus der Pfalz nach Berlin gefahren. Hitler hat mir sagen lassen, ich moege kommen unbedingt und ich habe mir es ueberlegt. Ich habe aber dann zugestimmt a) weil ich wissen wollte wie es in Berlin - -

F: Einen Augenblick, ich moechte wissen, was der Zweck Ihrer Fahrt war, als Sie die Reise nach Berlin antraten, ganz egal von wo aus. Das ist alles.

A: Meine Absicht war, der Einladung, der Aufforderung Hitlers zu folgen, um zu erfahren, wie es in Berlin aussah.

F: Ja, gut. Sie haben dem Gericht mitgeteilt, dass Sie nur an der friedlichen Loesung der Frage interessiert waren. Sicherlich, als Sie das falsche Telegramm und den Entwurf der Radiorede fuer Seyss-Inquart erhielten, da dachten Sie doch sicherlich nicht, dass Sie, soweit es sich um Oesterreich drehte, in einer friedlichen Weise vorgingen, nicht wahr?

A: Ich hatte aus allen diesen drei Stuecken den absoluten Eindruck gewonnen, dass wenn Schuschnigg das Plebiszit am Sonntag zuruecknimmt, dann noch eine friedliche Loesung moeglich sein wuerde.

F: Und was dachten Sie, wuerden Sie mit dem falschen Telegramm tun, das Hitler um eine Warnung bat. Sie wussten, dass dies ein kompletter Betrug war. Warum gaben

H0373 - 0076

Sie Ihre Zustimmung, diese mit nach Oesterreich zu nehmen?

A: Ich habe es nicht mitgenommen. Es ist sogar zu einem scharfen Meinungsaustausch zwischen mir und dem damaligen Feldmarschall Goering gekommen. Ich habe es nicht mitgenommen. Es ist einem Kurier mitgegeben worden.

F: Sie haben uns doch gesagt, wir haben Ihre Notizen hier, in denen Sie sagten, dass Sie es mit sich fuehrten?

A: Nein, ich habe niemals gesagt, das war entgegen aller Wirklichkeit, ich habe nie geantwortet und gesagt, dass ich selber irgendeines der drei Stuecke mitgenommen habe sondern ausdruecklich Wert darauf gelegt zu erklaeren, dass es der Kurier tat. Ich moechte dabei aufmerksam machen, dass nach dem Abkommen vom 12. Februar Seyss-Inquart das Recht hatte mit dem Reich und den Parteistellen im Reich zu verkehren.

F: Ja, auf jeden Fall wussten Sie, dass dieses Telegramm eine Faelschung war, nicht wahr, ob Sie es trugen oder Globocnik, es war falsch.

A: Ich habe mit dem Telegramm in der Folge gar nichts mehr zu tun gehabt, habe Seyss-Inquart gefragt, ob ueberhaupt das Telegramm jemals abgegangen sei, worauf er erklaerte nein, es sei nicht abgegangen. Ich sagte schon, dass alle drei Dokumente eben unbenuetzt geblieben sind.

F: Gewiss, sie wurden Ihnen von Hitler nicht gegeben um sie in den Papierkorb zu werfen; und als Sie Ihre Zustimmung gaben, sie mitzunehmen wussten Sie nicht, dass sie benutzt werden wuerden, nicht wahr?

A: Das Weitere war Aufgabe Seyss-Inquarts, der nach dem Berchtesgadener Abkommen den Verkehr mit dem Reich und den Parteistellen - -

VORSITZENDER: Zeuge, wollen Sie versuchen mir die Frage zu beantworten, statt etwas anderes?

DER ZEUGE: Bitte!

DURCH MR. DODD:

F: Gut, ich will auf diesem Punkt nicht weiter herumreiten. Sie dachten scheinbar, dass Sie andere Gruende hatten, aber ich will es nicht mehr weiter eroertern.

A: Nein, ich waere sehr dankbar wenn ich folgen koennte, aber ich verstehe dies Frage nicht.

F: Gut, wenn Sie nicht verstehen.

A: Ich waere Ihnen dankbar, wenn Sie nochmals gestellt wuerde.

H0373 - 0077

F: Was ich in meiner Frage vorschlug war, dass Sie zu mindesten etwas wussten, ueber dieses falsche Telegramm, das von Hitler oder von Goering entworfen war. Sie waren damals ein Minister ohne Geschaeftsbereich in der oesterreichischen Regierung. Sie wussten, es war eine komplette Faelschung und trotzdem willigten Sie ein, zurueck nach Oesterreich zu gehen mit dem Wissen, dass dieses Telegramm arrangiert war und dass es durch einen Kurier gesandt war.

A: Das Telegramm hatte dadurch jede Bedeutung verloren, dass Schuschnigg das Plebiszit zuruecknahm. Ich habe Schuschnigg ausdruecklich erklaert, wobei ich es Seyss-Inquart ueberliess, der neben mir sass, naeher zu sagen. "Du, wenn wir nicht mit dem Plebiszit aufhoeren, dann marschiert Hitler ein."
Das war der Wortlaut, den ich zu Schuschnigg sagte.

H0373-0078

F : Es ist richtig. Das ist ja nicht, worueber ich spreche und ich werde auch nicht damit fahrtfahren. Erinnern Sie sich, dass Sie uns sagten, dass Goering zu jener Zeit mit Seyss-Inquart ein Telefongespraech hatte - und Sie haetten ausfindig gemacht, von Papen und Fritz Wiedemann neben Goering in Berlin gesessen haetten ?

A : Es tut mir leid, ich habe erst nach dem Zusammenbruch 1945 davon gehoert.

F : Ich moechte wissen, wie Sie das ausfindig gemacht haben.

A : Ich habe es von Wiedemann gehoert, mit dem ich zufaelligerweise zusammentraf.

F : Nun gut, Sie wissen doch, dass der Angeklagte von Papen einmal einen Brief an Hitler schrieb und darin sagte, dass Sie ein williger Mitarbeiter von ihm waeren bezueglich der Moeglichkeit einer Vereinigung oder des Anschlusses mit Deutschland und das war bereits 1936. Wissen Sie das ? Es ist in der Beweisaufnahme in diesem Fall US 67, Dokument 2246-PS. Waren Sie ein williger Mitarbeiter des von Papen?

A : Ich war ein williger Mitarbeiter fuer die Normalisierung der Streitigkeiten, die sich aus der Lage ergaben, aber mit dem Dokument bin ich nicht vertraut.

MR. DODD : Ich habe sonst keine Fragen.

VORSITZENDER : Wollen Sie wieder verhoeren Dr. Steinbauer?

DR. STEINBAUER : Nein.

VORSITZENDER : Der Zeuge kann sich zurueckziehen.
Das Gericht wird sich jetzt vertagen.

DR. STEINBAUER als Verteidiger des Angeklagten SEYSS*Inquart befragt den Zeugen Dr. RAINER.

VORSITZENDER : Wie heissen Sie ?

A : Dr. Friedrich Rainer.

VORSITZENDER : Sprechen Sie mir den folgenden Eid nach :
" Ich schwoere bei Gott dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit spreche, nichts verschweigen und nichts hinzufuegen werde.

H0373-0079

(Der Zeuge spricht den Eid nach).

Setzen Sie sich.

DR. STEINBAUER : F: Herr Dr. Rainer, welche Funktionen und wie lange haben Sie diese in der NSDAP bekleidet ?

A : Ich bin Mitglied der NSDAP seit 1o. Oktober 193o. Ich habe bis zum Jahre 1934 keine Funktion gehabt. Ich wurde nachher vom Kaertner Gauleiter Klausner in die Gauleitung gerufen. Ich habe, beginnend mit 1936, in der Landesleitung gearbeitet. Ich wurde vom Landesleiter Leopold im Herbst 1936 meiner Position enthoben, weil wir Meinungsverschiedenheiten hatten. Ich wurde im Februar 1938 von Klausner als sein politischer Berater und Mitarbeiter neuerdings in die Landesleitung berufen. Im Mai 1938 wurde ich vom Fuehrer zum Gauleiter von Salzburg ernannt. Am 1. Dezember 1941 wurde ich nach Kaernten versetzt. Das sind meine politischen Funktionen gewesen.

F : Sie sind also zuletzt Gauleiter von Kaernten gewesen ?

A : Jawohl.

F : Und haben durch die langjaehrige Mitarbeit in der NSDAP dieselbe gut kennengelernt ?

A : Jawohl., ich kenne die Verhaeltnisse gut seit dem Anschluss.

F : Nun, wann haben Sie Seyss-Inquart kennengelernt ?

A : Ich habe Seyss-Inquart zum ersten Mal im August 1935 kennengelernt und mit ihm ein Gespraech in der Dauer von einigen Minuten gefuehrt. Ich wurde einige Tage spaeter verhaftet und war 6 1/2 Monate in oesterreichischer Polizeihaft. Nach meiner Enthaftung, etwa im April oder im Mai 1936, habe ich Seyss-Inquart in Wien neuerdings getroffen und stand sicher mit ihm in Verbindung.

F : War er Parteimitglied ?

A : Seyys-Inquart war waehrend der Verbotszeit nicht Mitglied der NSDAP, hingegen Mitglied des " Grossen Steirischen Heimatschutzes." Der " Steirische Heimatschutz " war - ich glaube im Jahre 1933 - durch ein Abkommen seiner Fuehrung mit Habicht korporativ in die oesterreichische NSDAP uebernommen worden. Nach dem

Anschluss wurde diese Uebernahme von Reichsschatzmeister Schwarz nicht anerkannt und die Mitglieder des " Steirischen Heimatschutzes " darunter - wie ich glaube - auch Dr. Seyss- Inquart, mussten sich neu anmelden.

F : Also ist Ihre diesbezuegliche Behauptung in dem beruehmten " Rainer-Brief " unrichtig. (Ich nenne ihn einfach Rainer-Brief).

A : Ich hatte damals noch nicht gewusst, dass die Uebernahme vom Reichsschatzmeister in dieser Form nicht anerkannt worden war

F : Sie haben also Seyss-Inquart gekannt, oefter mit ihm gesprochen und er wird Ihnen sicherlich auch seine Ideen in der Frage des Anschlusses mitgeteilt haben ?

A : Ja.

F : Welches waren diese Ideen ? Ganz kurz bitte.

A : Der Anschluss war in diesem Zeitpunkt nicht Gegenstand unserer Eroerterungen. Es war der Anschlussgedanke, ein Programm-Punkt aller oesterreichischen Parteien, gewesen. Er blieb das Idealziel fuer uns alle. Hier aber ging es darum, dass der oesterreichische Staat wieder auf einen deutschen Kurs ging, und dass die inneren Verhaeltnisse befriedet werden. Die Schwierigkeit hierbei bestand darin, dass der von Dollfuss und Schuschnigg unter Ausschaltung der demokratischen Verfassung begruendete Staat nur ein Einparteiensystem zulassen wollte. Es war daher besonders schwer, die groessere Masse der Opposition des nationale Fluegels zu lokalisieren. Diese Aufgabe sollte nach den Auffassungen, die Seyss und ich vertraten, ohne neuerliches Blutvergiessen auf ruhigem Wege erreicht werden. Bei beiderseits gutem Willen und weitester Scheidung vom Radikalismus musste dieser Weg gangbar erscheinen.

F : Es kam dann zum Uebereinkommen vom 11. Juli 1936 ?

A : Ja.

F : Und Sie fuhren damals auch zu Adolf Hitler, um seine Stellung der Partei gegenueber zu klaeren. Was hat Ihnen Adolf Hitler damals gesagt ?

H0373 - 0080

A : Ich bin einige Tage nach dem 11. Juli 1936 nach Berchtesgaden gerufen worden und war am 16. oder 17. Juli bei Adolf Hitler.

VORSITZENDER : Ich glaube, Sie koennen ruhig etwas schneller sprechen, Herr Zeuge.

A : Der Fuehrer hielt eine sehr ernste und eindringliche Besprechung ab und verlangt in sehr scharfen worten, dass die oesterreichischen Nationalsozialisten das Abkommen vom 11. Juli unbedingt respektieren muessen. Er kritisierte die bisherigen Methoden und verwendete den Ausdruck, sie seien zwar heroisch, aber dumm. Er verwies darauf, dass eine Festsetzung dieser Methoden zu dauernden aussenpolitischen Schwierigkeiten fuehren wuerden.

Er verlangte, dass die Nationalsozialisten in Oesterreich sich der vorhandenen politschen Moeglichkeiten zu bedienen hatten und auf meine ausdrueckliche Frage, ob auch die " Vaterlaendische Front " , erklaerte er " ja ". Er sicherte zu, dass eine Entlastung der allgemeinen Stimmung im Laufe der Zeit kommen werde durch eine Verbesserung der Bestimmungen der beiden deutschen Staaten.

F : Er hat also im wesentlichen die Politik Seyss-Inquart gebilligt ? Ist das richtig ?

A : Ich sah in den Ausfuehrungen des Fuehrers eine Bestimmung der Richtigkeit desjenigen weges, den wir eingeschlagen hatten.

F : Ist Seyss-Inquart auch der Fuehrer der Partei gewesen ?

A : Nein, Seyss-Inquart war niemals der Fuehrer der Partei.

F : Hat er sich der Fuehrung der Partei, naemlich der oesterreichischen NSDAP unterworfen, wie Sie in Ihrem Brief schreiben ?

A : Seyss-Inwuart war Angehoeriger der nationalen Oppositionsgruppe und hat in dieser Eigenschaft die jeweilige Fuehrung anerkannt.

Ich verweise in diesem Brief darauf, dass er Klausner anerkannt hat; denn Klausner war nach dem Berchtesgadener Abkommen an Stelle Leopold vom Fuehrer gerufen worden, weil er einen

H0373 – 0081

ruhigen, klaren und offenen Kurs versprach. In der Zusammenarbeit mit ihm, schien die Durchfuehrung des Berchtesgadener Abkommens gesichert zu sein.

Seyss-Inquart hatte jedoch ausdruecklich erklaert, dass er in seiner Eigenschaft als Treuhaender des Berchtesgadener Abkommens und Minister der Regierung Schuschniggs von Klausner unabhaengig sei.

F : Sagen Sie, Herr Zeuge, nach dem Uebereinkommen vom 12. Februar 1938 haben Sie auf einer Eisenbahnfahrt den vom Fuehrer kommenden Seyss-Inquart getroffen ?

A : Ja.

F : Was hat er Ihnen ueber seine Unterredung mit dem Fuehrer mitgeteilt ?

A : Seyss-Inwuart fuhr mit dem Schlafwagen zurueck und wir sassen noch zusammen in seinem Abteil. Er hatte einen Zettel , - ich glaube es war ein Briefkuvert - auf dem standen Notizen. Ich erinnere mich, dass er die Eingangsformalitaeten so beschrieb, dass er erklaerte, er kaeme als oesterreichischer Minister, vereidigt auf die Verfassung und verantwortlich gegenueber dem Bundespraesidenten und dem Bundeskanzler. Er gruesse an Adolf Hitler den Fuehrer aller Deutschen. Er hat mir dann im Einzelnen noch Besprechungspunkte erzaehlt, die ich nicht mehr alle in Erinnerung habe. Mein Gesamteindruck war der, dass das Gespraech gut verlaufen war und in voller Loyalitaet gegenueber dem Bundeskanzler Schuschnigg gefuehrt worden war. Soweit ich mich erinnere, war der Anschluss als solcher ueberhaupt nicht behandelt worden.

F : Erinnern Sie sich, dass er Ihnen gesagt hatte, er haette Hitler erklaert, dass er der lebendige Garant Schuschniggs sein wolle und kein trojanisches Pferd ?

A : Ich moechte nicht gerade diesen Wortlaut bestaetigen, der Ausdruck, den Dr. Seyss-Inquart wiederholt verwendete, war der, er sei kein trojanischer Pferdefuehrer. Ich erinnere mich auch, dass er mehrmals den Ausdruck verwendet hat, er sei lebendiger Garant fuer die beiderseitige Einhaltung der Vereinbarungen

H0373-0082

von Berchtesgaden.

F : Hat er auch erklaert, dass er einen Kulturkampf ablehne ?

A : Ich glaube, mich daran erinnern zu koennen. Jedenfalls stand er auf diesem Standpunkt und ich rechne bestimmt, dass er mit dem Fuehrer gesprochen hat.

F : War der Fuehrer mit diesen Vorschlaegen einverstanden ?

A : Ich hatte den Eindruck, dass Adolf Hitler mit den Vorschlaegen des Dr. Seyss-Inquart einverstanden gewesen ist.

F : Hat Seyss-Inquart dies Schuschnigg mitgeteilt ?

A : Das muss ich annehmen. Jedenfalls hat er diese Absicht geaeussert.

F : Hat er das selbe auch den oesterreichischen Nationalsozialisten mitgeteilt ?

A : Ja, denn dies war besonders noetig. Seyss-Inquart sprach bei einer Fuehrerbesprechung, die anfangs Maerz stattfand, und verwies darauf, dass der revolutionaere Kurs und die zum Teil fuer die radikalen Anhaenger unerfreulichen Massnahmen, die Aufloesung der illegalen Organisation, ausdruecklich von Adolf Hitler gewuenscht werden.

Ich glaube, mich auch zu erinnern, dass er bei den grossen Kundgebungen in Linz und anlaesslich der grossen Kundgebung in Graz sich ausdruecklich darauf bezogen hatte; denn der Besuch in Berlin bei Adolf Hitler gab ihm erst die richtige L-egitimation in den Augen der Nationalsozialisten.

F : Sie haben in Ihrem Rainer-Brief geschrieben, dass Seyss-Inquart von der Vorbereitung revolutionaerer Schritte verstaendigt wurde.

A : Ich darf fragen, Herr Dr. Steinbauer, welche revolutionaeren Schritte Sie meinen ?

F : Diese vom 10. Maerz.

H0373-0083

A: Ich bitte dazu etwas ausholen zu duerfen: Der Ausdruck, "Revolutionaere Schritte" ist zu weithgehend. Die Massnahmen, die getroffen wurden, waren im Grossen folgende: Nach der Rede des Bundeskanzler Schuschnigg in Inssbruck war Major Klausner der Ueberzeugung, dass nun jede Basis der innerpolitischen Verstaendigung zerstoert sei und, dass diese Rede wie ein Funke in das Pulverfass wirken wuerde; waehrend wir verher noch beraten hatten, unter welchen Umstaenden eventuell auch mit "ja" gestimmt werden koennte, war dies im Hinblick auf die Stimmung der breiten Massen unmoeglich geworden.
Es musste eine klare Stellungnahme der nationalsozialistischen Fuehrung erfolgen. Es wurde noch in der Nacht an die Gauleiter die erste Information hinausgegeben, wonach die Partei mit der beabsichtigten Abstimmung nicht einverstanden sei und zunaechst die Parole der Stimmenthaltung ausgebe. Es wurde schaerfste Disziplin verlangt, denn wir befuerchteten, dass die Wogen sehr bald hochgehen wuerden. Am 10. Maerz setzte die von Zernatto schon lange vorbereitete Propaganda ein und es ereigneten sich Zusammenstoesse. Wir bekamen auch Meldungen, dass grosse Gruppen des im Februar 1934 verbotenen Schutzbundes bewaffnet wuerden. Es wurde daher strengste Bereitschaft der Formationen angeordnet und den Formationen aufgetragen, fuer den Schutz der Nationalen zu sorgen.
Das waren im Wesentlichen die am 10. angeordneten Schritte. Ueber die Stimmung in den Provinzen glaube ich Dr.Seyss am Nachmittag im allgemeinen informiert zu haben; ueber einzelne organisatorische Massnahmen wahrscheinlich nicht.

F: Hat er nun diese Stimmung gefoerdert ?

A: Nein.

F: Hat er zu Demonstrationen aufgefordert oder hat er solche verhindert ?

A: Er hat sie weder gefoerdert, noch dazu aufgefordert. Eine Verhinderung war in diesem Stadium nicht moeglich.

F: Was ist nun am 11. vormittags gewesen ?

A: Am 11. Maerz vormittags, habe ich im Buero des Staatsrates Jury in der Seitzer Gasse 1, gearbeitet. Ich weiss im Einzelnen nicht mehr, was. Wir trafen uns mit Dr. Seyss, Glaise-Horstenau und einigen Anderen ungefaehr mittags im Buero des Dr. Fischboeck und Dr. Seyss-Inquart erzaehlte von dem Ergebnis der Besprechungen mit Dr.Schuschnigg. Das Ergebnis unserer Beratung war der Brief der Minister und Staatsraete an Dr. Schuschnigg, mit dem befristet mit 2.30 Uhr nachmittags die Absetzung dieser verfassungswidrigen Volksabstimmung

H0373 – 0084

und die Anberaumung einer neuen Volksabstimmung nach einigen Wochen, nach den Bestimmungen der Verfassung bei sonstiger Demission, verlangt wurde.

F: Was war dann weiter. Schuschnigg hat dann die Wahl verschoben, das wussten Sie doch, wie haben Sie davon erfahren ?

A: Ja, Schuschnigg hat die Wahl verschoben, hat sich jedoch geweigert eine neue Volksabstimmung anzuberaumen und hat den Sicherheitsminister Dr. Seyss mit scharfen Massnahmen beauftragt. Diese Loesung wurde am Nachmittag in die Reichskanzlei nach Berlin telefoniert und Loeste die Erklaerung des Reiches aus, dass diese Loesung als eine halbe Loesung nicht mehr akzeptiert werden koenne. Nun begann meines Wissens die Intervention des deutschen Reiches.

F: Wurde die Intervention nicht schon durch Glaise-Horstenau zustande gebracht, oder ein Kurier soll doch einen Brief Adolf Hitler's nach Wien gebracht haben ?

A: Ich war der Meinung, dass gewisse Vorlagen, die mir Globocnik mittags zeigte und die fuer die Landesleitung bestimmt waren, von Glaise-Horstenau mitgebracht worden waren, der in der Fruehe aus Berlin kam. Wie ich erst spaeter erfuhr, soll dies ein Kurier besorgt haben. Eine Intervention des Reiches war nach meiner Auffassung dies nicht.

F: Bestand zwischen der Partei und dem Reich einerseits und Seyss-Inquart andererseits, ein Zusammenspiel ?

A: Wenn Sie, Herr Dr. unter "Zusammenspiel" eine "Verschwoerung" meinen, so muss ich dies absolut verneinen. Es wurde jedoch die im Berchtesgadner Abkommen vorgesehene Zusammenarbeit durchgefuehrt.

F: Hat Klausner den Befehl gegeben, dass die Partei handlsfrei sei und die Macht ergreifen wolle ?

A: Die Partei war durch ausdrueecklichen Befehl Adolf Hitler's darauf verpflichtet worden, keine revolutionaeren Schritte zu unternehmen. Dieser Befehl war in den ersten Maerztagen durch Keppler neuerdings ueberbracht worden und Aussenminister Ribbentrop hat damals Keppler, der schon im Flugzeug war, noch einmal zurueckgeholt, um ihm das einzuschaerfen.

VORSITZENDER: Dr. Steinbauer; die Frage lautete doch ueber irgend etwas, was Klausner getan hat und der Zeuge erzaehlt uns jetzt was ein anderer getan hat.

DR.STEINBAUER: Ja.

H0373-0085

H0373 - 0086

DURCH DR. [illegible]LAUER:

F: Ich habe Sie gefragt, wann hat Klausner an die Gauleiter den Befehl der Machtergreifung gegeben ?

A: Dieser Befehl wurde von Klausner am Abend des 11. Maerz gegeben.

F: War Seyss-Inquart damit einverstanden ?

A: Seyss-Inquart ist erst einige Zeit spaeter davon informiert worden.

F: Nun, muss ich Ihnen vorhalten, dass Gauleiter Eigruber von Ober-Oesterreich in einer Zeugenaussage bestaetigt hat, dass er ein Telegramm bekommen hat, wo er als Landeshauptmann angesprochen wird. Ist Ihnen da etwas bekannt ?

A: Von Telegrammen oder von einem Telegramm ist mir ueberhaupt nichts bekannt. Ich weiss, dass der Befehl Klausner's aus der Seitzer Gasse 1, telefoniert wurde. Telefongespraeche fuehrte an diesem Abend auch Globocnik vom Bundeskanzleramt aus. Ich vermute, dass Eigruber eines dieser Telefongespraeche meint.

F: Ist Ihnen bekannt, dass Globocnik, der ja dann Gauleiter von Wien war, vor dieser illegalen Zeit Ihnen gesagt hat, dass er den Namen Seyss-Inquart's missbraucht haette zur Machtergreifung ?

A: Globocnik erzaehlte mir, dass verschiedene Anfragen an das Bundeskanzleramt gingen, die ihm an das Telefon zugeleitet wurden und, dass er dabei nicht immer seinen Namen genannt habe. Ein spezieller Fall mit Salzburg ist mir genau in Erinnerung.

F: Sie haben in dem Rainer-Brief auch eine Bemerkung gemacht, wo Sie von einer Hilfestellung am 25. Juli 1934 sprechen. Die Staatsanwaltschaft erblickt darin irgend eine Verbindung mit der Ermordung, des Dr. Dollfuss.

A: Diese Bemerkung geht zurueck auf ein Gespraech, bei dem mir Seyss-Inquart erzaehlte, er haette nach dem 25. Juli einige Tage lang befuerchtet, in Verbindung mit den Ereignissen gebracht zu werden. Es haette sich aber nach einigen Tagen herausgestellt, dass eine solche nicht bestanden hat. Er hat anschliessend seinen Einfluss in versoehnlichem Sinne versucht zur Geltung zu bringen und hat auch Verteidigungen uebernommen, meinte ich.

F: Also, darin meinten Sie diesen Ausdruck Hilfestellung zu erkennen ?

A: Ja.

F: Ist Ihnen bekannt, dass auf den Bundespraesidenten Miklas ein Druck ausgeuebt wurde seitens der oesterreichischen Nationalsozialisten, damit er Seyss-Inquart ernenne ?

A: ;Die Verhandlungen, die den ganzen spaeten Nachmittag und Abend in Anspruch nahmen, standen unter einem gewissen Druck; denn praktisch war in ganz Oesterreichbereits die Umwandlung vollzogen. Der Sturz des Kabinett Schuschnigg's loeste eine so ungeheuere Lawine aus. Dies kan bei den Verhandlungen zum Ausdruck

F: Sie meinen also, optisch war ein Druck vorhanden, nicht aber physisch direkt auf die Person des Bundespraesidenten ?

A: Davon kann ueberhaupt nicht die Rede sein.

F: Nun, wie erklaeren Sie es aber, dass damals vierzig SS-Maenner in das Bundeskanzleramt einmarschiert sind und dasselbe besetzt haben ?

A: Von einer Besetzung durch die SS kann nicht die Rede sein. Nachdem gegen 8 Uhr abends Miklas sich neuerdings geweigert hatte einen Nationalsozialisten zum Bundeskanzler zu ernennen, sagte Keppler, dass um 8 Uhr, nicht so, wie es vorher erklaert worden war, einmarschiert wird. Er aeusserte Befuerchtungen fuer die Sicherheit der Verhandlungspartner. Tatsaechlich herrschte, wie man in Oesterreich sagt, ein allgemeiner Wirbel und die Lage schien sehr unsicher zu sein. Das Bundeskanzleramtsgebaeude war von Polizei und Garde besetzt und im Verteidigungszustand gesetzt worden. Ich habe diese Lage der Landesleitung mitgeteilt und geboten, Schutzmassnahmen zu treffen, damit nicht durch unbesonnene Akte unabsehbares Unheil entstuende. Als eine Folge der daraufhin getroffenen Massnahmen ist anzusehen, dass, ich schaetze nicht vor 10 Uhr abends, sich ein SS-Fuehrer in Zivil meldete und erklaerte, mit seinen Maennern zum Schutze der Verhandlungspartner abgeordnet zu sein. Seyss-Inquart hielt diese Massnahme fuer ueberfluessig, aber ich bat ihn, doch darauf Bedacht zu nehmen und er genehmigte dann, dass diese Maenner durch die Bundesgarde oder Polizei in den Hof des Bundeskanzleramtes eingelassen wurden. Es ist weder ein Druck ausgeuebt worden, noch ist es zu Gewalttaetigkeiten gekommen, sondern war eine Vorsichtsmassnahme.

DR.STEINBAUER: Ich habe sonst keine Frage.

(Dr. Servatius tritt an das Rednerpult).

DR.SERVATIUS: (Verteidiger des Angeklagten Sauckel).

Herr Zeuge, Sie waren Gauleiter von Kaernten. Hatten Sie auch Verwaltungsrechte waehrend des Krieges in dem anschliessenden italienischen Hoheitsgebiet ?

A: Ja, ich wurde im September 1943 zum Obersten Kommissar in der Operationszone "Adriatisches Kuestenland" mit dem Sitz in Triest ernannt, und hatte 6 Provinzen unter mir.

H0373-0087

H0373 – 0088

F: Haben Sie dort auslaendische Arbeiter erfasst zum Einsatz in Deutschland ?

A: Ja.

F: Auf welche Weise geschah dies ?

A: Diesgeschah durch Anwerbung, und zwar ohne Ausuebung von Zwang, da diese Arbeiter seit vielen Jahrhunderten gewohnt waren, nach Norden in Arbeit zu gehen.

F: Diese Arbeiter wurden in Ihrem Gau eingesetzt ?

A: Sie wurden zum groesserenTeil in meinem Gau eingesetzt, aber auch in den anderen Alpenlaendern.

F: Wie waren die Lebensbedingungen dieser Arbeiter in Ihrem Gau ?

A: Die Lebensbedingungen waren die allgemeinen, die normalen.

F: Wo waren diese Arbeiter untergebracht ? In Lagern ? Und haben Sie solche Lager gesehen ?

A: Sie waren untergebracht bei ihren Arbeitgebern. Dort, wo sie in groesserer Zahl auftraten, in Lagern, die betreut wurden durch das italienische Konsulat und durch die Deutsche Arbeitsfront.

F: Hat die Arbeitsfront sich dann praktisch um die Zustaende gekuemmert ?

A: Ja, sie war dazu durch ein Abkommen, von dem ich informiert war, verpflichtet, und hat mit sehr viel Muehe sich dieser Aufgabe unterzogen.

F: Haben Sie selbst Lager besichtigt ?

A: Ja. Ich habe wiederholt Lager besichtigt, und habe gute und ordentliche Verhaeltnisse, zum Teil bei gewissen Industrien, wie beim Wasserbau, sogar aussergewoehnlich gute Verhaeltnisse vorgefunden.

F: Koennen Sie die Namen dieser Lager nennen ?

A: Einen besonderen Eindruck machte mir ein Lager beim Wasserkraftbau im Lager Muende an der Drau, ebenso in Schwabeck.

F: Wie verhielten sich die auslaendischen Arbeiter am Schluss des Krieges ? Gab es Unruhen ?

A: Nein. Ich hatte wegen der immerhin fuer meinen kleinen Gau betraechtlichen Zahl von Arbeitern Sorge wegen der Ernaehrung. Das Verhaeltnis zurBevoelkerung war ein gutes, denn der Kaertner ist ein gutmuetiger und vertraeglicher Schlag. Ich habe selbst erlebt, dass franzoesische Arbeiter, die schon von den Englaendern in Lagern zum Abtransport gesammelt worden waren, wieder zu ihren Arbeitgebern zurueckgingen, und lieber bei ihnen warteten, als unten im Lager.

F: War die nationalsozialistische Partei stark vertreten in Kaernten ?

A: Ja. In Kaernten gab es soviele Nationalsozialisten, dass Schuschnigg einmal sagte: "Ein Stacheldraht um das Land herum, und das Konzentrationslager ist fertig".

F: Aber die Beziehungen zu den auslaendischen Arbeitern waren gute ?

A: Natuerlich, ja.

DR.SERVATIUS: Ich habe keine Fragen mehr.

K R E U Z - V E R H O E R

DURCH [illegible]:

F: Herr Zeuge, wann kamen Sie zu dem endgueltigen Schluss, dass der Angeklagte Seyss-Inquart kein Mitglied der Partei war, wie Sie in Ihrem Brief angeben? Wann sind Sie anderer Meinung geworden ?

A: Dass er kein Mitglied der Partei war, habe ich erst ziemlich spaet nach dem Anschluss erfahren. Ich kann das Jahr nicht mehr genau angeben.

F: Aber es war nicht lange, nachdem Sie diesen Bericht geschrieben hatten, dass Sie feststellten, dass das, was Sie hier sagten, nicht ganz stimmte ? Dass Sie also missverstanden haben ?

A: Ich habe in dem Bericht Verschiedenes versucht, so darzustellen, dass es fuer Dr. Seyss-Inquart guenstig waere, denn ichlehnte es ab, die Anklage gegen Dr. Seyss-Inquart zu stuetzen.

F: Das habe ich ja gar nicht von Ihnen wissen wollen. Ich habe Sie gefragt, ob Sie kurz, nachdem Sie diesen Brief geschrieben haben, festgestellt haben, dass Sie sich irrten, als Sie behaupteten, Seyss-Inquart waere Parteigenosse gewesen ? Das koennen Sie doch ganz kurz beantworten.

A: Ich glaube nicht, dass ich das kurz nachher festgestellt habe.

F: Na, wann haben Sie es dann festgestellt ? Das ist alles, was wir wissen wollen. Wenn tatsaechlich solche Nachrichten an Sie gekommen waeren, wann koennte das gewesen sein ?

A: Das kann ich nicht mehr sagen, das ist mir auch nicht so wichtig erschienen.

F: Nun, wann haben Sie Ihre Ansicht geaendert, oder wann kam es Ihnen zum Bewusstsein, dass Sie sich geirrt haben, als Sie behaupteten, dass Seyss-Inquart davon wusste und teilgenommen hat an den gestellten Demonstrationen, oder an

H0373 - 0089

H0373 – 0090

Vorbereitungen zu den Demonstrationen, die in Wien stattfinden sollten ? Wann haben Sie festgestellt, dass das ein Irrtum, oder eine irrtuemliche Nachricht war ?

A: Es ist mir nicht bekannt, dass Dr.Seyss-Inquart an Demonstrationen in Wien teilgenommen hat.

F: Das habe ich ja gar nicht gesagt. Sie haben mich vielleicht falsch verstanden. Gucken Sie mich an, vielleicht wird das etwas helfen.
Sie haben dem Gericht erklaert, und zwar auf eine Frage von Dr.Steinbauer hin, dass Seyss-Inquart die Demonstrationen nicht provoziert hat, und dass er sie damals nicht verhindern konnte. Dr.Steinbauer hatte Sie jedoch gefragt, ob das, was Sie in Ihrem Brief uber seine

H0373-0091

Teilnahme an den Plaenen schrieben, wahr sei. Sie wissen doch, was Sie in Ihrem Brief oder Bericht sagen, nicht wahr? Erinnern Sie sich noch, was Sie in diesem Bericht ueber Seyss-Inquart und seine Teilnahme behauptet haben?

A: Mir sind die Einzelheiten meines Berichtes nicht mehr in Erinnerung.

F: Wollen Sie ihn sich vielleicht ansehen?

A: Ja, bitte.

F: Waehrend Sie darauf warten, werde ich einige andere Punkte klarstellen.

Nun tatsaechlich haben Sie doch uns im November eine eidesstattliche Versicherung abgegeben, dass dies wahr sei, nicht wahr?

A: Ich habe dazu ausdruecklich erklaert, dass ich mich dabei zum Teil auf die Mitteilungen von Gewaehrmaennern stuetze, und dass ich nachher noch Informationen erhalten habe, aus denen ich sehe, dass nicht alles richtig dargestellt war. Ich habe auch ausdruecklich erklaert, und zu Protokoll gegeben, dass ich diesen Bericht mit einer gewissen Tendenz verfasst habe. Es wurde auch ein Zusatz meiner eidesstattlichen Versicherung aufgenommen.

F: Einen Moment mal. Am 15. November 1945 hier in Nuernberg haben Sie dieses Affidavit unter Eid abgegeben, worin Sie bestaetigten dass die Tatsachen, die in diesem Bericht erwaehnt sind, alle Ihrem besten Wissen und Gewissen nach wahr sind. Nun, was haben Sie seit dem 15. November erfahren, und von wem, das Sie dazu veranlasste, Gegenteiliges auszusagen, zu diesen Bericht heute vor dem Gericht?

A: Ich habe dazu zu erklaeren, dass ich den Standpunkt, den ich am 16. November eingenommen habe, auch heute noch aufrecht erhalte.

F: Stimmt also dieser Bericht hier im Ganzen oder stimmt er nicht? Stimmt er so ganz, wie Sie uns am 15. November erklaert haben?

A: Der Bericht ist nicht woertlich zu nehmen. Er ist zum Teil gestuetzt auf Aussagen von Gewaehrmaennern. Er ist von mir nach bestem Wissen und Gewissen nach der damaligen, ich glaube im Juli 1939, bestehenden Situation gegeben worden mit einer bestimmten Tendenz.

H0373-0092

F: Sie haben uns doch gesagt, dass es wirklich im November gewesen sei, nicht wahr?

A: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe ausdruecklich gesagt --

F: (unterbrechend): Ihr Affidavit ist dem Dokument, das Sie haben, angefuegt. Da steht auch Ihre Unterschrift darunter, uns Sie haben es doch beeidigt, nicht wahr?

A: Ich habe ausdruecklich eine Erklaerung dazu gegeben, und mir auch vorsichtshalber darnach noch eine Notiz gemacht, und es wurden ueber die Formulierung Vorbehalte -- -

F: (unterbrechend): Einen Augenblick mal. Wollen Sie bitte auf meine Frage antworten.

Ist dies das Affidavit, das Sie am 15. November unter Eid niedergelegt haben hier in Nuernberg? Ja oder nein?

A: Ja.

F: Nun, darin sagen S ie, dass Sie bestaetigen und bekraeftigen, dass "die Tatsachen, die die Grundlagen fuer die obenerwaehnten Berichte und Briefe bilden, nach bestem Wissen und Gewissen wahr sind" Weiterhin sagen Sie, dass Sie die Briefe und den Bericht gelesen haben.

Ist dieses Affidavit nun richtig? Haben Sie die Wahrheit gesagt, als Sie das unter Eid aussagten im November?

A: Dieses Affidavit ist richtig. Ich verlangte jedoch, dass die Erklaerungen, die ich dazu gegeben habe, und die damals protokolliert wurden, oder zumindest mitstenographiert wurden, dass sie mit dazugegeben werden.

F: Warum haben Sie nicht damals verlangt, dass alles in dem Affidavit mit eingeschlossen werde, das Sie zu diesem Bericht brauchte wenn er nicht ganz wahrheitsgemaess war? Sie haben ihn doch beeidigt Haben Sie geboten, dass etwas hinzugefuegt, oder geaendert werden soll?

A: Diese Bestaetigung fass te ich auf als eine Bestaetigung der Echtheit der mir vorgelegten Urkunden. Das Protokoll ueber meine Aussagen stellte meine Stellungnahme zum Inhalt dar. Vorsichtshalber habe ich noch erklaert, ich moechte auch hier einen Vorbehalt

H0373-0093

aufgenommen haben, der dann von einem der mich vernehmenden Herren formuliert wurde mit dem Wortlaut: "nach meinem besten Wissen und Gewissen", und er erklaerte weiter, damit seien alle die Vorbehalte, die ich erklaert hatte, nach der von Ihnen ueblichen Methode ausgedrueckt.

F: Meinen Sie wirklich ernst, wenn Sie dies heute dem Gericht bezueglich dieses Affidavits sagen? Meinen Sie Ihre letzte Aussage wirklich ernst?

A: Es ist mein voller Ernst; ich habe nichts zu verschweigen.

F: Vielleicht koennen wir die Sache etwas mehr aufklaeren, diese Art von Bericht von Ihnen. Ich habe noch einen hier, den Sie nicht gesehen haben. Sie haben 1942 eine Rede gehalten.

MR. DODD: Das ist Dokument 4005-PS. Es wird USA-890.

DURCH MR. DODD: F: Halten Sie sich eine Kopie davon vor sich. Koennen Sie sich an die Rede noch erinnern, die Sie am 11. Maerz 1942 in Klagenfurt hielten, und zwar vor den politischen Leitern, Ehrenzeichen und Blutsordentraegern von Kaernten? Darin erzaehlten Sie die ganze Geschichte, wie die Dinge zustande kamen, die sich im Maerz 1938 ereigneten. Erinnern Sie sich des Tages, an dem Sie diese Rede hielten?

A: Ich habe eine solche Rede gehalten.

F: Schoen, dann wollen wir sie uns mal ansehen. Haben Sie damals, als Sie die Rede hielten, die Wahrheit gesprochen?

A: Ich habe die Ereignisse in einer Form dargestellt, dass sie von einem Auditorium verstanden wurde.

F: Ich will nur wissen, ob Sie damals die Wahrheit geredet haben, als Sie diese Rede hielten. Ich habe nicht gefragt, ob Sie sie interessant gestalteten; ich fragte Sie, ob Sie die Wahrheit gesagt haben.

A: Ich glaube, damals die Wahrheit gesprochen zu haben. Ich glaube aber auch, dass ich manches nicht gewusst habe.

F: Dann wollen wir uns die Geschichte mal ansehen, was Sie damals 1942 mit Bezug auf PS-812 gesagt haben. Ich verweise Sie auf Seite 8 Ihres Textes; ich will versuchen, den Satz fuer Sie zu finden, der damit anfaengt: "Erst im Zusammengehen mit uns ...." - auf Seite 2

H0373 - 0094

des englischen, ungefaehr die Mitte der Seite, Seite 8 im Deutschen. Haben Sie das schon gefunden?

A: Nein, haben Sie Seite 18 im Deutschen gesagt?

F: Ich sagte Seite 8.

A: Ja.

F: Finden Sie das:" Erst im Zusammengehen mit uns - - Jury und einer Reihe von Mitarbeitern Leopolds und auch mit Genehmigung Leopold ist es gelungen, die Berufung von Seyss-Inquart zum Staatsrat durchzusetzen. Seyss hat sich immer mehr als ein geschickter Verhandler herausgestellt."

A: Ja.

F: Finden Sie das?

A: Ja, ich habe es.

F: "Wir wussten, dass er derjenige ist, der am besten im politischen Vorfeld die Interessen der Bewegung vertreten wird. Er hat sich auch immer bedingungslos der Fuehrung Klausners unterstellt. Er hat sich immer als Beauftragter Klausner's gefuehlt und hat die politischen Auftraege Klausner's getreulich befolgt. Wir haben mit der Ernennung Seyss zum Staatsrat neuerlich eine Moeglichkeit bekommen, in weitere Verhandlungen einzutreten. Es hat damals eine Reihe von sehr grotesken Situationen gegeben. Durch den politischen Apparat sind wir ueber die Vorgaenge in Schuschnigg's Lager informiert gewesen, ueber Keppler haben wir selbst zu Ribbentrop, Goering und Himmler unsere Leitung."

Haben Sie das in Ihrer Rede gesagt, so wie es hier im Text steht? Und wie koennen Sie das in Einklang bringen mit dem, was Sie hier im Gericht ueber den Bericht an Buerckel gesagt haben?

A: Es ist mir nicht bekannt, woher diese Niederschrift stammt. Ich muesste Gelegenheit haben - - -

F: Ich werde es Ihnen sagen; es handelt sich hier um ein erbeutetes Dokument, das in dort Ihren Akten gefunden wurde. Machen Sie sich keine Sorgen darum. Ich will nur wissen, ob Sie jetzt zugeben, dass Sie diese Rede gehalten haben, und dass Sie damals diese Dinge gesagt haben.

H0373-0095

A: Ich habe diese Rede gehalten, aber ich erklaere ausdruecklich, das was ich heute unter Eid zu diesem Punkt gesagt habe, ist richtig Das hier ist eine breite, und fuer das damalige Autotorium bestimmte Rede, die nicht so genau genommen werden kann, als was ich heute sagte, im Bewusstsein meiner Verantwortung.

F: Sie reden jetzt nicht vor einem grossen Publikum, nicht wahr?

A: Richtig.

F: Dann werden wir auf die naechste Seite schauen und sehen, was Sie dort ueber Papen ausgesagt haben, und ueber die Konferenz. Sie fahren fort, zu sagen, wie Sie diese Information erhielten, wie Sie in der Ringstrasse zusammenkamen, und so weiter. Wenn Sie mir jetzt folgen, werden wir die Stelle nicht verlieren.

"Papen war eingeschaerft worden, diesen Besuch vertraulich vorzubereiten. In Oesterreich wussten nur Schuschnigg, Schmidt und Zernatto davon. Diese waren der Meinung, dass von unserer Seite nur Papen informiert war. Auch Papen war der Meinung, dass nur er davon wisse, aber wir waren auch informiert und haben mit Seyss Besprechungen daruber abgehalten."

Das war die Berchtesgadener Konferenz, nicht wahr? Haben Sie damals die Wahrheit gesprochen, als Sie dies 1942 sagten, oder nicht? Oder war das auch nur eine allgemeine Erklaerung zugunsten der Zuhoerer?

A: Ich habe dieses Schriftstuck heute nicht auf die richtige Wiedergabe meiner damaligen Ausfuehrungen gepruft.

F: Warum denn nicht? Koennen Sie sich nicht erinnern? Es war im Jahre 1942. Wollen Sie sagen, Sie wissen nicht, ob Sie die Wahrheit gesagt haben damals oder nicht, oder ob Sie das ueberhaupt gesagt haben?

A: Ich habe damals vor einfachen Leuten in Kaernten eine Darstellung gegeben und ich ....

F: Sie haben diesen einfachen Leuten einfach Luegen erzaehlt, oder haben Sie die Wahrheit gesagt?

A: Aber ich sprach vor diesen Leuten anders, als ich hier spreche wenn ich vor diesem Gerichtshof vereidigt mich zu konkreten Punkten konkret aeussern muss. Es scheint mir unmoeglich mich auf einzelne

H0373 - 0096

Punkte meiner damaligen Rede, die 4 Jahre zurueckliegt, festlegen zu koennen.

VORSITZENDER: Haben Sie eine Antwort erhalten? Er beantwortet Ihre Frage nicht.

MR. DODD: Nein, er tut es nicht.

DURCH MR. DODD: F: Ich frage Sie, ob Sie diese Erklaerungen an jenem Tage machten oder nicht, und wenn Sie sie machten, waren sie wahr? Sie koennen uns das sehr einfach sagen und wir brauchen keine lange Antwort. Sie haben es gelesen und Sie haben gehoert, wie ich es verla Bitte, antworten Sie uns jetzt. Sie brauchen es nicht mehr zu lesen. Sie haben es gelesen und ich habe es Ihnen vorgelesen. Ware s wahr und haben Sie es gesagt?

A: Es stimmt in Einzelheiten nicht.

F: Ist es in irgendeiner Weise wahr? Ist es wahr, dass von Papen informiert wurde und dass Seyss-Inquart von der Konferenz wusste, lange bevor sie stattfand, oder einige Zeit, bevor sie stattfand. Das wollen wir wissen.

A: Als wir bei den Winterkampfspielen in Garmisch-Partenkirchen zusammenkamen, trafen wir ....

F: Einen Augenblick? Sie beantworten meine Frage noch immer nicht. Das ist der naechste Satz, den Sie lesen. Ich weiss, dass das kommt und ich werde Sie ueber die Konferenz in Garmisch fragen. Jetzt frage ich Sie, ob das, was Sie ueber Papen und Seyss-Inquart sagten, die Wahrheit ist, und das ist alles, was ich wissen will.

A: Es ist richtig, dass wir um diese Zeit von der Absicht, eine Besprechung informiert waren.

F: Und dass Seyss-Inquart darueber wusste. Nun wollen wir weiter lesen und etwas ueber diese Konferenz in Garmisch erfahren. Sie wurden zu den Olympischen Spielen dahin eingeladen, wie Sie sagen u Sie hatten mit Papen und Seyss-Inquart eine Konferenz, und dann erledigten Sie gewisse Verhandlungen, und dann fuhren Sie nach Berlin.

Jetzt will ich noch ein bisschen weiter herunter gehen. Da ist viel interessantes Material. Wir haben nicht Zeit, uns jetzt mit allem zu beschaeftigen. Dort unten sagen Sie:

H0373-0097

"Wir haben folgendes schon vorbereitet gehabt ---"

Das ist hinten auf Seite 9 Ihres Textes, Herr Zeuge, es ist auf Seite 5 des englischen Textes letzter Abschnitt. Sie sagen dort:

"Wir haben folgendes schon vorbereitet gehabt: Das letzte Besprechungsergebnis teilte mir Seyss mit in einem Lokal in der Kaertnerstr. Ich habe die Telefonnummer aufgerufen, auf der Globus in Berlin zu erreichen war.---"

Damit der Gerichtshof richtig informiert ist, moechte ich [illegible], dass Globus Globocnik ist. Es ist dieselbe Person, nicht wahr?

A: Jawohl.

F: "... habe ihm das negative Ergebnis der Besprechung mitgeteilt. Ich konnte mit Globus auch vollkommen frei sprechen. Wir haben fuer jeden Namen einen Geheim-Komplex gehabt, andererseits haben wir beide in fuerchterlichem Dialekt gesprochen, dass uns kein Mensch verstanden haette. Globus hat diese Informationen sofort schriftlich niedergelegt usw. Koppler war inzwischen mit Schlafwagen nach Muenchen.

Und dann ein paar Saetze weiter unten.

"Ich habe dann mit Parteigenossen Muehlmann, der sich als ausgezeichneter Verbindungsmann zu Stellen im Reiche, Regierungsstellen, erwiesen hat, Instruktionen mitgegeben. Er ist mit dem gleichen Zug, in dem Schuschnigg fuhr, nach Salzburg gefahren. Waehrend Schuschnigg in Salzburg sich abhaengen liess, dort uebernachtete und am naechsten Tage mit Auto nach Obersalzberg weiterfuhr, fuhr Muehlmann weiter und war in Berchtesgaden. Koppler und er sind dem vor Schuschnigg zum Fuehrer und konnten ihm alles sagen. Schuschnigg ist in der Frueh gekommen, dort empfangen worden und hat die grenzenlose Ueberraschung erlebt, dass der Fuehrer die Verhandlungen sofort aufnahm, wo, am Vortage die Verhandlungen zwischen Seyss und ihm ergebnislos abbrachen. Der Fuehrer fuehrte die Verhandlungen nicht, wie Schuschnigg es sich dachte. Er ging auf das Ganze. Schuschnigg wurde damals fertig gemacht, dass man es sich gar nicht vorstellen konnte. Der Fuehrer hat ihn angefasst, hat ihn befetzt, angeschrieben, er hat ihm die ganzen Schweinereien, die Schuschnigg in den vergangenen Jahren begangen hat, vorgehalten. Schuschnigg war schon ganz starker Raucher geworden. Man hatte Verbindungen bis in das Schlafzimmer hinein, wir waren informiert ueber seinen Lebensstil, jetzt rauchte er 50, jetzt 60 Zigaretten. Nun darf er beim Fuehrer nicht rauchen. Schuschnigg konnte auch nicht rauchen. Ribbentrop sagte mir, Schuschnigg haette ihm schon leid getan. Er ist nur mehr stramm gestanden vor dem Fuehrer, er legte die Haende an die Hosennaht und sagte nur mehr "jawohl". Schuschnigg versuchte nur noch etwas einzuwenden, wurde aber vom Fuehrer so angeschrieen, dass er nur mehr still war."

Nun was sagen Sie dazu. Sie sagten das alles in Ihrer Rede. War es die Wahrheit.

A: Die Ereignisse, wie ich sie hier geschildert habe, stimmen im Grossen und Ganzen. Einzelne Formulierungen, die ich hier lese, stammen nicht von mir, in diesem Punkt ist das Schriftstueck von anderer Hand ergaenzt worden. Ob die dargestellten Ereignisse im

H0373 - 0098

Einzelnen richtig sind, kann ich nicht mit Sicherheit erklaeren, da sich viel davon nicht in meiner Gegenwart abgespielt hat.

F: Ich wollte nur wissen, ob Sie es sagten. Das ist alles. Gut, dann fahren wir weiter, Sie sagten auch:

"Bevor die Besprechung mit Schuschnigg startete, ist Schmidt zu Ribbentrop gegangen und sagte: "Bitte, erlauben Sie doch, dass der Bundeskanzler eine einzige Zigarette raucht," was auch erlaubt wurde. Und ein paar Seiten weiter etwas Wichtigeres. Sie sagten: ---

VORSITZENDER: Meinen Sie, dass Sie heute abend noch fertig werden da wir um ¼ vor vertagen moechten.

MR. DODD: Jawohl. Ich habe nur noch einige Fragen und ich brauche nur noch 2 Minuten, dann bin ich fertig.

DURCH MR. DODD: F: In diesem Zusammenhange sprachen Sie zu der Versammlung ueber den Tag, an der Seyss-Inquart zu der Konferenz kam, als er Ihnen sagte, dass er durch sein Ehrenwort gebunden sei, nicht ueber das Plebiszit zu sprechen. Sie finden es auf Seite 13. Es ist auf Seite 13 des englischen Textes. Ich kann Ihnen versichern, es steht im Text; wir wollen Zeit sparen, wenn Sie mir glauben. Auf Seite 13 des englischen Textes sagen Sie: "Wir fragten Seyss: Ist es wahr? "Seyss antwortete: "Ich bin durch Ehrenwort gebunden zu schweigen", aber wir wollen so handeln als ob es wahr sei." (Diplomat der er war) Die Angelegenheit war fuer uns klar." Er liess Sie wissen, nicht wahr dass Schuschnigg ihm ueber den Plan erzaehlt hatte, Er liess Sie das wissen, nicht wahr? Bitte, koennen Sie mir nicht antworten?

A: Die Darstellung hier stimmt mit meiner Erinnerung ueberein.

F: Noch eine letzte Frage und dann stelle ich keine Frage mehr an Sie. Sie sagten auch:
In der Nacht von Donnerstag auch Freitag waren alle Gauleiter in Wien um Informationen zu holen. Nationalsozialisten wurden ueberfallen, auf eigene Faust haben wir daher am nachmittag am 10. Maerz an die SA und SS Lukesch und Kaltenbrunner den Befehl gegeben, ab Freitag die halben Bestaende der Formationen zum Schutze der Nationalsozialisten auf der Strasse einzustellen, waehrend die am besten bewaffneten in ihren Baracken zu bleiben haben fuer den Fall des Buergerkrieges. Wir mussten bereit sein, da wir es nicht nur mit der Exekutive, sondern mit dem roten Mob zu tun haben werden."
Haben Sie das gesagt?

A: Mit Waffen und in Baracken? Das kann nicht stimmen, sondern die Weisung lautete damals so und ich werde das auch nicht ander erzaehlt haben, dass die halben Bestaende gesammelt zu Hause bleiben

H0373 - 0099

sollen, d.h. in Versammlungsorten. Von Baracken kann ueberhaupt nicht die Rede sein, und Waffen hatten wir keine.

F: Wissen Sie, dass beinahe alles, was Sie in dieser ganzen Rede sagten, im einzelnen in Ihrem Bericht an Buerckel enthalten war? Die Wahrheit an dieser Sache ist, dass Sie in beiden Faellen das sagten, was Ihrer Ansicht nach der Wahrheit entsprach, nicht wahr? Das ist die Wahrheit in dieser Sache. Als Sie Ihren Bericht an Buerckel machten, berichteten Sie, was Sie sich als Tatsachen dachten und was Sie jetzt wissen, sind Geschichten und keine Tatsachen?

A: Ich kann diese Sache nicht als authentisch ansehen.

F: Ich habe fuer Sie keine Frage mehr.

VORSITZENDER: Wir werden uns jetzt vertagen

(Das Gericht vertagt sich auf 15. Juni 1946, 1000 Uhr).